TARGO•VERSICHERUNG

Schutz und Vorsorge

TARGO Lebensversicherung AG

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage 2020

(Solvency and Financial Condition Report, SFCR)

Inhalt

| Zusa | mmentassung | 3 |
|------|--|----|
| A | Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis | 6 |
| A.1 | Geschäftstätigkeit | 6 |
| A.2 | Versicherungstechnische Leistung | 15 |
| A.3 | Anlageergebnis | 20 |
| A.4 | Entwicklung sonstiger Tätigkeiten | 22 |
| A.5 | Sonstige Angaben | 23 |
| | | |
| В | Governance-System | 24 |
| B.1 | Allgemeine Angaben zum Governance-System | 24 |
| B.2 | Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit | 31 |
| B.3 | Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung | 34 |
| B.4 | Internes Kontrollsystem | 42 |
| B.5 | Funktion der internen Revision | 45 |
| B.6 | Versicherungsmathematische Funktion | 47 |
| B.7 | Outsourcing | 49 |
| B.8 | Sonstige Angaben | 51 |
| | | |
| C | Risikoprofil | 52 |
| C.1 | Versicherungstechnisches Risiko | 52 |
| C.2 | Marktrisiko | 57 |
| C.3 | Kreditrisiko | 60 |
| C.4 | Liquiditätsrisiko | 61 |
| C.5 | Operationelles Risiko | 62 |

| C.6 | Andere wesentliche Risiken | 66 |
|-----|---|-----|
| C.7 | Sonstige Angaben | 68 |
| | | |
| D | Bewertung für Solvabilitätszwecke | 71 |
| D.1 | Vermögenswerte | 75 |
| D.2 | Versicherungstechnische Rückstellungen | 96 |
| D.3 | Sonstige Verbindlichkeiten | 109 |
| D.4 | Alternative Bewertungsmethoden | 117 |
| D.5 | Sonstige Angaben | 118 |
| | | |
| E | Kapitalmanagement | 119 |
| E.1 | Eigenmittel | 119 |
| E.2 | Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung | 126 |
| E.3 | Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung | 127 |
| E.4 | Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen | 128 |
| E.5 | Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung | 131 |
| E.6 | Sonstige Angaben | 132 |

Anhang

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht enthält qualitative und quantitative Informationen über die Solvabilität und Finanzlage der TARGO Lebensversicherung AG zum Stichtag 31.12.2020. Als Teil der regulatorisch geforderten Berichterstattung richtet er sich an die Öffentlichkeit und dient der Erläuterung der wichtigsten Kennzahlen sowie deren Bewertungs- und Berechnungsmethodik unter Solvency II. Der Aufbau des Berichts orientiert sich an den rechtlichen Vorschriften (vgl. Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 (DVO), Artikel 290 ff.) und übernimmt die dort verwendeten Kapitelbezeichnungen.

Die Kennzahlen zur Beurteilung der Solvabilität der Gesellschaft basieren auf einem partiellen internen Modell, dessen Anwendung für die TARGO Lebensversicherung AG zum 1.10.2016 aufsichtsrechtlich genehmigt worden ist. Es spiegelt adäquat das unternehmensindividuelle Risikoprofil wider und ist dadurch auch geeigneter zur Ermittlung der regulatorischen Solvenzanforderung als ein Standardansatz.

Die TARGO Lebensversicherung AG betreibt zum 31.12.2020 folgende Geschäftsbereiche der Lebens- und Lebensrückversicherung im Sinne von Solvency II (Anhang 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35): Versicherungen mit Überschussbeteiligung, fonds- und indexgebundene Versicherungen mit Optionen und Garantien, sonstige Lebensversicherungen mit Optionen und Garantien, Krankenversicherung mit Optionen und Garantien sowie aktive Rückversicherung. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt zum Stichtag 68.870 TEUR. Im Berichtsjahr wurde eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,4 % erreicht.

Das Risikomanagement ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und unterliegt einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Dabei nutzt die TARGO Lebensversicherung AG auch Dienstleistungen, die vertraglich geregelt von Schwestergesellschaften im Talanx-Konzern bereitgestellt werden.

Das Risikoprofil der TARGO Lebensversicherung AG wird in den Hauptkategorien Marktrisiko, versicherungstechnisches Risiko, Kreditrisiko, Liquiditätsrisiko und operationelles Risiko beschrieben. Für die Gesellschaft ist das Marktrisiko von besonderem Interesse. Für alle angegebenen Risikokategorien werden regelmäßig Analysen durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Berechnungen auf Basis unternehmensindividueller Szenarioanalysen durchgeführt. Sie belegen, dass die Gesellschaft auch unter diesen extremen Bedingungen regulatorisch ausreichend kapitalisiert ist.

Die Solvabilitätsübersicht gibt Auskunft, inwieweit die Verpflichtungen, die ein Versicherungsunternehmen eingegangen ist, unter gewissen Risikoannahmen durch Vermögenswerte bedeckt sind. Während Solvabilitätsquoten unter Solvency I nach dem deutschen Handelsgesetzbuch ermittelt wurden, basiert Solvency II auf einer Bilanzierung nach Marktwerten. Gerade weil die Kapitalanlagen jetzt nach den Kursen am Kapitalmarkt bewertet werden, können diese während der Haltedauer stark schwanken. Die Aufsicht hat sogenannte Volatilitätsanpassungen vorgeschlagen, um Schwankungen der Anleihekurse zu dämpfen und somit für eine ausgeglichenere Bedeckungsquote zu sorgen. Der Gesellschaft wurde die Anwendung der Volatilitätsanpassung von der Aufsicht genehmigt; sie wendet diese bei der Berechnung ihrer Verpflichtungen an.

Um eine reibungslose Umstellung der diversen in Europa herrschenden Systemen auf ein neues Regelwerk zu ermöglichen, können alle europäischen Versicherer verschiedene Übergangsmaßnahmen beantragen. Sie tragen insbesondere dazu bei, dass langfristige Garantieversprechen, die unter Solvency I gegeben wurden, unter Solvency II weiterhin eingehalten werden. Die Gesellschaft hat Übergangsmaßnahmen für die Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen von der Aufsichtsbehörde genehmigt bekommen und nimmt diese in Anspruch.

Die TARGO Lebensversicherung AG besitzt zum 31.12.2020 Basiseigenmittel in Höhe von 853.288 TEUR. Ergänzende Eigenmittel im Sinne von Solvency II besitzt die Gesellschaft nicht. Zusammen mit einem geforderten Solvenzkapital in Höhe von 189.435 TEUR ergibt sich eine regulatorische Bedeckungsquote nach internem Modell mit Übergangsmaßnahmen und Volatilitätsanpassungen von 450 %, ohne Übergangsmaßnahmen von 222 %. Das geforderte Mindestkapital beläuft sich auf 85.246 TEUR und ist mit einer Quote von 1.001 % bedeckt.

Die Gesellschaft bedeckt die regulatorischen Solvenzkapitalanforderungen über den gesamten Zeitraum der aktuell gültigen Mittelfristplanung komfortabel mit Eigenmitteln.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die TARGO Lebensversicherung AG über ein funktionierendes, zur Risikosteuerung angemessenes Governance-System verfügt und zur Bedeckung aller Risiken mehr als komfortabel kapitalisiert ist.

Die vorliegende Veröffentlichung bildet den Stand zum Jahresende 2020 ab. Aktuell führt die COVID-19-Pandemie weiterhin zu wirtschaftlichen Verwerfungen, deren langfristigen Auswirkungen im Einzelnen noch nicht absehbar sind.

In der ersten Jahreshälfte 2020 war die Corona-Pandemie Auslöser eines globalen Wachstumseinbruchs. Auch die Entwicklung in der Versicherungswirtschaft war durch die Auswirkungen und Herausforderungen der Corona-Krise gekennzeichnet. Schwächer entwickelte sich aufgrund einer gedämpften Versicherungsnachfrage sowie vertrieblicher Einschränkungen im Zuge von Lockdown-Maßnahmen insbesondere das Neugeschäft.

Die Corona-bedingten Lockdowns und Auflagen im Wirtschaftsleben schränkten die Vertriebsmöglichkeiten deutlich ein. Infolgedessen sanken die Neugeschäftsbeiträge der Gesellschaft im Berichtsjahr deutlich.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine spürbare Änderung der Risikolage insbesondere durch die Corona-Pandemie, aus der sich gravierende Risikowirkungen in diversen Bereichen ergeben haben und weiterhin resultieren können, so z. B. negative Auswirkungen auf die Wirtschaft im Allgemeinen, starke Verwerfungen an den Kapitalmärkten, sinkendes Neugeschäft, steigendes Storno und erhöhte Schadenlasten in bestimmten Segmenten.

Vor dem Hintergrund der Covid-19 Krise hat die Gesellschaft diverse Risikominderungsmaßnahmen implementiert. Dazu gehören unter anderem eine konservative Kapitalanlage, ein enges Liquiditätsmonitoring, eine kundenorientierte Vorgehensweise sowie Digitalisierung im gesamten Konzern. Darüber hinaus hat die Gesellschaft entsprechende Business-Continuity-Maßnahmen (BCM) eingerichtet, die die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs sicherstellen.

Infolge der zur Eindämmung der Corona-Pandemie verfügten Maßnahmen war im Berichtsjahr ein zurückhaltendes Neugeschäft zu verzeichnen. Auch für 2021 wird mit einer Folgebelastung aufgrund geringeren Geschäftsvolumens gerechnet. Bei einem Anschlagen der zur Begrenzung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen sind jedoch auch positivere Entwicklungen denkbar.

Auch die Kapitalanlageseite geriet nach den Turbulenzen an den Finanzmärkten im März unter Druck. Die Lage hat sich zunächst etwas beruhigt, war zuletzt aber weiterhin volatil. Rückschläge bei der erwarteten Erholung können zu neuer Unsicherheit und steigenden Marktrisiken führen.

Die Kurseinbrüche auf den Kapitalmärkten hatten im Verlauf des Jahres ebenfalls Einfluss auf die Kredit- und Forderungsausfallrisiken. Nach den Marktwertrückgängen im Frühjahr kam es im weiteren Jahresverlauf zu einem Erholungstrend an den Märkten. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheit zur gesamtwirtschaftlichen Lage sowie der zukünftigen Entwicklung der Pandemie ist nicht auszuschließen, dass die Insolvenzgefahr in einigen Sektoren zunehmen wird und es daher vermehrt zu Zahlungsausfällen kommt.

An den Einschätzungen zum operationellen Risiko gibt es aktuell keine wesentlichen Änderungen. Bisher zeigt sich insbesondere die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Geschäftsfortführungsplanung.

Als mittelbare Folge der Pandemie sind wirtschaftliche und gesellschaftliche Anpassungsprozesse und deren Beschleunigung zu erwarten, beispielsweise eine umfassendere Digitalisierung. Für Versicherer können sich Reputationsrisiken ergeben, sofern sie sich in der aktuellen Situation als kundenfern oder übermäßig bürokratisch erweisen. Durch die hohe Unsicherheit können sich neue Emerging Risks ergeben, deren Entwicklung eventuell schneller als in der Vergangenheit verläuft.

Die HDI-Gruppe und ihre Tochtergesellschaften unterstützen die Maßnahmen der staatlichen Behörden, die Anzahl der COVID-19-Infektionen zu verringern und die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Die Gesellschaft ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den Kunden und Partnern sehr bewusst und weiß, dass eine zuverlässige Partnerschaft von entscheidender Bedeutung ist – insbesondere in schwierigen Krisenzeiten wie diesen.

Der bisherige Geschäftsverlauf sowie der Umgang mit den einhergehenden Unsicherheiten haben gezeigt, dass das Governance-System der Gesellschaft auch in Krisenzeiten funktioniert.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Gesellschaftsinformationen

Die TARGO Lebensversicherung AG ist Teil des Talanx-Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Innerhalb des Geschäftsbereichs ist die Gesellschaft der Bancassurance zuzuordnen. Dort werden die inländischen Bankkooperationen des Talanx Konzerns gebündelt. Sitz der TARGO Lebensversicherung AG ist Hilden.

Seit 1985 kooperieren die TARGO Lebensversicherung AG und die TARGO Versicherung AG erfolgreich mit der heutigen TARGOBANK AG in Deutschland unter der Marke "TARGO Versicherungen". Die Umfirmierung der CiV Versicherungen in TARGO Versicherungen erfolgte nach der Übernahme der Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA in 2008 durch die französische Genossenschaftsbank Banque Fédérative du Crédit Mutuel und der damit verbundenen Namensänderung von Citibank in TARGOBANK.

Anteilseigner an der TARGO Lebensversicherung AG am ProACTIV-Platz 1, 40721 Hilden sind mit 94,9 % die HDI Deutschland Bancassurance GmbH & Co. KG, die ihren Sitz am ProACTIV-Platz 1, 40721 Hilden hat und mit 5,1 % die Talanx AG, Riethorst 2, 30659 Hannover. Sämtliche Anteile an der HDI Deutschland Bancassurance GmbH & Co. KG werden von der HDI Deutschland Bancassurance GmbH, ProACTIV-Platz 1, 40721 Hilden gehalten, die ihrerseits 100 %-iges Tochterunternehmen der HDI Deutschland AG, HDI-Platz 1, 30659 Hannover ist. Alle Anteile an der HDI Deutschland AG werden von der Talanx AG gehalten, die ihrerseits ein 79,04 %-iges Tochterunternehmen des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Riethorst 2, 30659 Hannover, ist

Wesentliche Geschäftsbereiche und Regionen

Die TARGO Lebensversicherung AG ist exklusiver Versicherungspartner der TARGOBANK. Bereits 1985 startete die TARGOBANK den Verkauf eigener Versicherungsprodukte über den Bankschalter. Die Kooperation zwischen der TARGO Lebensversicherung AG und der TARGOBANK AG verfolgt das Ziel, zu den erfolgreichsten Bancassurance-Modellen in Deutschland zu gehören. Im Rahmen dieser bereits langjährigen Kooperation verbindet sich die Vertriebsstärke der TARGOBANK mit dem Versicherungs-Know-how des Talanx Konzerns. Mit dieser Beständigkeit zeigen beide Partner ihre Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit und schaffen die Grundlage für den weiteren kontinuierlichen Ausbau.

Gemeinsam mit dem Bankpartner bietet die TARGO Lebensversicherung AG Versicherungsprodukte an, die nach Meinung beider Unternehmen optimal auf die Bedürfnisse der TARGOBANK-Kunden ausgerichtet sind. Der Schwerpunkt liegt im Bereich Schutz und Vorsorge. Alle Produkte werden exklusiv für die Vertriebswege des Bankpartners entwickelt.

Die Gesellschaft betreibt folgende Geschäftsbereiche der Lebens- und Lebensrückversicherung im Sinne von Solvency II (Anhang 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35):

- Versicherungen mit Überschussbeteiligung
- Fonds- und indexgebundene Versicherungen mit Optionen und Garantien

- Sonstige Lebensversicherungen mit Optionen und Garantien
- Krankenversicherung mit Optionen und Garantien
- Aktive Rückversicherung

Die Hauptgeschäftsbereiche stellen Versicherungen mit Überschussbeteiligung dar sowie an zweiter Stelle die Kreditlebensversicherungen mit Arbeitsunfähigkeitszusatzversicherung, die zum Geschäftsbereich sonstige Lebensversicherungen gehören. Der Geschäftsbereich Krankenversicherung umfasst selbständige Berufsunfähigkeits- und Invaliditätsversicherungen sowie Kreditlebensversicherungen mit Arbeitsunfähigkeitszusatzversicherung und Erwerbsminderungszusatzversicherungen.

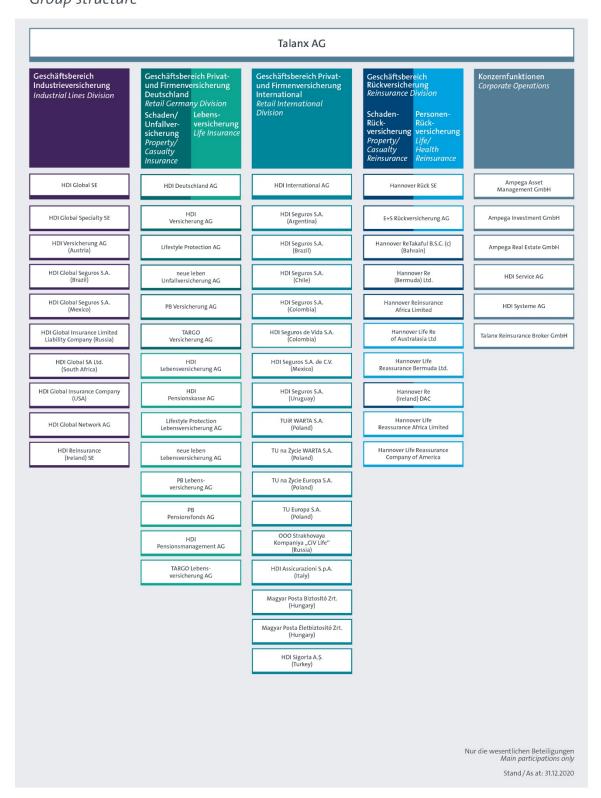
Die Gesellschaft vertreibt ihre Produkte im Inland.

Mehrheitseigentümer der Talanx AG und damit oberstes Mutterunternehmen ist die HDI V.a.G. Das nachfolgende Strukturschaubild zeigt die Position der Gesellschaft innerhalb des Talanx-Konzerns:

Konzernstruktur

Group structure

Talanx.



Anteilsbesitzliste

Die TARGO Lebensversicherung AG hält wesentliche direkte Beteiligungen an nachfolgenden Gesellschaften:

| Beteiligung | Anteil in % |
|--|-------------|
| Talanx Infrastructure Portugal 2 GmbH, Köln, Deutschland | 50,0 % |
| TD-BA Private Equity GmbH & Co. KG | 8,5 % |
| TD Real Assets GmbH & Co. KG | 17,0 % |
| TARGO Leben offene Investment GmbH & Co. KG | 100,0 % |

Folgender Wirtschaftsprüfer ist für die Prüfung der Gesellschaft zuständig:

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Konrad-Adenauer-Ufer 11 50668 Köln

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Str. 108 53117 Bonn

alternativ: Postfach 1253 53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228/4108 - 0 Fax: 0228/4108 - 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

A.1.2 Wesentliche Ereignisse

Wesentliche Ereignisse aus Sicht der Gesellschaft

Zukunftssicherung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland

Das auf mehrere Jahre angelegte Strategieprogramm KuRS (Kundenorientiert Richtungsweisend Stabil) wurde im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland weiter vorangetrieben. Ziele des Programms sind die Stabilisierung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland und die Verbesse-

rung seiner nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit, um ihn zukunftsfähig aufzustellen. Schwerpunkte bei der Umsetzung sind die Optimierung der Geschäftsprozesse und die Erhöhung der Servicequalität für Kunden und Vertriebspartner. Hierzu gehören auch die Modernisierung der IT sowie die Erhöhung der Transparenz über Bestandsdaten und Kosten. Unter dem Dach von KuRS wird die Lebenstrategie Spirit4Life und LEGO weiter umgesetzt. Sie fokussiert Wachstum in verschiedenen Handlungsfeldern. Hierzu gehören die betriebliche Altersversorgung (bAV), kapitalmarktorientierte sowie biometrische und Annex-Produkte. Zudem soll auch Wachstum durch Kundenzentrierung und digitale Vertriebsansätze gefördert werden. Mit LEGO, dem strategischen Umsetzungsprogramm von HDI Deutschland Bancassurance, werden vor allem Digitalisierungsinitiativen in Zusammenarbeit mit den Bankpartnern vorangetrieben.

Am 1.1.2020 ist die Umsetzung eines risikoträgerübergreifenden Betriebsmodells für alle Leben-Risikoträger von HDI Deutschland gestartet. Die im Projekt Harbour entwickelten und mit den Arbeitnehmervertretern verhandelten Maßnahmen wirken auf eine Harmonisierung und Modernisierung von Strukturen und Arbeitsprozessen auf Basis eines gemeinsamen IT-Bestandsführungssystems. Statt der bisherigen Trennung in Telefonie und Schriftgut unterscheidet das neue Betriebsmodell nach eingangskanalübergreifender Realtime- (sofortige Erledigung) und Neartime-Bearbeitung (zeitnahe Erledigung). Gleichzeitig werden Chancen aus der Automatisierung und Digitalisierung stärker genutzt und die Kunden- und Vertriebsorientierung weiter ausgebaut. Damit leistet das neue Betriebsmodell Ressort Leben einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Kostensituation und zur Wachstumsstrategie von Spirit4Life.

Mit der strategischen KuRS-Maßnahme Voyager4life wird eine gemeinsame IT-Leben-Plattform für die vier Leben-Risikoträger und die Pensionskassen bei HDI Deutschland sowie die Unfallsparte der Bancassurance geschaffen. Das Projekt konzentriert sich in einem ersten Schritt auf die Überführung des Neugeschäfts der Bancassurance-Gesellschaften in das Bestandsverwaltungssystem Kolumbus. In einem zweiten Schritt erfolgt die Überführung/Migration der Alt-Bestände der bisherigen Verwaltungssysteme der Bancassurance nach Kolumbus. Eine systemtechnisch vorgegebene strikte Trennung der Bestände ist dabei dauerhaft gewährleistet. Zukünftig können Produkte durch die gemeinsame Plattform einfacher abgebildet, Prozesse effizienter gestaltet und dadurch Kosten gespart werden. Für die Bancassurance ist dies ein wichtiger Schritt, um sich systemseitig optimal für die Zukunft aufzustellen.

Im Rahmen des Projekts Orange wurde ein zentrales Restkredit-IT-System zur Verwaltung einfacher, spartenübergreifender Risikoprodukte und Produkte zur Absicherung des Lebensstils eingeführt. Aufbauend auf der bereits erfolgten Implementierung des Basis-IT-Systems und der zugehörigen Anbindung der vielfältigen Umsysteme, wurden für Gewerberestkredit und TARGO Leasing bereits neue Produkte implementiert. Die Migration der Restkreditversicherungsbestände wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Migration der Leistungsfälle (einschließlich Historien) erfolgte Anfang 2021.

Nachhaltigkeit

Der Talanx Konzern arbeitet konsequent an der Umsetzung seiner Nachhaltigkeitsstrategie. Die Zeichnungspolitik der Talanx für Kohlerisiken sieht vor, dass der Konzern grundsätzlich keine Risiken bei neu geplanten Kohlekraftwerken und -minen zeichnet und sich bis 2038 beim Versicherungsschutz aus kohlebasierten Risiken zurückzieht. In der Kapitalanlage setzt der Konzern seine bisherige Politik fort, keine neuen Investments in Unternehmen mit einem kohlebasierten Umsatzanteil von mehr als 25 % zu tätigen. Im Gleichklang mit der vom Konzern verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie limitiert Talanx auch für Kapitalanlagen zusätzlich die Laufzeit der Investments auf das Jahr 2038. Zudem hat Talanx den Filterkatalog um Ölsande erweitert. Von diesem Ausschluss sind Unternehmen mit einem Umsatzanteil von mehr als 25 % aus Ölsanden betroffen.

Darüber hinaus strebt der Konzern eine Erhöhung in Infrastrukturinvestments und erneuerbare Energien auf bis zu 5 Mrd. EUR an. Im Zuge der Schärfung des Nachhaltigkeitsprofils wird zudem die Nachhaltigkeitsberichter-

stattung weiterentwickelt und ausgeweitet; so werden weitere Länder in den Berichtsprozess einbezogen. Gezieltes Engagement – unter Berücksichtigung der einschlägigen UN Sustainable Development Goals – forciert der Konzern in den Bereichen Bildung und Diversität, Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften.

Umsetzung Insurance Distribution Directive (IDD) Training

Die TARGO Lebensversicherung AG übernimmt für ihren Vertriebspartner TARGOBANK die vollständige Umsetzung der IDD-Vorgaben im Bereich der Mitarbeiterqualifizierung. Zu den gesetzlichen IDD-Vorgaben haben die Kooperationspartner sich zusätzlich weitere Kriterien auferlegt, die zur kontinuierlichen Weiterbildung der TARGOBANK-Mitarbeiter führen und somit die Qualität im Versicherungsverkauf weiter steigern. Das Absolvieren von E-Learning- Maßnahmen, die Dokumentation aller weiteren Weiterbildungsmaßnahmen und die Kontrolle aller Vorgaben erfolgt vollständig digital über das Lernmanagementsystem der TARGO Lebensversicherung AG. Zusätzlich schafft das Lernmanagementsystem für alle Zielgruppen (die Vertriebsmitarbeiter der TARGOBANK und das TARGOBANK Callcenter) die benötigte Transparenz in allen Prozessen. Diese etablierten Prozesse und Systeme sorgen dafür, dass es auch dieses Jahr allen Vertriebsmitarbeitern der TARGOBANK ermöglicht wird, die IDD-Anforderungen zu erfüllen. Auch während der anhaltenden Corona-Pandemie und der nicht möglichen Teilnahme in Präsenz stellt die TARGO Lebensversicherung AG alternativ Möglichkeiten in Remote zur Verfügung. Die Erfüllung der IDD-Weiterbildungsstunden kann gewährleistet werden.

GDV-Verhaltenskodex

Die TARGO Lebensversicherung AG hat im Berichtsjahr die Prüfung des GDV-Verhaltenskodex erfolgreich abgelegt. Der Ergebnisbericht kann auf der Homepage des GDV digital als PDF eingesehen werden.

Einführung neue Sofort-Rente

Zum 14.9.2020 fiel der Startschuss zur Abwicklung des Neugeschäfts der TARGO Lebensversicherung AG über das gemeinsame Zielbestandsführungssystem des Konzerns Kolumbus. Die Sofort-Rente ist das erste Produkt, das über Kolumbus abgebildet wird und von den dort vorhandenen Produktoptionen, wie unter anderem dem flexiblen Rentenbezug, profitiert. Die neue Sofort-Rente wurde vom Institut für Vorsorge und Finanzplanung mit "sehr gut" bewertet.

Digitale Transformation und Start-up-Kooperationen

Neben ihren Wachstums- und Profitabilitätszielen legen die Talanx und der HDI V.a.G. einen strategischen Schwerpunkt auf die digitale Transformation. Der Talanx Konzern arbeitet konsequent an intuitiven und kundenfreundlichen IT-unterstützten Prozessen und modernisiert fortlaufend seine IT-Systeme. Kooperationen mit Start-ups helfen dabei, entsprechendes Know-how im Unternehmen aufzubauen und digitale Lösungen und Services zu etablieren. Beispielsweise hat die HDI Group den Cyber-Security-Spezialisten Perseus übernommen und sich an zahlreichen weiteren Start-ups finanziell beteiligt. Eine Schlüsselrolle spielen die Themen Datenanalyse mithilfe künstlicher Intelligenz und Behavioural Economics sowie Ökosysteme.

Corona-Pandemie verstärkt Nutzung digitaler Technologien

Auch die TARGO Lebensversicherung AG ist von den Veränderungen betroffen, die die Pandemie mit sich bringt. Im Fokus der Aktivitäten, um auf die Veränderungen zu reagieren, stand dabei die Ausbreitung von Corona zu verlangsamen, die Mitarbeiter und Kunden bestmöglich zu schützen und das Geschäft möglichst stabil zu halten. Seit dem ersten Shutdown im März 2020 hat die TARGO Lebensversicherung AG ihre Tätigkeit fast

vollständig ins mobile Arbeiten verlagert. Unterstützt wird die Arbeit mit digitalen Tools, wie Microsoft Teams. Eine Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs konnte so erfolgreich sichergestellt werden.

Ein wichtiger Punkt für die TARGO Lebensversicherung AG ist den Kunden in der besonderen Situation nicht aus den Augen zu verlieren. Um diese möglichst gut zu unterstützen, wurden Kulanzentscheidungen getroffen, umfangreiche Zahlungshilfen sowie schnelle Kontaktwege angeboten, die rege in Anspruch genommen wurden.

Auch für die Beratung und den Verkauf von Produkten konnten, neben der unter den besonderen Umständen weitgehenden Aufrechterhaltung der Betreuung vor Ort, Lösungen per "remote" geschaffen werden, zum Beispiel über eine gezielte Vereinbarung von telefonischen Beratungsterminen. Ergänzend dazu wurde die Möglichkeit geschaffen, Verträge für alle Produkte auch komplett ohne physischen Kontakt abschließen zu können.

Digitale Transformation und künstliche Intelligenz bei Talanx

Neben seinen Wachstums- und Profitabilitätszielen legt der Talanx Konzern einen strategischen Schwerpunkt auf die digitale Transformation. Ein Ziel ist der schnelle Auf- und Ausbau von Kompetenzen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI), insbesondere die Optimierung von KI-basierten Geschäftsprozessen. Dabei geht Talanx strategische Partnerschaften ein, z. B. mit dem Anbieter intelligenter Automatisierungssoftware Work-Fusion zur Beschleunigung der End-to-End-Digitalisierung von Kerngeschäftsprozessen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung spielt bei der TARGO Lebensversicherung AG in praktisch allen Bereichen eine große Rolle.

Für die Kunden startete die TAV ServiceApp, die im Berichtsjahr weiterentwickelt wurde, bereits in 2016 mit einer Fotofunktion, die in 2018 um die Registrierung erweitert wurde. Die Kunden können bereits alle ihre laufenden Versicherungen einsehen, außerdem diverse Self-Services durchführen, wie z. B. die Zahlweise oder den Zahltag, freie Mitteilungen und persönliche Daten ändern. Dies war die zweite Ausbaustufe nach dem Livegang im April 2018 bei IOS und im Juli 2019 bei Android. Zu Beginn des Jahres 2019 startete die dritte Ausbaustufe. Dabei soll die Ausgangspost der TARGO Lebensversicherung AG in digitaler Form abrufbar, Statusmeldungen zum aktuellen Stand von eingereichten Vorgängen einsehbar sein sowie die Möglichkeit der Registrierung von Restkredit-Kunden implementiert werden. Die ServiceApp wird von den Kunden gut angenommen: Seit dem Livegang Ende 2016 wurde sie ca. 23.000 Mal heruntergeladen (1. HJ 2020: 7.651). Die Kunden haben ca. 32.000 Vorgänge eingereicht (1. HJ 2020: 7.050). Eine erfreuliche Vereinfachung für die Kunden sowie eine Effizienzsteigerung für die TARGO Lebensversicherung AG. Ergänzend zur ServiceApp sollen im Zuge der Digitalisierung Services für Versicherungskunden in das Online-Banking des Bankpartners integriert werden. Das Projekt der Zustellung von Kundenanschreiben in die Online-Postbox im Online-Banking der TARGOBANK ist Anfang 2019 gestartet. Alle Vorbereitungen zur Archivierung sämtlicher Ausgangspost sind abgeschlossen. Eine Entscheidung der TARGOBANK IT für den Projektstart steht noch aus.

Auch im Arbeitsalltag der Mitarbeiter der TARGO Lebensversicherung AG erhält die Digitalisierung Einzug. So wurde das Projekt "Digitales Coachbüro" für die Vertriebsmitarbeiter, welches zur Vertriebssteuerung genutzt wird, ausgerollt und sorgt seitdem für erhebliche Erleichterungen im Arbeitsalltag. Mit der Corona-Pandemie hat die generelle Nutzung von digitalen Hilfsmitteln zur Kollaboration bei der TARGO Lebensversicherung AG zudem massiv zugenommen.

Auch um Berater der TARGOBANK sowie Kollegen der TARGO Lebensversicherung AG zu schulen, nutzt die TARGO Lebensversicherung AG seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland verstärkt digitale Formate. Notwendige Präsenzformate wurden nach den gängigen Hygienestandards durchgeführt. Darüber hi-

naus wurden viele bestehende Schulungsformate, die bislang vor Ort stattgefunden haben, "digitalisiert". So fanden beispielsweise die diesjährigen Zertifizierungsseminare überwiegend digital statt. Für jedes Zertifizierungsseminar wurde gemeinsam mit der DVA (Deutsche Versicherungsakademie) ein Remote-Konzept entwickelt. Die Zertifizierung kann vollständig in remote abgelegt werden. Auch neue digitale Trainingsformate wurden entwickelt. So wurde den Vertriebsmitarbeitern der TARGO Lebensversicherung AG ein Sales Training zum Thema Telefonverkauf angeboten. Denn ohne den direkten Zugang zum Kunden und zum Vermittler waren die Trainer und die Mitarbeiter im Innendienst, die den Vertrieb der TARGO Lebensversicherung AG unterstützen, coronabedingt zunehmend auf digitale Medien angewiesen.

Social-Media-Auftritt der TARGO Versicherungen

Die TARGO Versicherungen sind seit 2011 auf Xing und seit 2018 auf Facebook mit eigenen Unternehmensseiten präsent. Primäres Ziel war es, bestehende und neu aufkommende Diskussionen über die TARGO Versicherungen im Netz besser beobachten und steuern zu können und Kundennähe zu zeigen. Nach dem erfolgreichen Start sollen die Aktivitäten auf weitere Social-Media-Kanäle ausgeweitet und zentral gesteuert werden, z. B. LinkedIn und Instagram. Ziel ist es, die TARGO Versicherungen als kompetenten und attraktiven Anbieter sowie Arbeitgeber darzustellen. Neben der reaktiven Ansprechbarkeit für alle relevanten Zielgruppen sollen die Social-Media-Kanäle auch proaktiv genutzt werden. Die Content-Strategie zielt darauf ab, mit wissenswerten, informativen sowie unterhaltsamen Inhalten ein positives und authentisches Bild der TARGO Versicherungen zu zeichnen.

Agilität bei der TARGO Lebensversicherung AG

Veränderungen in der globalisierten Welt im Informationszeitalter vollziehen sich in immer höherem Tempo. Die Welt ist geprägt von Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit (VUCA – Volatility, Uncertainty, Complexity, Ambiguity). Um als Versicherungsunternehmen mit der Veränderungsgeschwindigkeit mithalten zu können, ist der Wandel hin zu einer agilen Organisation notwendig. Dies bedeutet für die TARGO Lebensversicherung AG, eine lernende Organisation zu sein, die den Nutzen des Kunden in den Mittelpunkt stellt, um den Gewinn des Unternehmens zu steigern. Um die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen und den Herausforderungen des aktuellen Marktumfelds begegnen zu können, hat die TARGO Lebensversicherung AG eine "Digitale Nachhaltige Agenda" (kurz: DNA) entwickelt. Ziel ist, digitale Aktivitäten zu intensivieren und die Anwendung agiler Methoden zu steigern, um eine höhere Kundenzentrierung zu erreichen und auch letztendlich mehr Ertrag zu generieren. Im Berichtsjahr hat die TARGO Lebensversicherung AG den Begriff "Digitalisierung" für Mitarbeiter und das Management greifbarer und die Umsetzung messbar gemacht. Basis der DNA der TARGO Lebensversicherung AG ist die vorhandene Projektplanung sowie eine Mitarbeiterbefragung zum Thema "Digitalisierung". Im Rahmen der DNA wurde ein gemeinsames Zielbild entwickelt, das die TAR-GO Lebensversicherung AG angehen möchte. Die DNA umfasst vier Aspekte, die flächendeckende Veränderung von 1. Einstellung, 2. Verhalten, 3. Einsatz agiler Methoden und 4. Kompetenzen miteinander vereint. Die Mitarbeiter und Führungskräfte haben die vier Aspekte der DNA in messbare Aktivitäten in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich übersetzt. Das können beispielsweise der Abbau von Administration, die Verschlankung von Prozessen sowie die stärkere Mitarbeiter- und Kundenfokussierung sein. Alle Mitarbeiter der TARGO Lebensversicherung AG sind in agilen Methoden geschult und gut vorbereitet die geplanten Themen anzugehen. Durch die Anwendung der agilen Tools in der Praxis werden die vier Aspekte der DNA nachhaltig implementiert.

Vorstandswechsel

Es gab am 1. Oktober 2020 einen Generationswechsel bei den TARGO Lebensversicherung AG. Sascha Müller, der seit 2011 für die TARGO Lebensversicherung AG tätig ist, trat die Nachfolge von Bernd-Leo Wüstefeld als Vertriebsvorstand an. Bernd-Leo Wüstefeld geht gleichzeitig nach einer äußerst erfolgreichen Tätigkeit für die

TARGO Lebensversicherung AG in den Ruhestand. Er war 31 Jahre für den Konzern tätig. Die langjährige Betriebszugehörigkeit spricht für eine gute und stabile Unternehmensführung.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

| Versicherungstechnische Ergebnisse in TEUR (Netto) | Berichtsjahr | Vorperiode |
|---|--------------|------------|
| Gebuchte Prämien | 996.653 | 1.098.763 |
| Verdiente Prämien | 997.815 | 1.099.815 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -626.633 | -619.501 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | -152.742 | -369.664 |
| Abschlusskosten | -158.667 | -185.191 |
| Verwaltungsaufwendungen | -106.502 | -95.163 |
| Aufwendungen für Schadenregulierung | -8.811 | -10.016 |
| Aufwendungen für und Beiträge aus Beitragsrückerstattungen | -18.408 | -28.943 |
| Kapitalanlageergebnis | 120.444 | 143.084 |
| Nicht realisierte Gewinne/Verluste | 23.642 | 130.479 |
| Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge | -1.267 | 2.371 |
| Versicherungstechnisches Ergebnis | 68.870 | 67.271 |

Gebuchte Prämien

Die gebuchten Bruttoprämien sinken im Geschäftsjahr von 1.098.763 TEUR auf 996.653 TEUR. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war (brutto) insbesondere der Rückgang der Einmalprämien auf 504.382 (617.801) TEUR; die laufenden Prämien sind leicht gestiegen auf 561.727 (556.903) TEUR. In den laufenden Prämien sind 62.496 (58.110) TEUR aus dem übernommenen Geschäft enthalten. An die Rückversicherer wurden 69.455 (75.941) TEUR weitergegeben.

Aufwendungen für Versicherungsfälle und Aufwendungen für Schadenregulierung

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle enthielten 670.685 (658.954) TEUR Zahlungen für Versicherungsfälle (inkl. Aufwendungen für Schadenregulierung) und 5.114 (Vorjahr 4.559 Aufwand) TEUR Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Die Bruttozahlungen für Versicherungsfälle betrafen mit einem Anteil von 55,9 % und 375.054 (359.944) TEUR überwiegend Abläufe und Todesfälle. Die Zahlungen für Rückkäufe beliefen sich auf 269.751 (271.694) TEUR. Für fällige Renten wurden 17.068 (17.300) TEUR aufgewendet. Des Weiteren entstanden Kosten für die Bearbeitung und Regulierung der Versicherungsfälle in Höhe von 8.811 (10.016) TEUR.

Der Anteil der Rückversicherer an den Aufwendungen für Versicherungsfälle betrug 30.127 (33.997) TEUR. Die Nettoaufwendungen für Versicherungsfälle (inkl. Aufwendungen für Schadenregulierung) beliefen sich damit auf 635.444 (629.517) TEUR.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

Die Bruttoaufwendungen für die Veränderung der Deckungsrückstellung betrugen 154.386 (372.480) TEUR; der Anteil der Rückversicherer daran 1.643 (2.816) TEUR. In den Aufwendungen sind 42.137 (34.154) TEUR für die Bildung der Zinszusatzreserve enthalten.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrugen 297.323 (312.448) TEUR, davon entfielen 158.553 (184.976) TEUR auf Abschlussaufwendungen und 138.770 (127.471) TEUR auf Verwaltungsaufwendungen. Die Höhe der Abschlussaufwendungen wurde maßgeblich vom Neugeschäft bzw. den daraus entstehenden Provisionszahlungen bestimmt. An den Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen wurden die Rückversicherer mit 32.155 (32.093) TEUR beteiligt. Es verblieben damit Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 265.169 (280.354) TEUR.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Unter Berücksichtigung der Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen belief sich das Kapitalanlageergebnis auf 120.444 (143.084) TEUR. Es ist ein wesentlicher Bestandteil des versicherungstechnischen Ergebnisses. Einzelheiten zum Kapitalanlageergebnis (ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen) werden in Kapitel A.3 Anlageergebnis erläutert.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Insgesamt erzielte die TARGO Lebensversicherung AG ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung in Höhe von 68.870 (67.271) TEUR.

A.2.1 Geschäftsbereiche

Versicherungen mit Überschussbeteiligung

Den größten Geschäftsbereich der TARGO Lebensversicherung AG, synchron zu den anderen Lebensversicherungen, bilden die Versicherungen mit Überschussbeteiligung. Auf diesen Geschäftsbereich entfielen 48,9 % der gebuchten Bruttobeiträge und 55,7 % der Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle.

| Versicherungen mit Überschussbeteiligung in TEUR (Netto) | Berichtsjahr | Vorperiode |
|---|--------------|------------|
| Gebuchte Prämien | 487.607 | 504.772 |
| Verdiente Prämien | 488.769 | 505.823 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -349.309 | -330.299 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | -135.499 | -187.477 |
| Abschlusskosten | -46.272 | -53.429 |
| Verwaltungsaufwendungen | -16.418 | -13.763 |
| Aufwendungen für Schadenregulierung | -3.863 | -4.368 |

Das versicherungstechnische Ergebnis ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für und Beiträge aus Beitragsrückerstattungen, Kapitalanlageergebnis, nicht realisierte Gewinne/Verluste und sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge beträgt -62.591 (-83.513) TEUR.

Fonds- und indexgebundene Versicherungen mit Optionen und Garantien

In diesem Geschäftsbereich werden sämtliche Versicherungen mit fonds- und indexgebundenen Anteil zu 100 % ausgewiesen.

| Fonds- und indexgebundene Versicherungen mit Optionen und Garantien in TEUR (Netto) | Berichtsjahr | Vorperiode |
|--|--------------|------------|
| Gebuchte Prämien | 84.821 | 93.451 |
| Verdiente Prämien | 84.821 | 93.451 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -63.785 | -71.349 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | -41.073 | -146.928 |
| Abschlusskosten | -4.951 | -4.232 |
| Verwaltungsaufwendungen | -3.502 | -3.249 |
| Aufwendungen für Schadenregulierung | -595 | -706 |

Das versicherungstechnische Ergebnis ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für und Beiträge aus Beitragsrückerstattungen, Kapitalanlageergebnis, nicht realisierte Gewinne/Verluste und sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge beträgt -29.084 (-133.012) TEUR.

Sonstige Lebensversicherungen mit Optionen und Garantien

In diesem Geschäftsbereich sind ausschließlich Restkreditversicherungen enthalten.

| Sonstige Lebensversicherungen mit Optionen und Garantien in TEUR (Netto) | Berichtsjahr | Vorperiode |
|---|--------------|------------|
| Gebuchte Prämien | 211.953 | 265.502 |
| Verdiente Prämien | 211.953 | 265.502 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -119.200 | -127.373 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | 13.517 | -52.546 |
| Abschlusskosten | -98.544 | -117.684 |
| Verwaltungsaufwendungen | -93.803 | -89.600 |
| Aufwendungen für Schadenregulierung | -4.292 | -4.866 |

Das versicherungstechnische Ergebnis ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für und Beiträge aus Beitragsrückerstattungen, Kapitalanlageergebnis, nicht realisierte Gewinne/Verluste und sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge beträgt -90.367 (-126.568) TEUR.

Krankenversicherung mit Optionen und Garantien

In diesem Geschäftsbereich sind selbständige Berufsunfähigkeits- und Invaliditätsversicherungen sowie Kreditlebensversicherungen mit Arbeitsunfähigkeitszusatzversicherung und Erwerbsminderungszusatzversicherungen enthalten.

| Krankenversicherungen mit Optionen und Garantien in TEUR (Netto) | Berichtsjahr | Vorperiode |
|--|--------------|------------|
| Gebuchte Prämien | 149.776 | 176.929 |
| Verdiente Prämien | 149.776 | 176.929 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -48.808 | -50.275 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | 10.312 | 17.286 |
| Abschlusskosten | -1.354 | -2.244 |
| Verwaltungsaufwendungen | 7.220 | 11.449 |
| Aufwendungen für Schadenregulierung | -61 | -75 |

Das versicherungstechnische Ergebnis ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für und Beiträge aus Beitragsrückerstattungen, Kapitalanlageergebnis, nicht realisierte Gewinne/Verluste und sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge beträgt 117.085 (153.069) TEUR.

Aktive Rückversicherung

Die TARGO Lebensversicherung AG betreibt aktives Rückversicherungsgeschäft für Kapital-, Risiko- und Rentenversicherungen inkl. Zusatzversicherungen.

| Aktive Rückversicherung in TEUR (Netto) | Berichtsjahr | Vorperiode |
|---|--------------|------------|
| Gebuchte Prämien | 62.496 | 58.110 |
| Verdiente Prämien | 62.496 | 58.110 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -45.532 | -40.205 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | 0 | 0 |
| Abschlusskosten | -7.546 | -7.602 |
| Verwaltungsaufwendungen | 0 | 0 |
| Aufwendungen für Schadenregulierung | 0 | 0 |

Das versicherungstechnische Ergebnis ohne Berücksichtigung von Aufwendungen für und Beiträge aus Beitragsrückerstattungen, Kapitalanlageergebnis, nicht realisierte Gewinne/Verluste und sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge beträgt 9.417 (10.303) TEUR.

A.2.2 Regionen

Die TARGO Lebensversicherung AG vertreibt ihre Produkte im Inland.

Gemäß Artikel 293 Abs. 1 lit. f DVO sind wesentliche Geschäftsbereiche und wesentliche geografische Gebiete, in denen die Gesellschaft ihrer Tätigkeit nachgeht, aufzuführen. Bestandsauswertungen zeigen, dass die Gesellschaft in niedriger dreistelliger Zahl auch Abschlüsse im Ausland getätigt hat. Eine Aussage, dass die Gesellschaft auch ausländisches Versicherungsgeschäft betreibe, wäre im Rahmen dieses Berichts aber eher irreführend.

A.3 Anlageergebnis

Im Geschäftsjahr 2020 beläuft sich das Kapitalanlageergebnis der TARGO Lebensversicherung AG nach HGB auf insgesamt 121.900 (127.616) TEUR. Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 2,4 (2,7) % und beinhaltet allgemeine Aufwendungen/Erträge in Höhe von -14.978 (-5.196) TEUR, die im Wesentlichen aus Verwaltungsaufwendungen bestehen.

Die Erträge und Aufwendungen, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Vermögenswertklassen, sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Die vorgenannten allgemeinen Aufwendungen/Erträge (nicht zugeordnet) sind dabei keiner der Vermögenswertklassen zuzuordnen. In der Position Immobilien sind, soweit vorhanden, sowohl Immobilien zur Eigennutzung, als auch vermietete Immobilien enthalten, so dass der genannte Bestand und die dazu gehörigen Ergebniszahlen mit den handelsrechtlichen Angaben im Geschäftsbericht übereinstimmen.

| | Ordentl Erträge | | Ordentl Aufwen | | Außeron liche Er | | Außero liche Au dungen | ıfwen- | Bilanzio Ergebn | |
|--|--------------------|---------|-------------------|-------|---------------------|-------|------------------------------|--------|--------------------|---------|
| TEUR | 2020 | 2019 | 2020 | 2019 | 2020 | 2019 | 2020 | 2019 | 2020 | 2019 |
| Immobilien | 4.261 | 5.200 | 6.524 | 4.233 | - | - | - | - | -2.262 | 968 |
| Anteile an verb. Untern., inkl. Beteiligungen | 8.477 | 5.718 | - | - | - | - | - | - | 8.477 | 5.718 |
| Aktien - notiert | 43 | 193 | - | - | 3 | 256 | 38 | - | 7 | 449 |
| Aktien - nicht notiert | 243 | 16 | - | - | - | - | - | - | 243 | 16 |
| Staatsanleihen | 29.618 | 27.464 | - | - | 7.003 | 417 | 210 | - | 36.411 | 27.881 |
| Unternehmensanleihen | 69.884 | 77.183 | - | - | 12.151 | 1.077 | 8.183 | - | 73.851 | 78.259 |
| Strukturierte Schuldtitel | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Besicherte Wertpapiere | 887 | 133 | - | - | - | - | - | - | 887 | 133 |
| Organismen für gemeinsame Anlagen | 16.887 | 11.534 | - | - | 1.317 | 579 | 1.284 | 722 | 16.920 | 11.390 |
| Derivate | - | | - | - | 1.997 | 3.443 | 4.368 | 121 | -2.371 | 3.323 |
| Einlagen außer Zahlungs- mitteläquivalenten | 23 | 5 | 16 | 8 | - | - | - | - | 7 | -3 |
| Policendarlehen | 4.697 | 4.667 | - | - | - | - | - | - | 4.697 | 4.667 |
| Darlehen/Hypotheken (ohne Policendarlehen) | 11 | 13 | - | - | - | - | - | - | 11 | 13 |
| Zahlungsmittel (-äqui- valente)* | - | , | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Aufwendungen/Erträge (nicht zugeordnet) | 1 | 25 | 6.818 | 5.221 | - | - | 8.162 | - | -14.978 | -5.196 |
| Summe | 135.033 | 132.149 | 13.358 | 9.462 | 22.470 | 5.772 | 22.245 | 843 | 121.900 | 127.616 |

^{*}ohne laufende Guthaben

Die ordentlichen Erträge, die überwiegend aus den Kuponzahlungen der Staatsanleihen und Unternehmensanleihen resultieren, belaufen sich zum 31.12.2020 auf 135.033 (132.149) TEUR. Dem stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 13.358 (9.462) TEUR gegenüber.

Im Saldo wurde damit ein ordentliches Ergebnis von 121.675 (122.688) TEUR erwirtschaftet. Die laufende Durchschnittsverzinsung erreichte 2,4 (2,6) %.

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 225 (4.929) TEUR setzt sich aus außerordentlichen Erträgen (Abgangsgewinnen aus Kapitalanlagen) in Höhe von 22.470 (5.772) TEUR und außerordentlichen Aufwendungen (Abgangsverlusten und Abschreibungen aus Kapitalanlagen) in Höhe von 22.245 (843) TEUR zusammen.

Im Berichtsjahr wurden Abgangsgewinne aus Kapitalanlagen in Höhe von 22.470 (5.516) TEUR realisiert. Diese erfolgten hauptsächlich in den Positionen Unternehmensanleihen und Staatsanleihen. Im Berichtszeitraum gab es keine Zuschreibungen (256 TEUR).

Die Abgangsverluste aus Kapitalanlagen betrugen 19.040 (782) TEUR und entstanden größtenteils in den Positionen Unternehmensanleihen, Derivate sowie unter Aufwendungen/Erträge (nicht zugeordnet). Zudem waren Abschreibungen in Höhe von 3.205 (61) TEUR vorzunehmen, welche insbesondere in der Klasse Unternehmensanleihen entstanden.

Gemäß handelsrechtlicher Rechnungslegung sind keine direkt im Eigenkapital der Gesellschaft erfassten Gewinne und Verluste auszuweisen.

Informationen über Anlagen in Verbriefungen (marktwertbasiert, inklusive Bestand in Spezialfonds)

Die TARGO Lebensversicherung AG hält zum 31.12.2020 einen Bestand von 101.988 TEUR in Kreditverbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

A.4.1 Sonstige Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr

Im nichtversicherungstechnischen Ergebnis in Höhe von -16.253 (-19.714) TEUR sind 4.646 (4.998) TEUR sonstige Erträge und 20.899 (24.712) TEUR sonstige Aufwendungen enthalten.

Die sonstigen Erträge enthalten insbesondere Erträge aus erbrachten Dienstleistungen in Höhe von 1.944 (2.131) TEUR, Erträge aus Provisionen von 1.577 (1.593) TEUR und Zinserträge in Höhe von 573 (987) TEUR. Die Zinserträge beinhalten 536 (0) TEUR Zinsen aus der Abzinsung von Rückstellungen und 5 (871) TEUR Zinsen auf Steuerguthaben. Des Weiteren gab es Erträge aus Deckungsvermögen für Pensionsverpflichtungen von 16 (51) TEUR, die mit Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen von 16 (64) TEUR saldiert wurden, sowie Währungskursgewinne in Höhe von 114 (37) TEUR.

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten insbesondere Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 16.740 (20.602) TEUR, Zinsaufwendungen in Höhe von 1.970 (1.508) TEUR sowie Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen in Höhe von 1.967 (2.099) TEUR. Die Zinsaufwendungen enthalten 534 (1.164) TEUR Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Zudem gab es Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen für Rechtsrisiken in Höhe von 5 (38) TEUR sowie Währungskursverluste von 88 (43) TEUR.

Im Berichtsjahr sind außerordentlichen Aufwendungen von 136 TEUR angefallen (Vorjahr 0 TEUR).

| Sonstige Geschäftstätigkeit in TEUR | Berichtsjahr | Vorperiode |
|---|--------------|------------|
| Nichtversicherungstechnisches Ergebnis | | |
| Sonstige Erträge - gesamt | 4.646 | 4.998 |
| Erträge für erbrachte Dienstleistungen | 1.994 | 2.131 |
| Provisionserträge | 1.577 | 1.593 |
| Zinserträge | 573 | 987 |
| Übrige Erträge | 502 | 287 |
| Sonstige Aufwendungen – gesamt | -20.899 | -24.712 |
| Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes | -16.740 | -20.602 |
| Zinsaufwendungen | -1.970 | -1.508 |
| Aufwendungen für erhaltene Dienstleistungen | -1.967 | -2.099 |
| Übrige Aufwendungen | -222 | -502 |
| Außerordentliches Ergebnis | -136 | 0 |

A.4.2 Leasing-Vereinbarungen

Die TARGO Lebensversicherung AG ist keine wesentlichen Leasingverträge eingegangen.

A.5 Sonstige Angaben

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr wurden im Rahmen des mit der HDI Deutschland Bancassurance Kundenmanagement GmbH & Co. KG bestehenden Steuerumlagevertrags Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 19.204 (15.349) TEUR ausgewiesen.

Gewinnverwendung

Insgesamt konnte in 2020 ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 33.168 TEUR verzeichnet werden. Das Ergebnis wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft HDI Deutschland Bancassurance Kundenmanagement GmbH & Co. KG abgeführt.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

B.1.1 Governance-Struktur

Die TARGO Lebensversicherung AG ist ein Versicherungsunternehmen nach dem deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und hat drei Organe: Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Die Aufgaben und Befugnisse dieser Organe ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung der Gesellschaft sowie der Geschäftsordnungen für den Vorstand und für den Aufsichtsrat.

Der Vorstand hat unter eigener Verantwortung die Gesellschaft zu leiten und besteht satzungsgemäß aus mindestens zwei Personen. Der Vorstand der TARGO Lebensversicherung AG setzt sich bis zum Stichtag aus sechs Personen zusammen; Frau Iris Kremers wurde zur Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Sie verantwortet die Ressorts Personal, Recht, Compliance und Revision sowie Datenschutz.

Frau Silke Fuchs verantwortet als Mitglied des Vorstands die Ressorts Betrieb (zuvor als Kundenservice bezeichnet) sowie Geldwäschebekämpfung.

Darüber hinaus hat Herr Michael Krebbers seit seiner Bestellung in den Vorstand die Verantwortung für das Ressort IT übernommen.

Herr Dr. Thorsten Pauls verantwortet als Mitglied des Vorstands im Sinne einer funktionstrennungskonformen Ressortverteilung die risikokontrollierenden Ressorts Risikomanagement, Versicherungsmathematische Funktion, Rechnungswesen, Bilanzierung & Steuern sowie Controlling.

Herr Dr. Patrick Dahmen ist als Mitglied des Vorstands für die risikoaufbauenden Ressorts Mathematik/Produkte, Aktuarielle Steuerung, Rückversicherung (Leben) und Vermögensanlage und -verwaltung zuständig.

Herr Bernd-Leo Wüstefeld ist ebenfalls Mitglied im Vorstand und hat die risikoaufbauenden Ressorts Vertrieb sowie Marketing- und Vertriebsunterstützung inne. Er ist zum 30.09.2020 ruhestandsbedingt aus dem Vorstand der Gesellschaft ausgeschieden.

Als Nachfolger wurde Herr Sascha Müller zum 01.10.2020 in den Vorstand berufen. Er verantwortet die Ressorts Vertrieb sowie Marketing- und Vertriebsunterstützung.

Ausschüsse hat der Vorstand der Gesellschaft nicht gebildet.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Unbeschadet der Gesamtverantwortung führt jedes einzelne Mitglied des Vorstands das ihm zugewiesene Ressort im Rahmen der Beschlüsse des Gesamtvorstands in eigener Verantwortung. Die Geschäftsordnung des Vorstands beinhaltet neben den gesetzlichen und satzungsgemäßen dem Vorstand zugewiesenen Aufgaben insbesondere einen Katalog der Themen, die einen Gesamtvorstandsbeschluss voraussetzen und regelt die notwendigen Beschlussmehrheiten, Sitzungsmodalitäten sowie Informations- und Berichtspflichten.

Ferner regelt die Geschäftsordnung des Vorstands die durch den Aufsichtsrat zustimmungspflichtigen Geschäfte.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu beraten und zu überwachen und stellt das Kontrollorgan für die Managemententscheidungen dar. Der Aufsichtsrat der TARGO Lebensversicherung AG besteht aus sechs Personen; dieser setzt sich als eine nach dem Drittelbeteiligungsgesetz mitbestimmte Gesellschaft aus vier Anteilseignervertretern und zwei Arbeitnehmervertretern zusammen.

Mit Wirkung zum 31.08.2020 hat Herr Dr. Wicke sein Mandat im Aufsichtsrat der Gesellschaft niedergelegt. In einer außerordentlichen Hauptversammlung wurde Herr Dr. Lohmann mit Wirkung zum 01.09.2020 als Nachfolger in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte Herrn Dr. Lohmann mit Wirkung ab 01.09.2020 zum Vorsitzenden sowie bereits zuvor Herrn Norbert Kox zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss eingerichtet, der regelmäßig Beschlussempfehlungen zu den Vorstandsangelegenheiten an das Plenum ausspricht.

Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, die einzelne Regelungen zu Organisation, Sitzungsablauf und Beschlussfassung beinhaltet. Ferner trifft die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats ebenfalls Regelungen für den eingerichteten Personalausschuss.

Die Hauptversammlung wählt die Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und beschließt über die Vergütung des Aufsichtsrats. Ferner beschließt die Hauptversammlung über die gesetzlich und satzungsgemäß festgelegten Angelegenheiten. Jedes Jahr findet eine ordentliche Hauptversammlung statt; für besondere Fälle kann eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen werden.

Als Teil der HDI-Gruppe ist die Gesellschaft eingebunden in das Governance-System des Talanx-Konzerns. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland eingebunden, der durch die HDI Deutschland AG gesteuert wird. Insbesondere werden die allgemeinen Vorgaben und Leitlinien der HDI-Gruppe speziell zur Risikoorganisation auf Ebene der HDI Deutschland AG für die jeweiligen Tochtergesellschaften operationalisiert und umgesetzt.

Die Governance-Anforderungen unter Solvency II sehen vor, dass alle Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen über ein wirksames System verfügen, das "ein solides und vorsichtiges Management des Geschäftes" sicherstellt. Aus diesem Grund wurden von der Gesellschaft die folgenden vier Schlüsselfunktionen etabliert: Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision und Versicherungsmathematische Funktion (VmF). Die Vorstände des HDI V.a.G. und der Talanx AG haben zu diesem Zweck die entsprechenden Grundsätze, Aufgaben und Prozesse sowie Berichtspflichten in einem Grundsatzpapier für die einzelnen Schlüsselfunktionen festgelegt und beschlossen; dieses Grundsatzpapier wurde von der Gesellschaft ratifiziert.

Personen, die als Inhaber einer Schlüsselfunktion anzusehen sind, unterliegen, ebenso wie Vorstand und Aufsichtsrat, speziellen Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit. Nähere Ausführungen hierzu finden sich im Kapitel B.2.

B.1.2 Aufgaben und Zuständigkeiten

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die URCF meldet dem Vorstand jene Risiken, die als möglicherweise materiell einzustufen sind, und unterstützt ihn bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im Rahmen der Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Zu diesem Zweck identifiziert und evaluiert die URCF kontinuierlich auf Basis der Risikostrategie potentiell als relevant einzustufende Risiken, definiert vom Vorstand zu verabschiedende Risikolimite und aggregiert die identifizierten Risiken zum Zwecke der Berichterstattung. Sie berichtet ferner dem Vorstand eigeninitiativ oder auf Anforderung über andere spezifische Risiken.

Weitere Ausführungen zur URCF finden sich im Kapitel B.3.

Die Compliance-Funktion wirkt auf die Einhaltung der für die Gesellschaft geltenden gesetzlichen und regulatorischen Regelungen sowie der selbstgesetzten Regeln durch Mitarbeiter und Organmitglieder hin und überwacht deren Einhaltung. Sie ist ein integraler Bestandteil des Governance-Systems und des internen Kontrollsystems der Gesellschaft. Die Compliance-Funktion erstellt jährlich einen Compliance-Plan, in dem ihre für das Geschäftsjahr geplanten Aufgaben und Tätigkeiten im Einzelnen dargelegt werden.

Weitere Ausführungen zur Compliance-Funktion finden sich im Kapitel B.4.

Die Funktion der internen Revision wird durch prüfende, beurteilende und beratende Tätigkeiten ausgeübt und der Vorstand dadurch bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion unterstützt. Das Prüfgebiet der internen Revision erstreckt sich dabei auf sämtliche Aktivitäten und Prozesse des Governance-Systems. Die Tätigkeiten der internen Revision basieren auf einem umfassenden und von ihr jährlich fortzuschreibenden risikoorientierten Prüfungsplan. Als Stabsstelle ist die interne Revision vom laufenden Arbeitsprozess losgelöst, unabhängig und organisatorisch selbstständig. Die Prozessunabhängigkeit der internen Revision ist dadurch gewährleistet, dass ihr funktional keine Linienaufgaben übertragen werden. Eine schriftlich fixierte Ordnung hinsichtlich der Aufgabenstellung, Befugnisse und Verantwortung der internen Revision ist in Form einer "Leitlinie Group Auditing" festgelegt.

Weitere Ausführungen zur Funktion der internen Revision finden sich im Kapitel B.5.

Die VmF der Gesellschaft koordiniert die Tätigkeiten rund um die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen für Zwecke von Solvency II und überwacht den Prozess ihrer Berechnung. Daneben unterrichtet und berät die VmF den Vorstand zur Reservesituation, Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen. Die VmF unterstützt zudem die URCF bei ihren Aufgaben, insbesondere auch in Fragen des Risikomodells, und stellt aktuarielle Expertise zur Verfügung.

Weitere Ausführungen zur VmF finden sich im Kapitel B.6.

B.1.3 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems

Wesentliche Änderungen des Governance-Systems hat es im Berichtszeitraum nicht gegeben.

B.1.4 Angaben zur Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Der allgemeine Rahmen der Vergütungspolitik und die Grundzüge der Vergütungsstruktur und -regelungen sind in der Vergütungsrichtlinie des HDI-Konzerns festgelegt. Der Geltungsbereich der Richtlinie erstreckt sich auf den HDI-Konzern im In- und Ausland und umfasst auch den Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft sowie die Verantwortlichen Personen für Schlüsselfunktionen.

Die Vergütungspolitik- und praktiken orientieren sich am Ziel einer nachhaltigen Wertentwicklung der Gesellschaft selbst und der Gruppe. Die Vergütungsstruktur und die Vergütungsregelungen der Gesellschaft sind marktgerecht und wettbewerbsfähig. In die Ausgestaltung fließt die Geschäftsentwicklung des Konzerns und des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Wettbewerbsumfeld ein.

Das Vergütungssystem steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikomanagement-Strategie, der internen Organisationsstruktur und dem Risikoprofil der Gesellschaft sowie den Konzern- und Geschäftsbereichszielen. Die Vergütungspolitik- und praktiken sind so ausgestaltet, dass eine unangemessene Risikobereitschaft verhindert wird. Durch Auswahl der Zielkriterien des variablen Vergütungssystems und höhenmäßige Begrenzung der variablen Vergütungsbestandteile wird sichergestellt, dass es keine unangemessenen Leistungsanreize gibt, die das Eingehen unkalkulierbarer Risiken fördern könnten. Teile der variablen Vergütung sind in der Regel zeitlich aufgeschoben, sodass sich die Höhe der Vergütung auch an der Nachhaltigkeit geschäftlicher Erfolge orientiert.

B.1.4.1 Vergütungspolitik

Der HDI V.a.G. stellt als oberstes Mutterunternehmen der Gruppe im aufsichtsrechtlichen Sinne sicher, dass die Vergütungssysteme innerhalb der gesamten Gruppe angemessen, transparent und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind.

Für die Ausgestaltung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Vergütungssysteme wurde auf Gruppenebene ein Vergütungsausschuss eingerichtet. Dieser tritt jährlich zu mindestens zwei Sitzungen zusammen und legt einmal pro Jahr einen Bericht mit den Ergebnissen seiner Überprüfung und mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Vergütungssysteme vor.

Für die Umsetzung der Vergütungspolitik und die angemessene Ausgestaltung der Vergütungsregelungen ist die Gesellschaft verantwortlich. Die Vergütung des Vorstandes legt der Aufsichtsrat fest. Die Vergütungssysteme sind zumindest einmal jährlich auf ihre Angemessenheit zu überprüfen und ggf. anzupassen.

B.1.4.2 Vergütung des Managements

Die Vergütung für den Vorstand der Gesellschaft besteht aus verschiedenen Komponenten. Es wird ein angemessenes und ausgewogenes Vergütungspaket gewährt, welches der Gesellschaft innerhalb des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland und innerhalb des Konzerns sowie der Verantwortung und Erfahrung des jeweiligen Mitgliedes des Vorstandes sowie den Marktverhältnissen Rechnung trägt.

Die Vergütungsstrategie des Talanx-Konzerns orientiert sich am Ziel der nachhaltigen Wertentwicklung der Gruppe. Die für Konzern-Vorstandsmitglieder beschriebene Vergütungsstruktur gilt deshalb grundsätzlich für Geschäftsleiter und Führungskräfte unterhalb des Konzernvorstands mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil (sogenannte Risikoträger) gleichermaßen. Daher sind folgende Ausführungen zur Vorstandsvergütung aus dem Geschäftsbericht des Talanx-Konzerns übernommen:

Struktur der Vorstandsvergütung

Das Vergütungssystem für den Vorstand hat das Ziel, die Vorstandsmitglieder angemessen zu vergüten. Die Vorstandsvergütung orientiert sich an der Größe und Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage, dem Erfolg und seinen Zukunftsaussichten sowie der Üblichkeit der Vergütung unter Einbeziehung des Vergleichsumfeldes (horizontal) und der Vergütungsniveaus, die für die Mitarbeiter der Gesellschaft gelten (vertikal). Sie richtet sich darüber hinaus nach den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seinen persönlichen Leistungen und der Leistung des Gesamtvorstands.

Die Vergütung ist insgesamt so ausgestaltet, dass sie sowohl positive als auch negative Entwicklungen berücksichtigt, marktgerecht und wettbewerbsfähig bemessen ist und einer nachhaltigen, langfristigen Unternehmensentwicklung Rechnung trägt.

Die Vergütung des Vorstands teilt sich in eine jährliche Festvergütung und eine variable Vergütung mit mehrjähriger Bemessungsgrundlage auf. Der Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung ist individuell unterschiedlich und bewegt sich bei einer Zielerreichung von 100 % in einer definierten Bandbreite.

Festvergütung

Die Festvergütung wird in zwölf gleichen Monatsraten ausgezahlt. Sie orientiert sich insbesondere an dem Aufgabenspektrum und der Berufserfahrung des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Höhe der Festvergütung gilt für den gesamten Bestellungszeitraum.

Sachbezüge/Nebenleistungen

Die Vorstandsmitglieder erhalten zusätzlich bestimmte nicht leistungsbezogene Nebenleistungen in marktüblichem Rahmen, die in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Für die Dauer der Vorstandsbestellung wird ein Fahrzeug zur dienstlichen und privaten Nutzung zur Verfügung gestellt. Die Versteuerung des geldwerten Vorteils für die private Nutzung des Dienstwagens erfolgt durch das Vorstandsmitglied. Die Sachbezüge und Nebenleistungen werden für den Ausweis im Geschäftsbericht nach Aufwand bewertet. Des Weiteren gewährt die Gesellschaft ihren Vorstandsmitgliedern im Rahmen von Gruppenverträgen Versicherungsschutz in angemessener Höhe (Haftpflicht-, Unfall- und Reisegepäckversicherung).

Variable Vergütung

Die Höhe der variablen Vergütung hängt von bestimmten definierten Ergebnissen und der Erreichung bestimmter Zielvorgaben ab. Die Zielvorgaben variieren je nach Funktion des betreuenden Vorstandsmitglieds. Die variable Vergütung besteht aus einem sogenannten Konzernbonus und einem Individualbonus sowie – bei Vorstandsmitgliedern mit der Verantwortung für einen bestimmten Geschäftsbereich – einem sogenannten Geschäftsbereichsbonus. Der Anteil der jeweiligen Bestandteile an der gesamten variablen Vergütung wird für jedes Vorstandsmitglied individuell unter Berücksichtigung der wahrgenommenen Funktion bestimmt.

Konzernbonus

Als Konzernbonus wird ein individuell bestimmter und im Dienstvertrag festgelegter Betrag je 0,1 Prozentpunkt vergütet, um den die durchschnittliche Eigenkapitalrendite (RoE) der letzten drei Geschäftsjahre den risikofreien Zinssatz übersteigt. Liegt die durchschnittliche Eigenkapitalrendite unter dem risikofreien Zinssatz bzw. ist sie negativ, führt dies je 0,1 Prozentpunkt Unterschreitung zu einem entsprechenden Malusbetrag. Der zugrunde gelegte risikofreie Zinssatz ist der durchschnittliche Marktzins der vergangenen fünf Jahre für zehnjährige deutsche Staatsanleihen, wobei der Durchschnitt auf Grundlage des jeweiligen Zinssatzes jährlich zum

Jahresende berechnet wird. Es erfolgt eine jährliche Anpassung des zugrunde gelegten risikofreien Zinssatzes. Der Höchstbetrag des Konzernbonus beläuft sich auf das Doppelte des bei Erreichen der Kalkulationsgrundlage gewährten Betrags und der maximale Malusbetrag auf -100 %.

Geschäftsbereichsbonus

Für die Bemessung des Geschäftsbereichsbonus für die Geschäftsbereiche Industrieversicherung, Privat- und Firmenversicherung Deutschland sowie Privat- und Firmenversicherung International werden folgende Kriterien im Vergleich zu den Zielwerten für die jeweiligen Geschäftsbereiche herangezogen: Bruttoprämienwachstum, kombinierte Netto-Schaden-/Kostenquote in der Schaden-/Unfallversicherung bzw. Entwicklung des Neugeschäftswerts in der Lebensversicherung, EBIT-Marge, Eigenkapitalrendite sowie Ergebnisabführung/Dividende an die Talanx AG. Die Festsetzung des Geschäftsbereichsbonus erfolgt durch den Aufsichtsrat auf Basis des jeweiligen Zielerreichungsgrades in diesen Kriterien nach pflichtgemäßem Ermessen. Es wird die durchschnittliche Zielerreichung der letzten drei Geschäftsjahre zugrunde gelegt. Bei vollständiger Zielerreichung wird der für eine Zielerfüllung von 100 % individuell festgelegte Betrag gewährt. Über- bzw. Untererfüllung der festgelegten Zielwerte führen zu Zu- bzw. Abschlägen. Der höchste Geschäftsbereichsbonus beläuft sich auf das Doppelte des Bonus bei vollständiger Zielerfüllung, der geringste auf einen Malus, der einer Zielerreichung von -100 % entspricht.

Individualbonus

Ferner werden für das betreffende Vorstandsmitglied jährlich individuelle im Folgejahr zu erreichende qualitative und gegebenenfalls auch quantitative persönliche Ziele festgelegt. Kriterien hierfür können der individuelle Beitrag des Vorstandsmitglieds zum Gesamtergebnis, seine Führungs-, Innovations- und unternehmerische Kompetenz sowie andere quantitative oder qualitative persönliche Ziele sein, insbesondere unter Berücksichtigung der sich aus dem von ihm verantworteten Ressort ergebenden Spezifika. Die Bestimmung des Grades der Zielerreichung erfolgt durch den Aufsichtsrat nach pflichtgemäßem Ermessen. Der Betrag für eine Zielerfüllung von 100 % wird individuell festgelegt. Über- bzw. Untererfüllung führen zu Zubzw. Abschlägen. Es kann ein an der persönlichen Gesamtleistung des Vorstandsmitglieds orientierter allgemeiner Leistungsbonus im Rahmen des Individualbonus nach pflichtgemäßem Ermessen vom Aufsichtsrat festgelegt werden. Der geringste Individualbonus beläuft sich auf 0, der höchste auf das Doppelte des Bonus bei vollständiger Zielerfüllung.

B.1.4.3 Vergütungspraktiken

Die variable Vergütung ist so konzipiert, dass sie in unterschiedlichen Ergebnisszenarien und einem sich verändernden Geschäftsumfeld eine nachhaltige Geschäftsentwicklung unterstützt. Die Zusammensetzung, die Gewichtung und die Auszahlungszeitpunkte sind so geregelt, dass Chancen und Risiken in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Die Höhe der variablen Vergütung ist an die Erreichung der jeweiligen Jahres- bzw. Mehrjahresziele des Konzerns bzw. Geschäftsbereichs sowie der individuellen Ziele gekoppelt und basiert auf einem systematischen Zielvereinbarungsprozess. Dieser sich jährlich wiederholende Prozess führt zu einem klaren Verständnis darüber, was im Interesse einer nachhaltigen Geschäftsentwicklung erwartet wird. Zielvereinbarungen messen quantitative, finanzielle und operative Ergebnisse. Darüber hinaus werden die Entwicklung qualitativer Maßnahmen und Initiativen, die eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft, des Geschäftsbereichs und des Konzerns fördern, sowie speziell formulierte Verhaltensziele berücksichtigt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats richtet sich nach der Satzung. Sie wird von der Hauptversammlung beschlossen.

Im Berichtszeitraum haben keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern, Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, und Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans stattgefunden.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Das Versicherungsaufsichtsgesetz fordert von allen Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, dass sie spezielle Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit erfüllen.

Die Anforderungen finden sich in detaillierter Form in der "Rahmenrichtlinie der Gruppe zur Erfüllung der Fit & Proper Anforderungen", welche von den Vorständen des HDI V.a.G. und der Talanx AG verabschiedet und von der Gesellschaft ratifiziert wurde. Ziel dieses Dokuments ist es, einen verbindlichen Rahmen für die Umsetzung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit (Fit & Proper-Anforderungen) von Personen zu beschreiben, die die Gesellschaft tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben verantworten. Die "Rahmenrichtlinie zur Erfüllung der Fit & Proper Anforderungen" wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

B.2.1 Beschreibung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation ("Fitness") und persönliche Zuverlässigkeit

Der Begriff "Fitness" (fachliche Qualifikation) erfordert eine der Position angemessene Berufsqualifikation sowie Kenntnisse und Erfahrungen, die für ein solides und vorsichtiges Management und die Erfüllung der Position erforderlich sind. Die Angemessenheit wird nach dem Grundsatz der Proportionalität beurteilt und berücksichtigt die unternehmensindividuellen Risiken sowie die Art und den Umfang des Geschäftsbetriebs.

Der Begriff "Properness" (persönliche Zuverlässigkeit) bezeichnet die persönliche Zuverlässigkeit der genannten Personen. Diese Personen müssen verantwortungsvoll und integer sein; sie haben ihre Tätigkeiten pflichtbewusst mit der gebotenen Sorgfalt zu erfüllen. Zuverlässigkeit wird unterstellt, wenn keine Tatsachen erkennbar sind, die eine Unzuverlässigkeit begründen. Ein positiver Nachweis ist nicht erforderlich. Unzuverlässigkeit ist anzunehmen, wenn persönliche Umstände nach allgemeiner Lebenserfahrung die Annahme rechtfertigen, dass diese die sorgfältige und ordnungsgemäße Ausübung der Funktion beeinträchtigen können.

Als Personen mit Schlüsselaufgaben im Sinne von Solvency II sind anzusehen:

- (1) Personen die das Unternehmen tatsächlich leiten:
 - Vorstandsmitglieder
- (2) Personen, die andere Schlüsselaufgaben innehaben:
 - Mitglieder des Aufsichtsrats
 - Verantwortliche Person f
 ür eine der Schl
 üsselfunktionen (URCF, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision, VmF)

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rollen von Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, sowie Personen, die andere Schlüsselaufgaben innehaben, haben diese ihre fachliche Qualifikation in verschiedenen, in der o. g. Richtlinie festgelegten Bereichen nachzuweisen.

- Berufserfahrungen aus anderen Tätigkeiten
- Theoretische Kenntnisse
- Praktische Kenntnisse
- Leitungserfahrung
- Kollektive Anforderungen
- Spezialkenntnisse, z. B. bezogen auf die entsprechende Schlüsselfunktionsaufgabe

Für den Fall, dass Schlüsselaufgaben ausgegliedert werden, sind hierfür generelle Anforderungen in einer Gruppenrichtlinie definiert. Es ist seitens des ausgliedernden Unternehmens Sorge zu tragen, dass die Personen des Dienstleisters, welche für die Schlüsselaufgaben zuständig sind, ausreichend fachlich qualifiziert und persönlich zuverlässig sind. Das ausgliedernde Unternehmen hat zu diesem Zweck nach aufsichtsbehördlichen Vorgaben einen Ausgliederungsbeauftragten zu bestellen, der ggf. gegenüber der Aufsichtsbehörde als verantwortliche Person für die jeweilige Schlüsselfunktion im Unternehmen entsprechend anzeigepflichtig ist. Der überwachende Ausgliederungsbeauftragte zeigt sich hierbei verantwortlich für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben, welche mit der Ausgliederung der Schlüsselaufgabe in Verbindung stehen. Die Letztverantwortung liegt bei der Geschäftsleitung.

B.2.2 Beurteilungsverfahren bezüglich der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

Die Anforderungen und Berichtsprozesse gegenüber der Aufsichtsbehörde entsprechen den aktuellen, auf den "BaFin-Merkblättern zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit" beruhenden Standardprozessen.

Gemäß der "Rahmenrichtlinie zur Erfüllung der Fit & Proper Anforderungen" ist im Vorfeld einer Besetzung für Positionen von Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, ein detaillierter Lebenslauf anzufordern sowie ein Anforderungsprofil festzulegen, welches die Nachweise zur notwendigen Eignung auflistet und beschreibt. Hierfür liegt eine entsprechende Prüfliste vor, um Einheitlichkeit zu gewährleisten.

Das Anforderungsprofil umfasst den Nachweis folgender Mindestanforderungen:

- (1) Beschreibung der Position mit Schlüsselaufgaben
 - Leistungskatalog (Stellenbeschreibung)
 - Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse
 - Maß an Personalverantwortung
- (2) Fachliche Qualifikation (allgemein)
 - Ausbildungsniveau
 - Kenntnis und Verständnis der Geschäftsstrategie

- Kenntnis des Governance-Systems
- Fremdsprachenkenntnisse, mindestens der englischen Sprache und nach Möglichkeit in einer weiteren Fremdsprache
- (3) Fachliche Qualifikation (abhängig von der jeweiligen Position)
 - Branchenexpertise
 - Kenntnis und Verständnis des Geschäftsmodells
 - Fähigkeit der Interpretation von bilanziellen und versicherungstechnischen Zahlenwerken
 - Kenntnis und Verständnis der regulatorischen Rahmenbedingungen, die das Unternehmen betreffen
 - Expertise in Personalführung, Mitarbeiterauswahl, Nachfolgeplanung

Um der Anforderung an eine fortlaufende Sicherstellung zur Einhaltung der relevanten Anforderungen gerecht zu werden, erfolgt regelmäßig eine Überprüfung des Anforderungsprofils durch die verantwortliche Organisationseinheit. Nicht erforderlich ist hierbei die regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit mittels aktualisierter Führungszeugnisse.

Eine Überprüfung der Einhaltung des Anforderungskataloges erfolgt bei wesentlichen Veränderungen der zugrunde liegenden Parameter.

- (1) Eigenschaften, die in der Person mit Schlüsselaufgaben begründet sind
 - Neue Erkenntnisse über die Integrität der Person mit Schlüsselaufgaben (z. B. anhängiges Strafverfahren)
 - Veränderungen in der Person der Führungskraft, die einer angemessenen Repräsentation des Unternehmens in der Öffentlichkeit entgegenwirken (z. B. ungebührliches öffentliches Verhalten)
 - Neue Erkenntnisse über die fachliche Qualifikation der Person mit Schlüsselaufgaben
 - Neue Erkenntnisse über die Führungskraft, die Zweifel an der Fähigkeit zur soliden und umsichtigen Erfüllung ihrer Aufgaben aufkommen lassen
- (2) Eigenschaften, die in der Position begründet sind
 - Veränderungen im Verantwortungsbereich der Position (Erweiterung des Verantwortungsbereiches)
 - Veränderungen der fachlichen Anforderungen zur Erfüllung der Position (z. B. Änderung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Berufsqualifikation von Personen mit Schlüsselaufgaben)

Die Personen mit Schlüsselaufgaben sind diesbezüglich verpflichtet, relevante Änderungen gegenüber der prozessverantwortlichen Organisationseinheit anzuzeigen.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Grundzüge des Risikomanagementsystems

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines internen Steuerungs- und Kontrollsystems. Das Risikoverständnis ist ganzheitlich, d. h. es umfasst Chancen und Risiken, wobei der Fokus der Betrachtungen auf negativen Zielabweichungen, d. h. Risiken im engeren Sinn liegt.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland sowie des Konzerns eingegliedert und berücksichtigt die Konzernrichtlinien.

Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Das Risikomanagementsystem ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen quantifizierbaren Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig mit Hilfe des Risikomodells. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Solvenzkapital hinterlegt. Zusätzlich werden wesentliche, sich aus Zielabweichungen ergebende strategische Risiken, Projektrisiken, Reputationsrisiken und Emerging Risks betrachtet. Die erfassten Risiken werden durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert sowie die quantifizierbaren Risiken durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht. Der Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Risikomanagement regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Sofortberichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch den Geschäftsbereich Kapitalanlagen und das operative Kapitalanlagecontrolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und bei Bedarf darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher.

B.3.2 Wesentlichkeitskonzept

Die Basis für die Klassifizierung von Risiken hinsichtlich ihrer potenziellen finanziellen Auswirkungen bildet das gültige Wesentlichkeitskonzept.

Ein Risiko wird als wesentlich angesehen, wenn es – im Falle seiner Realisation – 2 % der Eigenmittel oder 4 % des Risikobudgets erreichen kann (Minimalbetrachtung).

Die Realisierung eines Risikos ist vor dem Hintergrund der strategisch definierten Risikoposition zu betrachten, einen kompletten Verlust der Eigenmittel auf Jahressicht mit einer maximalen Wahrscheinlichkeit von 0,5 % zu erleiden. Grundsätzlich sind Risiken nach bereits durchgeführten Risikosteuerungsmaßnahmen, wie z. B. bereits für das Risiko gebildete Rückstellungen, zu berücksichtigen.

In begründeten Ausnahmefällen kann durch Managemententscheidungen von den vorgenannten Kriterien abgewichen werden.

Die Grenzwerte für die wesentlichen Risiken der Gesellschaft werden in der Risikostrategie festgelegt und im Risikoerfassungssystem hinterlegt. Die Grenzwerte werden jährlich bzw. bei Änderung des Risikobudgets aktualisiert und in der Risikostrategie dokumentiert.

Um zu vermeiden, dass im internen Risikobericht eventuell über eine Vielzahl – für das Gesamtunternehmen relativ unbedeutender – Risiken berichtet wird, wurde bezüglich der Aufnahme eines Risikos in den internen Risikobericht in Abhängigkeit von der Wesentlichkeitsgrenze eine Untergrenze definiert (Aufgriffsgrenze). Darüber hinaus können Risiken auch dann in den Risikobericht aufgenommen werden, wenn sie aufgrund eines Expertenurteils und nach gründlicher Abwägung durch die Risikocontrollingfunktion als berichtenswert bzw. wesentlich erachtet werden. Dies trifft insbesondere für nur qualitativ bewertbare Risiken zu.

B.3.3 Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess bezieht grundsätzlich alle Risikokategorien ein und durchläuft folgende Schritte:

- Risikostrategie und Risikotragfähigkeit,
- Risikoidentifikation,
- Risikoanalyse und -bewertung,
- Risikoüberwachung,
- Risikosteuerung und
- Risikoberichterstattung.

Des Weiteren beinhaltet er den Prozess zur Einführung neuer Produkte und Geschäftsfelder sowie die regelmäßige Durchführung einer unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment; ORSA).

Risikostrategie und Risikotragfähigkeit: Die Risikostrategie wird jährlich auf Aktualisierungsbedarf hin überprüft; dazu wird die aktuelle Geschäftsstrategie herangezogen. Außerdem wird die Risikotragfähigkeit auf Basis des vorgegebenen Risikobudgets auf die Risikokategorien und Einzelrisiken in Form von Limiten und Schwellenwerten heruntergebrochen. Die Wesentlichkeitsgrenzen werden ebenfalls aus dem Risikobudget abgeleitet. Die Risikostrategie-Entwürfe werden mit dem Risikokomitee abgestimmt. Die jährliche Aktualisierung der Risikostrategie, die aktualisierten Limite und Schwellenwerte sowie die Wesentlichkeitsgrenzen werden dem Vorstand zur Verabschiedung vorgelegt. Treten substanzielle Änderungen der Risikolage gemäß Definition in der Risikostrategie auf, wird die Risikostrategie auch unterjährig angepasst und ggf. vom Vorstand verabschiedet.

Risikoidentifikation: Die Risikoidentifikation erfolgt über Expertenurteile mit Hilfe des Risikoerfassungssystems. Die Risikoidentifikation findet als regelmäßiger Prozess in halbjährlichem Rhythmus statt. Darüber hinaus können jederzeit neu auftretende Risiken oder Änderungen bestehender Risiken an das qualitative Risikomanagement gemeldet sowie im Rahmen der Sitzungen des Risikosteuerungskreises eingebracht werden. Außerdem können aus den Kapitalanlageberichten und den Berichten zum Neue-Produkte-Prozess Risiken identifiziert werden. Hinzu kommen die im Risikomodell berücksichtigten Modellrisiken. Im

Risikoerfassungssystem werden auch gemäß Wesentlichkeitskonzept unwesentliche Risiken erfasst, wenn sie durch Risikoverantwortliche und/oder das qualitative Risikomanagement als beobachtenswert eingestuft werden. Außerdem werden durch geänderte Einschätzung unwesentlich gewordene Risiken, die noch nicht erledigt sind oder sich noch nicht realisiert haben, weiterhin im Risikoerfassungssystem beobachtet.

Risikoanalyse und -bewertung: Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt die Analyse und Bewertung der Risiken. Hierzu werden alle Risiken zuerst qualitativ bewertet. So genannte Nicht-Modellrisiken, die nicht direkt im Risikomodell quantifiziert werden, werden von den entsprechenden Risikoverantwortlichen mittels Eintrittswahrscheinlichkeit und maximaler Schadenhöhe im Falle des Risikoeintritts bewertet. In die Quantifizierung fließen die Nettobewertungen (Bewertungen nach Maßnahmen) ein.

Die Modellrisiken werden im Risikomodell quantifiziert. Die Höhe der operationellen Risiken wird anhand einer stochastischen Simulation in einem "OpRisk-Modul" bestimmt und fließt zu Zwecken der internen Steuerung in das Risikomodell ein. Für die regulatorische Solvenzkapitalanforderung gemäß Solvency II werden die operationellen Risiken auf Basis des Standardmodells quantifiziert. Alle Risiken werden im Risikomodell zum gesamten benötigten Solvenzkapital unter Berücksichtigung von Auswirkungen der Risikostreuung innerhalb und zwischen den Risikokategorien aggregiert. Risiken, welche gemäß Wesentlichkeitskonzept mindestens mit der entsprechenden Aufgriffsgrenze der Gesellschaft bewertet werden, unterliegen der Risikoüberwachung und fließen in die Risikoberichterstattung ein. Diejenigen Risiken, welche als unwesentlich erachtet werden, aber grundsätzlich existieren, werden ebenfalls in der Risikoüberwachung (weiterhin) beobachtet, sie bleiben bei der Risikoberichterstattung jedoch unberücksichtigt.

Risikoüberwachung: Die Risikoüberwachung erfolgt vierteljährlich auf Basis der in der Risikoidentifikation sowie Risikoanalyse und -bewertung gewonnenen Daten und Erkenntnisse über das Risikoprofil. Das Risikomanagement beobachtet die Entwicklung aller identifizierten Risiken und überwacht die Einhaltung der gesamten Risikotragfähigkeit und der festgelegten Limite und Schwellenwerte. Hierzu zählt ebenfalls die Einleitung eines festgelegten Eskalationsverfahrens im Falle des Bekanntwerdens eines wesentlichen Sofortrisikos. Des Weiteren umfasst eine kontinuierliche Risikoüberwachung die Überprüfung der Umsetzung der Risikostrategie, der Risikosteuerung und der Anwendung risikorelevanter Methoden und Prozesse.

Risikosteuerung: Die Risikosteuerung obliegt dem Vorstand bzw. den Risikoverantwortlichen gemäß den ihnen eingeräumten Befugnissen. Die Risikosteuerung umfasst die kontinuierliche Berücksichtigung von Risikoaspekten (z. B. entsprechende Regelungen des Vorstands zu Rückversicherung oder Kontrollen) und eigenen Limitsystemen (z. B. im Bereich Kapitalanlage) sowie das Ergreifen von Maßnahmen bei Überschreitungen der im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts bestimmten Limite und Schwellenwerte.

Risikoberichterstattung: In der Regel erfolgt die Risikoberichterstattung nach einem festgelegten Turnus. Nur in Ausnahmefällen müssen Risiken außerhalb der gewöhnlichen Berichtszyklen berichtet werden. Auf Gesellschaftsebene erstellt das qualitative Risikomanagement pro Quartal einen Risikobericht für den Vorstand. Die Risikoberichterstattung informiert systematisch über das Risikoprofil und potenzielle Risikoauswirkungen und umfasst die Ergebnisse der vorangegangenen Risikomanagement-Prozessschritte. Alle Risiken, die mindestens in Höhe der Aufgriffsgrenze bewertet wurden, fließen in die Risikoberichterstattung ein und werden in einem Risikobericht zusammengefasst. Ebenfalls wird bei Bedarf über im entsprechenden Quartal eingeleitete Eskalationsverfahren für Sofortrisiken berichtet. Der Risikobericht wird vor der Vorlage im Vorstand im Risikokomitee diskutiert, qualitätsgesichert und freigegeben. Die Berichte werden nach Verabschiedung durch den Vorstand an die Aufsichtsratsmitglieder, den Chief Risk Officer der HDI Gruppe, die interne Revision und den Wirtschaftsprüfer gesandt.

B.3.4 Spezifischer Umgang mit den einzelnen Risikokategorien

Das Risikomanagement beschränkt sich auf die im Rahmen der Risikoerhebung identifizierten Risiken, unerkannte Risiken bleiben unberücksichtigt. Insbesondere werden unerkannte Risiken nicht über einen pauschalen Ansatz modelliert.

Die dargestellten Informationen zum Risikomanagement gelten für alle Risikokategorien gleichermaßen. Darüber hinaus kommen risikokategoriespezifische Strategien, Prozesse und Verfahren zum Einsatz.

B.3.5 Aufbauorganisation des Risikomanagements

Die Aufbauorganisation des Risikomanagements besteht aus verschiedenen unmittelbaren Instanzen, deren Aufgaben im Folgenden erläutert werden:

- Vorstand
- Chief Risk Officer (CRO)
- Risikomanagement
- Risikokomitee
- Risikoverantwortlicher
- Risikoassistent
- Risikosteuerungskreis
- SAOR-Experte

Im Zusammenspiel mit den ergänzenden Instanzen (Funktion der internen Revision, Compliance-Funktion, VmF etc.) ergibt sich die Governance-Struktur der Gesellschaft.

Vorstand: Der Vorstand der Gesellschaft ist dazu verpflichtet, ein funktionsfähiges Risikomanagementsystem einzurichten, um Risiken, die sich potenziell nachhaltig negativ auf die Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage auswirken, frühzeitig erkennen und rechtzeitig auf diese reagieren zu können. Auch Entscheidungen über das Eingehen und die Handhabung wesentlicher Risiken liegen in der Gesamtverantwortung des Vorstandes und sind nicht delegierbar. Grundsätzlich sind nicht nur alle Mitglieder des Vorstandes für die Implementierung eines funktionierenden Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung verantwortlich, sondern sie müssen auch über die Risiken, denen ihre Gesellschaft ausgesetzt ist, informiert sein, ihre wesentlichen Auswirkungen beurteilen und die erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung treffen können. Flankierend zu der regulären umfassenden Information der Gremien zu Entwicklungen im Risikomanagement wird ein generelles Vorgehenskonzept zur Einweisung oder Nachschulung neuer Aufsichtsräte, Vorstände oder Führungskräfte verfolgt.

Chief Risk Officer (CRO): Der CRO ist die zuständige Person für die Schlüsselfunktion der URCF und unterliegt bei der Wahrnehmung dieser Rolle nur den Weisungen des Vorstands. Er ist in dieser Funktion unabhängig und übernimmt keine Aufgaben, die zu einem Eingehen von Risikopositionen führen. Ist diese Unabhängigkeit in Einzelfällen nicht gewährleistet, so ist der Vorstand unverzüglich zu informieren und eine Lösung herbeizuführen.

Risikomanagement: Das Risikomanagement nimmt die operative Risikomanagementfunktion wahr. Es unterstützt den CRO und den Vorstand bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und steht in engem Kontakt zu den Nutzern der Ergebnisse des internen Modells sowie der VmF. Das Risikomanagement berichtet an den Vorstand diejenigen Risiken, die als materiell klassifiziert werden können. Zu diesem Zweck identifiziert und analysiert es kontinuierlich die potenziell relevanten Risiken auf Basis der Risikostrategie, überwacht die Einhaltung der Risikolimite, die vom Vorstand verabschiedet wurden und aggregiert die identifizierten Risiken zum Zweck der Risikoberichterstattung. Außerdem berichtet das Risikomanagement über andere spezifische Risiken aus eigener Initiative oder auf Anforderung durch den Vorstand. Das Risikomanagement ist ebenfalls verantwortlich für die Entwicklung und Nutzung des Risikomodells.

Risikokomitee: Das Risikokomitee unter Vorsitz des CRO bildet bezogen auf das Risikomanagement das bereichsübergreifende Beratungsgremium und hat somit bezüglich der Risikosituation eine überwachende Funktion. Das Gremium besteht aus Vertretern unterschiedlicher Fachabteilungen. Die Geschäftsordnung des Risikokomitees sieht vor, dass Vertreter risikoaufbauender Positionen, deren Expertise im Rahmen der Sitzungen genutzt wird, über kein Stimmrecht verfügen.

Risikoverantwortliche: In den Fachabteilungen wird für jedes Risiko ein Risikoverantwortlicher ernannt. Dieser ist mit dem Aufbau von Risikopositionen betraut und betreut die von ihm verantworteten Risiken im Rahmen des Risikomanagements.

Risikoassistent: Ein Risikoverantwortlicher kann sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben durch von ihm benannte Risikoassistenten unterstützen lassen. Dabei verbleibt die Verantwortung für das Eingehen und die Steuerung der Risiken immer beim Risikoverantwortlichen.

Risikosteuerungskreis: Der Risikosteuerungskreis dient der Abstimmung der Risikoverantwortlichen untereinander. Darüber hinaus kann der Risikosteuerungskreis Empfehlungen an das Risikokomitee aussprechen und unterstützt den CRO. Bei besonderen Themen bzw. in Abhängigkeit vom Diskussionsgegenstand werden Gäste mit spezieller Expertise zu den Sitzungen eingeladen. Das Risikomanagement informiert im Rahmen der Risikosteuerungskreis-Sitzungen regelmäßig über die aktuell verfügbaren Modellergebnisse, die Ergebnisse der Quantifizierung der operationellen Risiken (SCR-Ergebnisse der Einzelrisikobewertung) sowie über aufgetretene Limit- und Schwellenwertverletzungen, um die "Rückkoppelung" mit den Risikoverantwortlichen zu gewährleisten.

SAOR-Experte: SAOR-Experten bewerten die operationellen Risiken im Rahmen von SAOR (Self Assessment of Operational Risks)-Workshops.

B.3.6 Model Governance und Modelländerungsprozess

Im Rahmen von Solvency II sind Verantwortlichkeiten für das Risikomanagement festzulegen (Model Governance). Dabei ist auf der einen Seite die Gesellschaft mit ihrer zugehörigen "Solosicht" und auf der anderen Seite die zentral zu erfüllenden Anforderungen des Gruppenmodells zu beachten.

Am 30.8.2016 hat die BaFin der Gesellschaft die Genehmigung erteilt, die regulatorische Solvenzkapitalanforderung ab dem 1.10.2016 anhand des am 19.11.2015 genehmigten partiellen internen Modells des Talanx-Konzerns zu berechnen. Die Gesellschaft hält die Bewertung durch das partielle interne Modell für die adäquate Sicht auf ihre Risiken.

Die Verantwortung für das Risikomanagement der Gesellschaft und dementsprechend auch für das korrekte Berechnen der Einzelsolvenzkapitalanforderung unter Verwendung eines internen Solomodells liegt gesetzlich zwingend beim Gesamtvorstand der Gesellschaft, auch wenn ein Verfahren nach Art. 231 Abs. 1 Solvency II Rahmenrichtlinie gewählt wird. Die rechtliche Verantwortung für das Risikomanagement einer Versicherungsgruppe und dementsprechend die Verantwortung für das interne Gruppenmodell liegt beim Gesamtvorstand der obersten Versicherungsholdinggesellschaft, also des HDI V.a.G.

Naturgemäß überschneiden sich die rechtlichen Anforderungen, die innerhalb desselben Konzerns einerseits an ein internes Gruppenmodell mit konsolidierten Sublieferungen und andererseits an das interne Solomodell zu richten sind. Auch das interne Solomodell muss sich in das Gesamtgefüge des pfad- und definitionsidentischen internen Gruppenmodells einfügen, damit ein effektives und effizientes Risikomanagement auf Gruppenebene entsprechend den gruppenüberspannenden Zielsetzungen von Solvency II überhaupt implementiert werden kann.

Seine Grenze findet dies insoweit, als die Eigenbelange der Gesellschaft rechtlich zwingend zu wahren sind.

B.3.7 Own Risk and Solvency Assessment

Die Gesellschaft führt jährlich eine Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA: Own Risk and Solvency Assessment) durch. Diese stützt sich maßgeblich auf die unter Verwendung des Risikomodells durchgeführte Risikoanalyse. Um eine vollständige Betrachtung sicherzustellen, werden sämtliche aus den Risikomanagementprozessen vorliegenden Informationen – auch zu rein qualitativ analysierten Risiken – für die Bewertung herangezogen.

Für die im ORSA enthaltene vorausschauende Betrachtung wird eine Mehrjahresperspektive eingenommen. Es werden – basierend auf unterschiedlichen Szenarien zur zukünftigen makroökonomischen Entwicklung und der Geschäftsplanung – die Eigenmittel mit ihrer Zusammensetzung, die Solvenzkapitalanforderungen sowie die resultierenden Kapitaladäquanzquoten über einen Zeitraum von fünf Jahren prognostiziert. Diese Betrachtung ist eingebettet in den Prozess zur Mittelfristplanung.

Mindestens jährlich wird ein Bericht über die Ergebnisse des ORSA inklusive der vorausschauenden Betrachtung erstellt. Dieser Bericht sowie die wesentlichen der Betrachtung zugrundeliegenden Methoden und Annahmen werden im Vorstand eingehend diskutiert und hinterfragt. Sofern sich aus den Erkenntnissen Handlungsbedarf ergibt, wird dieser an die jeweiligen Prozessverantwortlichen adressiert und die Umsetzung wird überwacht. Der finale Bericht zum ORSA wird vom Vorstand verabschiedet.

Der ORSA-Bericht setzt sich aus qualitativen und quantitativen Inhalten zusammen. Qualitativ wird neben der Darstellung des Risikoprofils der Gesellschaft über Risikomanagement und -organisation sowie die risikostrategischen Ziele (gemäß Risikostrategie) berichtet. Der quantitative Teil besteht aus der Einschätzung des Solvabilitätsbedarfs im Berichtsjahr sowie einer vorausschauenden Betrachtung des Solvabilitätsbedarfs und der Eigenmittel unter Berücksichtigung von Annahmen aus der Unternehmensplanung. Wesentlicher Bestandteil des Auftrags der Ermittlung des Solvabilitätsbedarfs ist die Analyse des verwendeten Risikokapitalmodells bzgl. Angemessenheit der gesamten Modellierung sowie der Vollständigkeit der abgebildeten Risiken.

Ungeachtet der durch Modellbewertung spezifizierten Risiken hat die Gesellschaft sämtliche auf das ökonomische Kapital wirkende Risiken zu prüfen und eine Bewertung dieser Risiken im für die Ermittlung des Solvabilitätsbedarfs genutzten Modell zu implementieren.

Die vorausschauende Betrachtung beinhaltet die Entwicklung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs im Zeitraum der Mittelfristplanung sowie die Ergebnisse unterschiedlicher Szenarioanalysen und Stresstests. Außerdem wird über die Einbindung der Erkenntnisse aus dem ORSA-Prozess und weiterer Erkenntnisse aus dem Risikomanagement (z. B. im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses) in die Unternehmenssteuerung berichtet.

Die Durchführung eines nicht-regulären ORSA ist bei signifikanten Veränderungen des Risikoprofils erforderlich, die durch interne Entscheidungen oder durch externe Faktoren ausgelöst werden.

Konkret können beispielsweise folgende Entscheidungen Auslöser eines nicht-regulären ORSA sein:

- Aufbau neuer Versicherungszweige,
- Änderungen der genehmigten Risikotoleranzschwellen oder Rückversicherungsvereinbarungen,
- Bestandsübertragungen,
- wichtige Änderungen bei der Zusammensetzung der Vermögenswerte.

B.3.8 Einbindung der Erkenntnisse aus dem Risikomanagement in die Unternehmenssteuerung

Grundsätzlich ist das Risikomanagement in den Performance-Management-Prozess und damit in die Wertorientierte Steuerung der Gesellschaft eingebunden. Das in der Risikostrategie definierte Risikobudget und die Kapitaladäquanz stellen wichtige Kernsteuerungsgrößen dar. Der Vorstand der Gesellschaft verteilt das Risikobudget im Rahmen des Limit- und Schwellenwertsystems auf Einzelrisiken und operationalisiert damit die risikostrategischen Vorgaben. Die Auslastung der Limite und Schwellenwerte wird regelmäßig überwacht und ist Gegenstand der regulären Risikoberichterstattung.

ORSA-Prozess: Der ORSA-Prozess basiert auf der Mehrjahresplanung und ist in die Prozesskette der Unternehmenssteuerung integriert. Die Einbindung des Risikomanagements in Entscheidungen des Vorstands ist in einer Arbeitsanweisung verbindlich und detailliert geregelt. Der Chief Risk Officer (CRO) nimmt an den Vorstandssitzungen teil. Durch eine verpflichtende Stellungnahme des Risikomanagements bei allen Vorstandsvorlagen wird eine intensive Auseinandersetzung des Vorstands mit allen ORSA-relevanten Themen unterstützt.

Neue-Produkte-Prozess (NPP): Vor Einführung neuer Produkte werden die damit verbundenen Risiken untersucht. Unter neuen Produkten sind damit sowohl Versicherungsprodukte als auch Kapitalmarktprodukte zu verstehen, und zwar jeweils sowohl auf der Angebotsseite (also etwa Angebot neuer Erstversicherungsprodukte) als auch auf der Nachfrageseite (also etwa Anwendung neuartiger Rückversicherungsprodukte oder Erwerb neuartiger Kapitalanlageprodukte). Gemäß Konzernvorgabe werden Produkte mit signifikanten Änderungen der Rechnungsgrundlagen, der Tarifierungsmerkmale oder des Deckungsumfangs sowie für das Unternehmen neue versicherte Gefahren und neue Annahmerichtlinien als neue Produkte definiert. Die Einschätzung der Risiken ist angemessen zu dokumentieren. Am Ende des Prozesses wird daher ein NPP-Bericht mit einer Empfehlung zur Freigabe oder Ablehnung des neuen Produktes erstellt, der als Entscheidungsgrundlage für den Vorstand dient.

Kapitalmanagement: Zur Sicherstellung der jederzeitigen Erfüllung der Eigenmittelanforderungen bedient sich die Gesellschaft des etablierten Prozesses der Mittelfristplanung. Die Gesellschaft plant neben ihrer Gewinnund Verlustrechnung und ausgewählten Bilanzpositionen auch das SCR und die Eigenmittel, sodass im Planungszeitraum eine jederzeitige Bedeckung der Eigenmittelanforderungen mit anrechenbaren Eigenmitteln gewährleistet ist. Hierbei sind auch die Laufzeit bezüglich der Nachrangverbindlichkeiten und die Ausschüttungsstrategie zu berücksichtigen. Die Kapitalbedarfe aus der finalen Mittelfristplanung werden im Kapitalmanagementplan der Gesellschaft festgehalten.

Kapitalanlagemanagement und Bilanzstrukturmanagement: Bei allen wesentlichen Kapitalanlageentscheidungen werden Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gesellschaft untersucht. Durch regelmäßig durchgeführte

Analysen zum Bilanzstrukturmanagement (Asset-Liability-Management; ALM) und zur strategischen Asset Allocation überzeugt sich die Gesellschaft, dass die erwartete Rendite ihrer Kapitalanlagen kurz-, mittel- und langfristig maßgeblich zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden beiträgt. Die Asset- und Liability-Positionen (Vermögenswerte und Verbindlichkeiten) werden von einem Asset-Liability-Committee überwacht und so gesteuert, dass die Vermögensanlagen den Verbindlichkeiten und dem Risikoprofil der Gesellschaft angemessen sind. Grundsätzlich wird bei der Neuanlage die Strategie verfolgt, möglichst langfristig und sicher anzulegen. Eine Ausweitung des Kreditrisikos soll dabei vermieden werden.

Passive Rückversicherung: Die bestehenden Rückversicherungsverträge werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich aufgrund einer geänderten Risikoexponierung ein Änderungsbedarf ergibt.

Reservierung: Die Versicherungsmathematische Funktion prüft regelmäßig die Verlässlichkeit und Angemessenheit der unter realistischen Annahmen gebildeten versicherungstechnischen Rückstellungen. Dabei berücksichtigt sie in besonderer Weise die Vorgaben und Erkenntnisse des Verantwortlichen Aktuars. Dieser überprüft regelmäßig, ob die bei der Berechnung der HGB-Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungsgrundlagen – unter Berücksichtigung der durchgeführten Reserveauffüllungen – angemessen sind und auch in Zukunft ausreichende Sicherheitsspannen enthalten.

B.3.9 Einhaltung des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht

Die Gesellschaft verfügt über detaillierte Kapitalanlagerichtlinien, die das Anlageuniversum, besondere Qualitätsmerkmale, Emittentenlimite und Anlagegrenzen festlegen. Diese orientieren sich an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des § 124 VAG, sodass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Die Kapitalanlagerichtlinien werden jährlich durch die Gesellschaft auf Aktualität überprüft.

Externe Ratings finden insbesondere bei der Kalkulation des Kreditrisikos sowie des Rückversicherungsausfallrisikos Anwendung. Vorzug der Verwendung der externen Ratings ist, dass bei externen Agenturen umfangreiche Historiendaten vorliegen. Die von den externen Agenturen verwendeten Daten sind dabei weitaus umfangreicher als Daten, die man derzeit aus internen Erhebungen gewinnen könnte.

Die Gesellschaft verwendet nur Ratings renommierter Anbieter, die sich über die Zeit nach allgemeiner Marktwahrnehmung als zuverlässig erwiesen haben und die nach den jeweils gültigen regulatorischen Anforderungen zugelassen sind.

Im operativen Geschäft werden in der Ampega Asset Management GmbH für die Kapitalanlage und in der Konzern-Rückversicherung für alle Gegenparteien bzw. Emittenten eigene Einschätzungen in Bezug auf deren Eignung als Geschäftspartner und deren Kreditwürdigkeit vorgenommen. Hieraus resultiert jeweils eine interne Klassifikation. Diese interne Klassifikation wird periodisch mit dem externen Rating abgeglichen, um sicherzustellen, dass Agentureinschätzungen und eigene Sicht insgesamt nicht wesentlich voneinander abweichen. Die Analyse wird regelmäßig, spätestens bei anstehenden Investitionsentscheidungen aktualisiert.

Jährlich wird ein strukturierter Abgleich zwischen den vorgenommenen internen Einschätzungen und den externen Ratings der einzelnen Gegenparteien bzw. Emittenten vorgenommen. Im Fokus steht eine Aussage darüber, ob die Informationen der Ratingagenturen grundsätzlich als angemessen zu beurteilen sind. Sofern für Gegenparteien bzw. Emittenten wesentliche Abweichungen bestehen, sind ergänzende Analysen durchzuführen. Weiterhin ist unter Verwendung geeigneter Verfahren festzustellen, ob für einzelne Agenturen systematische Abweichungen auftreten.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems

Das interne Kontrollsystem (IKS) wird als integraler Bestandteil der Unternehmensführung betrachtet. Es soll einer effizienten Erreichung der Geschäftsziele unter Beachtung und Einhaltung von Regularien sowie der Vermeidung bzw. Minderung von Risiken dienen.

Das IKS stellt eine Zusammenfassung aller prozessintegrierten und prozessunabhängigen Überwachungsmaßnahmen (interne Kontrollen und organisierte Sicherungsmaßnahmen) dar, die sicherstellen, dass die Organisation und die Prozesse einwandfrei funktionieren. Es wird auf allen Ebenen der Gruppe ausgeübt und fokussiert auf Prozessrisiken sowie die zu deren Überwachung eingerichteten Kontrollen.

Das IKS ist Bestandteil des Governance-Systems und umfasst alle von dem Unternehmen und insbesondere des Vorstandes angeordneten Vorgänge, Methoden und Kontrollmaßnahmen zur

- ordnungsgemäßen Durchführung der Geschäftstätigkeit,
- Sicherung der Vermögenswerte,
- Sicherung einer ordnungsgemäßen und verlässlichen Rechnungslegung,
- Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen,
- Einhaltung unternehmensinterner Vorgaben und Gesetze,
- ordnungsgemäßen Berichterstattung,
- Erreichung der Unternehmensziele und
- Umsetzung der Risikostrategie.

Das Solvency II prägende Konzept der drei Verteidigungslinien stellt den Rahmen für ein funktionsfähiges Kontroll- und Überwachungssystem dar und beschreibt drei grundsätzliche Aufgabenbereiche, die sog. Verteidigungslinien:

- Die erste Verteidigungslinie stellen die operativen Fachbereiche und Abteilungen dar. Der Verantwortung dieser Fachbereiche/Abteilungen obliegt die Sicherstellung der Identifizierung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken auf operativer Ebene. Sie tragen damit die Verantwortung für eine angemessene Ausgestaltung des IKS in dem jeweiligen Bereich.
- Die zweite Verteidigungslinie besteht aus Funktionen, die auf übergeordneter Ebene eine angemessene Ausgestaltung des IKS sicherstellen und die Fachbereiche/Abteilungen begleiten. Hierzu gehören die URCF, die Compliance-Funktion und die VmF sowie die Beauftragten für Datenschutz, Geldwäsche, Outsourcing etc.
- Als unabhängige und objektive Funktion überwacht die Interne Revision als dritte Verteidigungslinie durch entsprechende Audit-Tätigkeiten die Wirksamkeit und Effizienz des gesamten IKS, des Risikomanagementsystems und des Risikomanagementprozesses.

B.4.2 Umsetzung der Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion der Gesellschaft ist über einen Ausgliederungsvertrag an die Konzern-Muttergesellschaft Talanx AG ausgegliedert. Dort ist die Funktion als eigenständiger Zentralbereich organisiert.

Die Compliance-Funktion ist Bestandteil der zweiten Verteidigungslinie. Um die nachhaltige Einhaltung aller relevanten gesetzlichen, regulatorischen und selbst gesetzten Regeln sicherzustellen, führt die Compliance-Funktion entsprechende Überwachungsmaßnahmen durch (mit Schnittstellen zu Group Auditing, Fachabteilungen mit Verantwortung für erweiterte Compliance-Themen sowie den anderen zwei Schlüsselfunktionen).

An der Spitze der konzerninternen Compliance-Regeln steht der Verhaltenskodex. Dieser beinhaltet die wichtigsten Grundsätze und Regeln für ein rechtlich korrektes und verantwortungsbewusstes Verhalten aller Mitarbeiter der Gruppe. Gleichzeitig enthält er die hohen ethischen und rechtlichen Standards, nach denen der Konzern sein Handeln weltweit ausrichtet. Der Verhaltenskodex ist auf der Internetseite der Talanx AG abrufbar. Jeder Mitarbeiter im Konzern hat dafür Sorge zu tragen, dass sein Handeln mit diesem Kodex und den für seinen Arbeitsbereich geltenden Gesetzen, Richtlinien und Anweisungen in Einklang steht.

Eine Compliance-Richtlinie konkretisiert den Kodex und gibt den Mitarbeitern Leitlinien für ein korrektes und angemessenes Verhalten im geschäftlichen Verkehr. Sie enthält insbesondere detaillierte Regelungen zu den nachfolgenden Compliance-Kernthemen:

- Korruptionsprävention
- Kartellrechts-Compliance
- Produkt- und Vertriebs-Compliance
- Finanzsanktionen und Embargos
- Kapitalanlage-Compliance
- Kapitalmarkt-Compliance
- Geldwäscheprävention
- Corporate-Compliance

Die Compliance-Richtlinie wird regelmäßig auf Aktualität hin überprüft und in der Folge gegebenenfalls aktualisiert. In diesem Fall gibt die Compliance-Funktion dies konzernweit bekannt. Die verantwortlichen Führungskräfte sind dafür zuständig, im Fall einer Aktualisierung der Richtlinie betroffene Arbeitsanweisungen ebenfalls zu aktualisieren.

Als weiteres Element zur Sicherstellung einer konzernweiten Compliance gibt es ein über das Internet erreichbares Hinweisgebersystem, über das Mitarbeiter und Dritte wesentliche Verstöße gegen Gesetze und Verhaltensregeln auch anonym melden können. Auf dieser Basis kann Compliance tätig werden, den Schaden eingrenzen und weitere Schäden vermeiden.

Die Compliance-Funktion erstellt einen jährlichen Compliance-Bericht, in dem die aktuellen gesetzlichen und regulatorischen Entwicklungen und die vielfältigen Aktivitäten im Bereich Compliance sowie die wesentlichen Sachverhalte mit Compliance-Relevanz dargestellt werden.

B.5 Funktion der internen Revision

Die Funktion der internen Revision der Gesellschaft ist über einen Ausgliederungsvertrag an die Konzern-Muttergesellschaft Talanx AG ausgegliedert. Dort ist die Funktion als eigenständiger Zentralbereich (Group Auditing) organisiert. Group Auditing übt die Funktion der internen Revision für die Gesellschaft aus, indem sie im Auftrag des Vorstands prüfende, beurteilende und beratende Tätigkeiten durchführt.

Im Mittelpunkt der Überwachung durch Group Auditing stehen der nachhaltige Schutz des betrieblichen Vermögens vor Verlusten aller Art, die Förderung der Geschäfts- und Betriebspolitik und die Sicherung des Fortbestehens der Gesellschaft. Dazu prüft Group Auditing selbständig, unabhängig und objektiv nach den Grundsätzen der Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit risikoorientiert alle wesentlichen Geschäftsbereiche, Abläufe, Verfahren und Systeme.

Die Prüftätigkeit richtet sich grundsätzlich nach dem von Group Auditing erstellten und vom Vorstand der Gesellschaft genehmigten Prüfungsplan. Im Rahmen dieses Prüfungsplans übt Group Auditing ihre Tätigkeit frei von fachlichen Weisungen aus und berichtet ihre Prüfergebnisse und Empfehlungen direkt an den Vorstand. Ihre Unabhängigkeit und Objektivität von den Tätigkeiten, deren Prüfung ihr obliegt, sind gewährleistet, denn dem Bereich Group Auditing sind ausschließlich Revisionsaufgaben zugewiesen. Eine Maßnahme zur Sicherstellung der Objektivität auf Prüferebene ist die Einhaltung von Karenzzeiten bei Wechseln von Mitarbeitern aus operativen Bereichen zu Group Auditing.

Group Auditing hat zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ein vollständiges, uneingeschränktes, aktives und passives Informationsrecht. Das aktive Informationsrecht beinhaltet den Zugang zu allen Geschäftsbereichen, Unterlagen, Vermögensgegenständen und zu den Gesprächspartnern. Über das passive Informationsrecht wird sichergestellt, dass Group Auditing in die für sie maßgeblichen Informationsflüsse des Unternehmens eingebunden ist.

Kurzfristig notwendige außerplanmäßige Sonderprüfungen anlässlich deutlich gewordener Mängel können jederzeit durchgeführt werden. Um die Überwachungsfunktion für alle relevanten Unternehmensbereiche systematisch, zielgerichtet und effizient wahrnehmen zu können, wird die Prüfungsplanung umfassend und unter Risikogesichtspunkten erstellt und im Vorstand verabschiedet. Die Planung wird mindestens jährlich aktualisiert und ggf. um Sonderprüfungen ergänzt. Als risikobeeinflussende Faktoren werden dabei unter anderem folgende Faktoren berücksichtigt:

- Inhärentes Risiko der Prüffelder
- Ergebnisse der letzten Revisionsprüfungen
- Gesetzliche und organisatorische Änderungen bezüglich der Prüffelder und
- Erkenntnisse aus der Teilnahme an Gremiensitzungen und regelmäßigen Jour Fixes mit anderen Governance-Funktionen.

Für jede Prüfung wird ein Bericht erstellt, der dem Vorstand und dem geprüften Bereich die wesentlichen Informationen vermittelt. Mit dem Bericht werden für die Maßnahmen entsprechende Umsetzungstermine und Umsetzungsverantwortliche festgelegt und vereinbart. Die Umsetzung wird überwacht, wobei der Vorstand dies operativ auf Group Auditing delegiert. Die Prüfungsberichte werden auch der Aufsicht vorgelegt.

Das Berichtswesen Group Auditing beinhaltet zudem Quartals- und Jahresberichte, die deren Empfänger (unter anderem Vorstand, Aufsichtsrat, URCF und Abschlussprüfer) Informationen zur Effektivität der Funktion der internen Revision und den Prüfungsergebnissen bereitstellen. Bei einer besonders schwerwiegenden Feststellung besteht eine Sofort-Berichtspflicht gegenüber dem Vorstand. Je nach Risikogehalt werden auch die URCF und/oder die Compliance-Funktion informiert.

Zur Sicherstellung der Effektivität von Group Auditing finden interne Maßnahmen der Qualitätssicherung und Beurteilungen durch externe Prüfer statt.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Mit der Einführung von Solvency II zum 01.01.2016 muss die Gesellschaft über eine wirksame Versicherungsmathematische Funktion (VmF) gemäß § 31 VAG verfügen.

B.6.1 Implementierung der Versicherungsmathematischen Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VmF) der Gesellschaft wurde den regulatorischen Anforderungen entsprechend zum 01.01.2016 eingerichtet. Einen Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der VmF gibt dabei die interne "Leitlinie zu den Aufgaben der VmF im Geschäftsbereich HDI Deutschland" vor, in welcher Rollen und Verantwortlichkeiten für die VmF der Gesellschaft sowie konsistente Grundstandards für die Ausgestaltung der Funktion innerhalb des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland festgelegt sind. Dabei geht die Leitlinie auch auf die Zusammenarbeit der VmF mit ihren zahlreichen Schnittstellen, inklusive der VmF der HDI-Gruppe, ein.

B.6.2 Organisations form und Gesamtverantwortung

Die VmF der Gesellschaft ist auf Basis der geltenden Ausgliederungsvereinbarungen auf die HDI Kundenservice AG ausgegliedert. Es obliegt dem Vorstand, sowohl den jeweiligen Inhaber der Schlüsselfunktion, als auch einen Ausgliederungsbeauftragten für diese Funktion zu benennen. Die Letztverantwortung liegt auch im Falle der Ausgliederung beim Vorstand der ausgliedernden Gesellschaft.

Die operative Umsetzung der Aufgaben erfolgt in dem ausgegliederten versicherungsmathematischen Funktionsbereich innerhalb des Risikomanagements des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Bei der Durchführung ihrer Aufgaben handelt die VmF frei von fachlichen Weisungen.

Schnittstellen und Vermeidung von Interessenkonflikten

Die VmF ist organisatorisch so verankert, dass sie ihre Aufgaben objektiv und unbeeinflusst wahrnehmen kann. So handelt es sich bei der VmF um einen in sich geschlossenen Bereich innerhalb des Risikomanagements mit direkter Berichtslinie an den Vorstand, d. h. die mindestens jährliche schriftliche Berichterstattung an den Vorstand erfolgt frei von fachlichen Weisungen unmittelbar durch den Inhaber der VmF. Die VmF ist rein organisatorisch strikt von der Compliance-Funktion und der internen Revision getrennt, sodass insbesondere letztere ihren überprüfenden Aufgaben gemäß § 30 VAG weiterhin objektiv und unabhängig nachkommen kann.

Der Entstehung von Interessenkonflikten mit den Schnittstellen der VmF wird durch die klare Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten einerseits und die organisatorische Trennung von Rollen und (Schlüssel-) Funktionen andererseits entgegengewirkt. Dem wird auch bei der Einrichtung und Ausführung entsprechender Prozesse Rechnung getragen. Insbesondere sind die Rollen des Verantwortlichen Aktuars und der VmF organisatorisch voneinander getrennt.

B.6.3 Aufgaben und Berichterstattung der Versicherungsmathematischen Funktion

Unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben (insbesondere § 31 VAG in Verbindung mit Art. 272 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35) sowie unter der wesentlichen Zielsetzung, den Vorstand im Hinblick auf eine verlässliche und angemessene Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II zu beraten, ergeben sich folgende Kernaufgaben für die VmF:

- Koordinierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten Daten
- Formulierung einer Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik
- Formulierung einer Stellungnahme zur Rückversicherungspolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
- Unterstützung der Risikomanagementfunktion bei der Implementierung und Sicherstellung eines dauerhaft wirksamen Risikomanagementsystems

Die VmF gewährleistet, dass eine im Sinne von Artikel 264 der DVO angemessene Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Berücksichtigung qualitativer und quantitativer Aspekte durchgeführt wird.

Darüber hinaus wird mindestens einmal jährlich ein schriftlicher Bericht erstellt und dem Vorstand vorgelegt, der alle wesentlichen Aufgaben und Erkenntnisse der VmF dokumentiert und dabei insbesondere auf die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen eingeht.

B.7 Outsourcing

Innerhalb der HDI-Gruppe werden verschiedene Dienstleistungsfunktionen bei mehreren zentralen Dienstleistungsgesellschaften gebündelt. Zu diesen Gesellschaften, die konzernweit Dienstleistungen erbringen, zählen neben der auch als Holdinggesellschaft agierenden Talanx AG im Wesentlichen die HDI Service AG, die HDI Systeme AG, die Ampega Asset Management GmbH und die Ampega Real Estate GmbH sowie die HDI Kundenservice AG als übergreifender Dienstleister für die Töchter der HDI Deutschland AG.

Im Bereich Bancassurance innerhalb des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland werden Dienstleistungen vor allem in den Bereichen Mathematik, Antragsbearbeitung, Bestandsverwaltung, Leistungsbearbeitung und Beschwerdemanagement in der HDI Deutschland Bancassurance Kundenservice GmbH gebündelt. Die HDI Deutschland Bancassurance Communication Center GmbH erbringt schwerpunktmäßig Callcenter-Dienstleistungen für die Gesellschaft.

In der HDI Kundenservice AG sind die Schlüsselfunktionen URCF und VmF angesiedelt. Ferner werden Dienstleistungen im Bereich Controlling und Recht erbracht.

Die Talanx AG erbringt Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen. Hierzu zählen neben den versicherungsaufsichtsrechtlichen Schlüsselfunktionen Compliance und interne Revision auch Leistungen in den Bereichen Recht, Steuern sowie Datenschutz.

Leistungen in den Bereichen Personal, Rechnungswesen, In- und Exkasso werden durch die HDI Service AG erbracht.

Wichtiger und zentraler Dienstleister für alle Bereiche der Informationstechnologie ist die HDI Systeme AG. Sie erbringt für die Gesellschaft IT-Dienstleistungen.

Die Ampega Asset Management GmbH ist für das Kapitalanlagemanagement der Gesellschaft verantwortlich.

Die Ampega Real Estate GmbH verwaltet das Immobilieneigentum.

Ziel dieser Konzentration auf zentralisierte Dienstleister ist es, standardisierte Dienstleistungen unter Wahrung der Belange der einzelnen Abnehmer zu vereinheitlichen und sie nach konzernweit harmonischen Standards mit hohem Qualitätsniveau und zugleich möglichst wirtschaftlich zu erbringen. Alle Dienstleister haben ihren Sitz in Deutschland.

Die auf die zentralen Dienstleister übertragenen Dienstleistungen sind in das interne Kontroll- bzw. Risikomanagementsystem des jeweiligen Auftraggebers einbezogen. Im Rahmen der Vorbereitung der Ausgliederung wird unter Konsultation des Risikomanagements geprüft, ob und wie der Geschäftsbetrieb des ausgliedernden Unternehmens auch bei Ausfällen des Dienstleisters aufrechterhalten und in Fällen einer (planmäßigen oder unplanmäßigen) Beendigung eine Wiedereingliederung oder eine Übertragung auf einen anderen Dienstleister erfolgen kann. Die Gesellschaft bewertet die mit einer Zentralisierung verbundenen Risiken sowohl im Vorfeld der Ausgliederungsentscheidung als auch während einer laufenden Ausgliederung. Auf Grundlage dieser Risikoanalyse werden mit Blick auf den Einzelsachverhalt angemessene spezifische Steuerungs- und Überwachungsprozesse abgeleitet und Anforderungen an den Ausgliederungsvertrag definiert.

Die Qualität der durch die Dienstleister (Konzern und HD-intern) erbrachten Leistungen wird nach festgelegten Kriterien überwacht und einem regelmäßigen Monitoring und Servicelevel Management HD Verfahren unterzogen.

Die Monitoring Committees und das Sounding Board (Personal) dienen dem allgemeinen Zweck, sich auf kaufmännischer Ebene über Gestaltungsfragen (Vertrag, Produktkatalog, Servicelevel-Qualität), Budgetauslastungen, die Anpassungsbedürftigkeit von Kostenverrechnungsaspekten (Kostenstellen/Verteilungsschlüsseln) sowie sonstige wesentliche Themen (z. B. wesentliche Risiken, Kostenentwicklung) zielführend auszutauschen und über Maßnahmen zu verständigen. Ab November 2019 wurde ein Servicelevel Monitoring für alle Konzern Dienstleister auf Basis aktualisierter Produktkataloge neu ausgerichtet. In diesem werden die Leistungsqualitäten einmal pro Jahr in den Gremien gemonitort und dokumentiert.

Näheres zur Ausgestaltung von Ausgliederungen im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland gibt die "Geschäftsbereichsrichtlinie zu Ausgliederungen in HDI Deutschland" vor, die die Gesellschaft entsprechend umgesetzt hat. Ob Ausgliederungen den Vorgaben des Gesetzes bzw. dieser Richtlinie entsprechen, wird von der Funktion der internen Revision auf Basis von Einzelprüfungen regelmäßig geprüft. Die Koordination und Richtlinienkompetenz des Dienstleistermanagements obliegt DLM-HD.

B.8 Sonstige Angaben

Auf Basis der hierfür vom Vorstand verabschiedeten internen Leitlinie zur regelmäßigen Einschätzung der Angemessenheit der Geschäftsorganisation der Gesellschaft findet – neben den von der Funktion der internen Revision als unabhängiger Schlüsselfunktion ohnehin durchgeführten Prüfungen geschäftsorganisatorischer Einheiten (einschließlich Prüfungen anderer Schlüsselfunktionsbereiche) – eine regelmäßige und strukturierte Einschätzung der Angemessenheit der Ausgestaltung der Geschäftsorganisation in Umsetzung der Vorgaben nach § 23 VAG statt.

Die mit der Vorbereitung der Vorstandsentscheidung betrauten Organisationseinheiten nehmen zunächst jeweils differenzierte Selbsteinschätzungen vor. Die Beurteilungen sollen sodann zwischen den Leitern der Organisationseinheiten ausgetauscht und diskutiert werden, bevor der Vorstand über das Ergebnis der Beratungen informiert und ihm ein Einschätzungsvorschlag übermittelt wird.

Die Angemessenheitseinschätzung ist eine wesentliche Entscheidung der Geschäftsleitung der Gesellschaft und liegt dementsprechend nicht in der Verantwortung eines Einzelressorts, sondern des Gesamtvorstandes.

Entsprechend dem Vorstandsauftrag haben sämtliche Funktionen, die für die Herausgabe von Gruppenleitlinien für aufsichtsrechtlich nach den §§ 23 ff. VAG relevante Geschäftsorganisationsthemen in der HDI-/Talanx-Gruppe (Erstversicherung und Konzernfunktionen) zuständig sind, ihre Leitlinien auf Aktualität und Angemessenheit hin geprüft und beides bestätigt. Die zusätzlich geltenden Leitlinien auf Ebene HDI Deutschland und für die Gesellschaft wurden von der für die Gesellschaft zuständigen Risikokontrollfunktion und der Versicherungsmathematischen Funktion (VmF) der Gesellschaft einer entsprechenden Aktualitätseinschätzung zugeführt und bei Bedarf angepasst.

Auf Basis des Berichtes und der Empfehlung der Organisationseinheiten wird die Geschäftsorganisation der Gesellschaft auch unter Berücksichtigung von deren Risikoprofil als insgesamt angemessen eingestuft. Es ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass die Einschätzung zur Angemessenheit der Geschäftsorganisation, die der Vorstand im Vorjahr getroffen hat, aufgrund neuer, wesentlicher Umstände zu ändern ist. Alle sonst relevanten, wesentlichen und berichtspflichtigen Informationen über die Geschäftsorganisation der Gesellschaft sind in diesem Kapitel B bereits enthalten.

C Risikoprofil

Die Gesellschaft verwendet zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR) das aufsichtsrechtlich genehmigte interne Modell in Form eines Partialmodells. Für die unternehmensspezifische Abbildung wurden die modellierten Risiken gegenüber der aufsichtsrechtlichen Kategorisierung im partiellen internen Modell weiter detailliert (partiell, weil nicht komplett intern: das operationelle Risiko wird nach Standardformel berechnet).

Die Risiken und der Diversifikationseffekt sind im Kapitel E.2 aufgeschlüsselt quantifiziert.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Bei den versicherungstechnischen Risiken handelt es sich um spezifische Risiken eines Versicherungsunternehmens. Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung von ursprünglich in Kalkulationsgrundlagen getroffenen Einschätzungen zu versicherungstechnischen Größen der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

Die Kapitalanforderung für das versicherungstechnische Risiko wird als Kombination der Kapitalanforderungen der entsprechenden Untermodule berechnet.

Die versicherungstechnische Risikosituation von Lebensversicherungsunternehmen (bzw. nach Art der Lebensversicherung betriebenen Verträgen) ist insbesondere maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien im Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen, sodass sich Risiken oft nicht nur mit kurzfristiger, sondern auch dauerhafter Wirkung realisieren.

| Versicherungssumme 31.12.2020 in TEUR | | |
|---|------------|-------|
| Fondsgebundene Rentenversicherung | 1.760.149 | 8 % |
| Konventionelle Rentenversicherung | 3.278.633 | 15 % |
| Konventionelle Kapitalbildende Lebensversicherung | 4.165.066 | 19 % |
| Risikolebensversicherung | 180.837 | 1 % |
| Restschuldversicherung | 11.518.288 | 52 % |
| Selbständige Berufsunfähigkeitsversicherung | 1.230.242 | 6 % |
| Gesamt | 22.133.215 | 100 % |

Die Struktur des Versicherungsbestandes nach Versicherungssumme bzw. 12-facher Jahresrente zeigt folgende Exponierung der versicherungstechnischen Risiken:

- Bestände, bei denen die Versicherungsnehmer die Anlagerisiken tragen
- Bestände, die gegenüber dem Langlebigkeitsrisiko exponiert sind

- Bestände, die gegenüber dem Sterblichkeitsrisiko exponiert sind
- Bestände, bei denen die Absicherung des Kreditnehmers bzw. von dessen Hinterbliebenen für den Fall des Todes oder bei Krankheit (Arbeitsunfähigkeit) im Vordergrund steht
- Bestände, die gegenüber dem Invaliditätsrisiko exponiert sind. (Die "Selbständige BU" wird hier vereinfacht als Lebensversicherung ausgewiesen.)

Zur Berechnung der Prämie und der versicherungstechnischen Rückstellungen werden vorsichtig bemessene biometrische Rechnungsgrundlagen verwendet, deren Angemessenheit regelmäßig durch einen kontinuierlichen Abgleich der nach den Ausscheideordnungen erwarteten und der tatsächlich eingetretenen Leistungsfälle sichergestellt wird. Darüber hinaus wird durch adäquate Sicherheitszuschläge in den Rechnungsgrundlagen dem Irrtums-, Zufalls- und Änderungsrisiko angemessen Rechnung getragen.

Bei den Lebensversicherungen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Verträge mit einer ermessensabhängigen Überschussbeteiligung. Kleinere Änderungen in den der Kalkulation zugrunde liegenden Annahmen zu Biometrie, Zins und Kosten werden durch die in den Rechnungsgrundlagen enthaltenen Sicherheitszuschläge aufgefangen. Werden diese Sicherheitszuschläge nicht benötigt, generieren sie Überschüsse, die den gesetzlichen Regelungen entsprechend größtenteils an die Versicherungsnehmer weitergegeben werden. Dadurch kann die Ergebniswirkung bei einer Veränderung der Risiko-, Kosten- oder Zinserwartung durch eine Anpassung der künftigen Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer gedämpft werden.

Im internen Modell werden die Risiken geänderter Einschätzungen der künftigen Entwicklungen in ihrer Wirkung auf die Eigenmittel gemessen. Hierzu wird zu den zum Bewertungsstichtag aktuellen Best-Estimate-Annahmen eine Schwankungsannahme getroffen, auf deren Basis die stochastische Entwicklung der Best-Estimate-Annahmen im Risikoschritt modelliert wird. Der angenommene Grad der Schwankung wird hierbei mit historischen Erfahrungswerten abgeglichen.

Bei den versicherungstechnischen Risiken bestehen aufgrund einer ausgewogenen Bestandsstruktur keine nennenswerten Konzentrationen.

C.1.1 Biometrisches Risiko

Biometrische Risiken beschreiben die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten aufgrund von Änderungen in den biometrischen Rechnungsgrundlagen.

Sterblichkeitsrisiko

Das Sterblichkeitsrisiko beschreibt das biometrische Risiko aus Veränderung der Sterblichkeitsrate, wenn der Anstieg der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt.

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen zur Berechnung von Prämien und Rückstellungen werden bereits zu Vertragsbeginn festgelegt. Sie enthalten Sicherheitsmargen, die zu diesem Zeitpunkt als ausreichend erachtet werden. Diese Annahmen können sich jedoch im Zeitverlauf als nicht mehr zutreffend erweisen. Für Verträge, in denen der Tod das versicherte Risiko ist, können insbesondere Epidemien, eine Pandemie oder ein weltweiter Wandel der Lebensgewohnheiten Risiken darstellen.

Die Herleitung der aktuariellen Annahmen basiert auf allgemein anerkannten aktuariellen Methoden. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft und bei Bedarf für die Berechnung der Deckungsrückstellungen angepasst. Hierdurch können zusätzliche Aufwendungen zur

Erhöhung der Deckungsrückstellungen erforderlich werden. Die Auffüllung der Deckungsrückstellungen bewirkt, dass auch zukünftig ausreichende Sicherheitsmargen vorhanden sind.

Das Sterblichkeitsrisiko wird zudem mittels geeigneter Rückversicherungsverträge begrenzt. Der Umfang der Rückdeckung wird regelmäßig überprüft.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung der künftigen Sterblichkeit in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

Bei dem Sterblichkeitsrisiko bestehen aufgrund einer ausgewogenen Bestandsstruktur keine nennenswerten Konzentrationen.

Langlebigkeitsrisiko

Das Langlebigkeitsrisiko beschreibt das biometrische Risiko aus Veränderung der Sterblichkeitsrate, wenn der Rückgang der Sterblichkeitsrate zu einem Anstieg des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten führt.

Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Analyse und Bewertung des Langlebigkeitsrisikos in der Rentenversicherung: Die Gesellschaft stellt mit der Kalkulation der Rententarife des Neugeschäfts und der Erhöhung der Deckungsrückstellung für den Bestand an Rentenversicherungen auf Grundlage der hierfür relevanten DAV-Sterbetafeln für das Langlebigkeitsrisiko sicher, dass auch im Falle eines weiteren Anstiegs der Lebenserwartung ausreichende Sicherheitsmargen in der Deckungsrückstellung berücksichtigt sind.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung der künftigen Langlebigkeit in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

Bei dem Langlebigkeitsrisiko bestehen aufgrund einer ausgewogenen Bestandsstruktur keine nennenswerten Konzentrationen.

Invaliditätsrisiko

Das Invaliditäts-/Morbiditätsrisiko beschreibt das biometrische Risiko, das sich aus Veränderungen der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der Invaliditäts-, Krankheits- und Morbiditätsraten ergibt.

Für die Begrenzung des Invaliditätsrisikos wurden Rückversicherungsverträge abgeschlossen; der Umfang der Rückdeckung wird regelmäßig überprüft.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung der künftigen Invalidisierung in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

Bei dem Invaliditätsrisiko bestehen aufgrund einer ausgewogenen Bestandsstruktur keine nennenswerten Konzentrationen.

Katastrophenrisiko

Das Katastrophenrisiko beschreibt das biometrische Risiko, das sich aus einer wesentlichen Ungewissheit in Bezug auf die Annahmen über extreme oder außergewöhnliche Ereignisse bei der Preisfestlegung und bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen ergibt.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung eines möglichen Sterblichkeitsschocks in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

Dem Lebensversicherungskatastrophenrisiko wird mit einer angemessenen Rückversicherungsdeckung entgegengesteuert.

C.1.2 Risiko aus Versicherungsnehmerverhalten

C.1.2.1 Stornorisiko

Das Stornorisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkaufsraten von Versicherungsverträgen ergibt.

Zu den relevanten Optionen gehören alle gesetzlichen oder vertraglichen Rechte der Versicherungsnehmer:

- Versicherungsschutz ganz oder teilweise zu beenden, zurückzukaufen, herabzusetzen, einzuschränken oder ruhen zu lassen oder den Versicherungsvertrag zu stornieren oder
- darauf zu verzichten, Versicherungsschutz ganz oder teilweise zu begründen, zu verlängern, zu erhöhen, zu erweitern oder wiederaufzunehmen.

Die Gesellschaft analysiert regelmäßig die Stornosituation; bei Bedarf werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung des künftigen Stornoverhaltens in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

Bei dem Stornorisiko bestehen aufgrund einer ausgewogenen Bestandsstruktur keine nennenswerten Konzentrationen.

C.1.2.2 Kapitalabfindungsrisiko

Das Kapitalabfindungsrisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen der Wahrscheinlichkeiten zur Wahl der Kapitalabfindungen bei Rentenversicherungen ergibt.

Die Gesellschaft analysiert die Kapitalwahl- und Verrentungshäufigkeiten regelmäßig. Bei Bedarf werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung der künftigen Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

C.1.3 Kostenrisiko

Das Kostenrisiko beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Veränderungen in der Höhe, im Trend oder bei der Volatilität der bei der Verwaltung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen angefallenen Kosten ergibt.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen Kostenzuschläge in den Beiträgen gegenüberstehen. Die Beitragszuschläge sind so bemessen, dass Betriebskosten und Provisionen langfristig gedeckt sind und auch eine temporäre, unvorhergesehene Kostenprogression verkraftet werden kann. Die Produktkalkulation stützt sich auf eine angemessene Kostenrechnung. Provisionen werden unter Berücksichtigung der Prämienkalkulation und adäquater Stornoregelungen und unter Beachtung aller gesetzlichen Regelungen festgelegt.

Die Gesellschaft erwirtschaftet stabile Kostengewinne, deren Entwicklung im Forecast- bzw. Planungsprozess überwacht wird.

Im Modell wird das Risiko einer geänderten Einschätzung der künftigen Verwaltungskosten in seiner Wirkung auf die Eigenmittel gemessen.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität von Finanzmarktdaten ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beeinflussen.

| Kapitalanlagebestand 31.12.2020 in TEUR | | |
|---|-----------|-------|
| Zinsträger | 4.635.341 | 91 % |
| Beteiligungen | 173.567 | 3 % |
| Grundstücke & Immobilien(fonds) | 177.547 | 3 % |
| Aktien & Aktienfonds | 111.119 | 2 % |
| Gesamt | 5.097.574 | 100 % |

Das Marktrisiko wird als Kombination der Kapitalanforderungen für die entsprechenden Untermodule berechnet.

C.2.1 Aktien- und Beteiligungsrisiko

Das Aktienrisiko bezeichnet das Risiko aus Änderungen des Aktienkursniveaus. Eine mögliche Änderung wirkt auf die Bewertung von Aktien, die in der eigenen Kapitalanlage gehalten werden, wie auch auf die der Fonds, die für den Versicherungsnehmer gehalten werden. Weiterhin wirkt das Risiko auf Vermögenspositionen, die wie Aktien modelliert werden, insbesondere auf Beteiligungen der einzelnen Gesellschaften.

Im Modell wird das Risiko durch die Wirkung geänderter Aktienkurse auf die Eigenmittel anhand von stochastischen Projektionen auf Szenarien gemessen. Schwankungen werden hierbei mit historischen Erfahrungswerten abgeglichen.

Das Aktenrisiko besitzt aufgrund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft nur ein begrenztes Gefahrenpotenzial.

C.2.2 Zinsrisiko

Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder auf die Volatilität der Zinssätze.

Im Modell wird das Risiko durch die Wirkung geänderter Zinsverhältnisse auf die Eigenmittel gemessen. Dies wird anhand von stochastischen Projektionen mit Szenarien durchgeführt, in denen das Zinsniveau, die Zinsstruktur und die Zinsvolatilität variiert werden. Die Schwankungen der Zinsverhältnisse werden mit historischen Erfahrungswerten abgeglichen.

Das Zinsrisiko wird vor allem durch regelmäßige Asset-Liability-Analysen, ständige Beobachtung der Kapitalanlagen und -märkte sowie Ergreifen entsprechender Steuerungsmaßnahmen gesteuert. Es kommen auch geeignete Kapitalmarktinstrumente wie z. B. Vorkäufe zum Einsatz. Darüber hinaus können die zusätzlich zum Garantiezins gezahlten Überschussbeteiligungen der Kapitalmarktlage angepasst werden.

C.2.3 Währungsrisiko

Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse.

Das Währungsrisiko spielt bei der Gesellschaft eine untergeordnete Rolle, da die Kapitalanlage fast ausschließlich in Euro erfolgt. Konzentrationen im Sinne des Währungsrisikos liegen somit nicht vor.

Von einer Modellierung des Risikos wird aufgrund der geringen Materialität abgesehen.

C.2.4 Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko steht für das Risiko aus Schwankungen des Wertes der in der Kapitalanlage gehaltenen Immobilien. Weiterhin wirkt das Risiko auf Vermögenspositionen, die wie Immobilien modelliert werden, wie z. B. Investitionen in Infrastrukturprojekte.

Bei direkten Investitionen in Immobilien werden auf Objekt- und Portfolio-Ebene regelmäßig die Rendite und weitere wesentliche Performance-Kennzahlen (z. B. Leerstände/Rückstände) gemessen. Bei indirekten Immobilieninvestitionen wird das Risiko wie bei den Private-Equity-Fonds durch regelmäßiges Beobachten der Fondsentwicklung und -performance kontrolliert.

Im Modell wird das Risiko durch die Wirkung geänderter Immobilienpreise auf die Eigenmittel anhand von stochastischen Projektionen auf Szenarien gemessen. Schwankungen werden hierbei mit historischen Erfahrungswerten abgeglichen.

C.2.5 Kreditrisiko aus der Kapitalanlage

Kreditrisiken beschreiben allgemein Risiken eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, die sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergeben, gegenüber denen Versicherungsunternehmen Forderungen haben, und die in Form von Gegenparteiausfallrisiken, Spread-Risiken oder Marktrisikokonzentrationen auftreten. Kreditrisiken beziehen sich auf den Ausfall von Investments.

Innerhalb des Kreditrisikos lassen sich verschieden Sub-Risiken identifizieren, die z. T. einzeln quantifiziert werden können:

- Ausfallrisiko: Risiko, dass der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig nachkommt (partieller oder totaler Ausfall). Hierbei kann im Falle des Ausfalls des Emittenten ggf. ein Teil der ausstehenden Schuld zurückerhalten werden (Recovery Rate).
- Migrationsrisiko: Risiko einer Bonitätsverschlechterung (z. B. Ratingabstufung) und damit Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeit.

Im Risikomodell der Gesellschaft sind das Ausfall- und Migrationsrisiko unter Berücksichtigung von Korrelation und Konzentrationsrisiko abgebildet. Das bedeutet, dass Ansteckungseffekte oder Wechselwirkungen aus geographischen, über Branchen definierten konjunkturellen oder anderen Zusammenhängen in der Emittentenstruktur abgebildet sind.

• Rest-Spread-Änderungsrisiko: Risiko einer Änderung des Marktwertes einer Anlage, ohne dass dies auf Bonitätsverschlechterung oder Ausfall zurückzuführen ist. Hierunter fallen weitere Risiken, wie z. B.

Liquiditätsrisiko bei Anlage in nicht vollständig effizient handelbare Titel oder Marktspreadrisiken, die auf Änderungen der Informationslage über das Unternehmen zurückzuführen sind, die sich (noch) nicht in einer Änderung der Bonitätseinschätzung niedergeschlagen haben.

Sämtliche obige Risiken schlagen sich in der Änderung des Marktpreises der Anlagen nieder. Für Bonds können diese in der Zerlegung der Gesamtrendite des Titels durch Abzug der risikofreien Zinsen im Credit-Spread gemessen werden. Der Spread, der für das gesamte Kreditrisiko steht, kann dann (sofern diese quantifizierbar sind) in weitere Komponenten zerlegt werden, die für die obigen Sub-Risiken stehen.

Einschätzungen zum Stand des Ausfall- und Migrationsrisikos lassen sich sowohl für Emittenten als auch für einzelne Titel in der Kapitalanlage mittels Bonitätseinstufung durch Ratings sowie der Wahrscheinlichkeit ihrer Änderungen bzw. ihres Ausfalls beschreiben. Diese Ratings werden von Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's, Fitch oder Scope Analysis zur Verfügung gestellt.

Die Bonitätsstufen geben zunächst nur eine Rangfolge der Risikoeinschätzungen vor. Die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls eines Emittenten oder einer Kapitalanlage wird aber letztlich von den Finanzmärkten über wechselnde Preise (Risiko-Prämien) ständig neu bestimmt.

| Ratingstruktur festverzinsliche Kapitalanlagen 31.12.2020 | |
|--|-------|
| AAA | 54 % |
| AA | 21 % |
| A | 8 % |
| BBB | 13 % |
| Non-Investment-Grade | 2 % |
| ohne Rating | 2 % |
| Gesamt | 100 % |

Schuldner der Kapitalanlagen in festverzinslichen Wertpapieren sind mit einem sogenannten Investment-Grade-Rating klassifiziert, d. h. einem Rating innerhalb der Spanne von AAA bis BBB. Die Gesellschaft geht nur in begrenztem Umfang Risiken mit schlechterem Rating, d. h. im High-Yield-Bereich ein.

Zur Minderung des Konzentrationsrisikos wird eine breite Mischung und Streuung der einzelnen Assetklassen beachtet. Zudem werden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern weitestgehend vermieden.

Im Modell wird das Risiko durch die Wirkung geänderter Stände der Kreditrisiken auf die Eigenmittel anhand von stochastischen Projektionen von Szenarien gemessen. Diese geänderten Kreditrisiko-Stände umfassen dabei sowohl Variationen im Niveau und der Struktur der Credit-Spreads, als auch die Wirkung von Migration und Ausfall in der Kapitalanlage der Gesellschaft.

Die zusätzliche Risikowirkung aus Korrelation und Konzentration der Anlagen in verschiedenen Branchen und geographischen Zusammenhängen wird mit modelliert. Schwankungen werden hierbei mit historischen Erfahrungswerten abgeglichen.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko außerhalb der Kapitalanlage, auch als Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet, deckt risikomindernde Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken ab, soweit sie nicht anderweitig in der Risikomessung berücksichtigt werden.

Das Gegenparteiausfallrisiko berücksichtigt die akzessorischen oder sonstigen Sicherheiten, die von dem oder für das Versicherungsunternehmen gehalten werden, und die damit verbundenen Risiken.

C.3.1 Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die aus der passiven Rückversicherung resultierenden Ansprüche zeigen einen hohen Anteil an Rückversicherern mit hohem Rating. Dies ist Ausdruck der Unternehmenspolitik, Ausfallrisiken in diesem Bereich so weit wie möglich zu vermeiden.

| Anteil Rückversicherer an versicherungstechnischen Rückstellungen nach Ratingklassen 31.12.2020 in TEUR | | |
|--|--------|-------|
| AAA | 0 | 0 % |
| AA | 52.837 | 100 % |
| A | 0 | 0 % |
| <=BBB, ohne Rating | 0 | 0 % |
| Gesamt | 52.837 | 100 % |

Aufgrund der Verteilung der Rückversicherungsdeckung auf mehrere Adressen bestehen keine nennenswerten Konzentrationen.

C.3.2 Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern

Die Gesellschaft hat aufgrund der exklusiven Zusammenarbeit mit der TARGOBANK, den vereinbarten Provisionshaftungszeiträumen sowie der Bonität der TARGOBANK kein Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern.

C.3.3 Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber sonstigen Parteien

Da dem Gegenparteiausfallrisiko mit den aufgeführten steuernden Maßnahmen begegnet und das verbleibende Risiko als unwesentlich beurteilt wird, wird derzeit von einer expliziten Abbildung im Modell abgesehen.

C.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen nicht in der Lage ist, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. So können wegen der Illiquidität von Märkten Bestände nicht oder nur mit Verzögerungen veräußert werden oder offene Positionen nicht oder nur mit Kursabschlägen geschlossen werden.

Der Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns ist im Anhang (Meldebogen S.23.01.01 Eigenmittel, Element R0790/C0060) aufgeführt.

Jede Wertpapiergattung ist mit einem Liquiditätskennzeichen versehen, das den Grad der Liquidierbarkeit des Titels zu marktgerechten Preisen angibt. In 2020 erfolgte eine Änderung des Liquiditätskonzepts, die aufgrund der strengeren Bewertung langer Laufzeiten zu einer geringeren Auslastung des Liquiditätslimits in den Liquiditätsklassen 0-3 führte.

| Liquiditätsstruktur Kapitalanlagen 31.12.2020 | |
|---|-------|
| 0 – Bargeld und Vergleichbares | 1 % |
| 1-3 – ohne nennenswerten Abschlag veräußerbar | 17 % |
| 4-6 – mit Abschlag veräußerbar | 63 % |
| 7-9 – schwer/nicht veräußerbar | 19 % |
| Gesamt | 100 % |

Den Liquiditätsrisiken wird durch eine kontinuierliche Abstimmung der Fälligkeiten der Kapitalanlagen und der finanziellen Verpflichtungen begegnet. Durch eine liquide Anlagestruktur wird sichergestellt, dass die Gesellschaft jederzeit in der Lage ist, die erforderlichen Auszahlungen zu leisten.

Risikokonzentrationen werden durch eine angemessene Diversifikation der Anlagen vermieden.

Liquiditätsrisiken sind implizit über die Modellierung der Wiederanlage (Cashflow-Matching) im Bewertungsmodell berücksichtigt, wenngleich diese Risiken nicht explizit ausgewiesen werden.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit bzw. dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen wie auch durch externe Ereignisse ergibt.

Operationelle Risiken gehören zwar nicht zum eigentlichen Kerngeschäft eines Versicherungsunternehmens, sie sind aber mit jeder Art von Geschäftstätigkeit verbunden. Daher werden operationelle Risiken als nicht vollständig vermeidbar betrachtet. Sie werden im Rahmen eines vielfältigen und ursachenbezogenen Risikomanagements sowie eines effizienten internen Kontrollsystems intensiv beobachtet und vermindert, soweit dies ökonomisch sinnvoll ist. Die Anwendung und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems werden regelmäßig durch die interne Revision geprüft.

Aus den regelmäßig durchgeführten Risikoerhebungen ergaben sich keine Hinweise auf materielle Konzentrationen bei operationellen Risiken.

Die Berechnung der Kapitalanforderung für das operationelle Risiko erfolgt gemäß Standardformel mit Hilfe eines Faktoransatzes u. a. auf Basis der Solvenzkapitalanforderung für die weiteren Risikokategorien, der Prämien und versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt zusätzlich zu Zwecken der internen Steuerung.

C.5.1 Risiken aus Business Continuity und IT Service Continuity

Risiken aus Business Continuity und IT Service Continuity bezeichnen das Risiko, dass der Geschäftsbetrieb aufgrund von natürlichen oder von Menschen verursachten Gefahren bedroht, geschädigt oder gestört wird. Hierzu zählen sowohl Verluste als auch Mehrkosten durch den Ausfall von bzw. aufgrund technischer Probleme in den IT-Systemen wie auch durch Zerstörung oder Beschädigung der Gebäude bzw. gebäudeweiten Versorgungseinrichtungen oder weitere Beeinträchtigungen der Arbeitsumgebung.

Risiken aus Störungen der Gebäudeinfrastruktur reduziert die Gesellschaft mit wirksamen Risikosteuerungsmaßnahmen u. a. durch die Einhaltung von Sicherheits- und Wartungsvorschriften sowie Brandschutzmaßnahmen. Um Risiken aus einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs aufgrund von Krisen oder Notfällen zu begegnen, ist in der Gesellschaft ein Krisenmanagement etabliert, das im Falle einer Störung eine schnellstmögliche Rückkehr in den Normalbetrieb sicherstellt. Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business-Impact-Analysen zur Ermittlung der Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Das Risiko des Ausfalls der IT-Infrastruktur wird durch regelmäßige Kontrollen, redundante Systeme, Backupund Recovery-Verfahren sowie Rufbereitschaft verringert. Gezielte Investitionen in die Sicherheit und Verfügbarkeit der Informationstechnologie erhalten und steigern das bestehende hohe Sicherheitsniveau.

Darüber hinaus fokussiert sich die Gesellschaft zur Konsolidierung, Flexibilisierung und Verbesserung der Betriebsstabilität der IT-Infrastruktur sowie zur nachhaltigen Senkung der IT-Infrastruktur- und IT-Betriebskosten auf die Einbeziehung von Drittanbietern. Das Zusammenspiel zwischen konzerninternen und konzernexternen Services, deren Qualität sowie der Leistungsschnitt werden laufend überwacht. Unter Berücksichtigung von Chancen und Risiken nimmt die Gesellschaft angemessen Anpassungen vor.

C.5.2 Risiken aus Prozessen

Prozessrisiken beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen ergibt, einschließlich der Schwächen in der Datenqualität.

Die Gesellschaft hat ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet, durch das insbesondere Prozessrisiken systematisch identifiziert und mit Kontrollmaßnahmen versehen werden. Die Notwendigkeit, Vollständigkeit und Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen wird im Rahmen von regelmäßigen Prozessreviews durch den jeweiligen Prozessverantwortlichen bewertet. Die interne Revision beurteilt in regelmäßigen Abständen von ihrem objektiven Standpunkt aus, inwiefern die Kontrollen angemessen und wirksam sind.

C.5.3 Compliance-, Rechts- und Steuer-Risiken

Compliance-, Rechts- und Steuer-Risiken beschreiben das Risiko der Nichteinhaltung der gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Vorschriften und unternehmensinternen Richtlinien, welches zu Klagen oder behördlichen Verfahren führen könnte. Compliance-Risiken beinhalten rechtliche Risiken, Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung einschließlich der Änderungen der Steuergesetzgebung und der gesetzlichen Meldepflichten.

Rechtliche Risiken liegen in Verträgen und allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie z. B. geschäftsspezifischen Unwägbarkeiten des Wirtschafts- und Steuerrechts. Compliance-Risiken im Vertrieb werden auch im Hinblick auf den GDV-Verhaltenskodex für den Vertrieb regelmäßig überwacht.

Vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Rechtspraxis zur EU-Datenschutzgrundverordnung und zum Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen kommt dem Daten- und Geheimnisschutz weiterhin eine besondere Bedeutung zu. Maßnahmen zur Minderung von Daten- bzw. Geheimnisschutzrisiken wird eine hohe Priorität beigemessen.

Die Entwicklung der rechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung sowie zur Offenlegung dieser Risiken wird intensiv verfolgt. Neben den originären Auswirkungen der Nachhaltigkeitsrisiken selbst können sich aus der Umsetzung dieser Anforderungen nennenswerte Zusatzaufwände für die Gesellschaft ergeben.

Zur Ungültigkeit der Ausschlussfristen des Widerspruchs- bzw. Rücktrittsrechts bei zwischen 1994 bis 2007 im Policen- bzw. Antragsmodell abgeschlossenen Verträgen mit nicht ordnungsgemäßen Belehrungen verbleiben weiterhin offene Fragen zu konkreten Rechtsfolgen.

Eine Untergruppe des Rechtsänderungsrisikos sind Veränderungen des behördlichen Umgangs mit rechtlichen Grundsatzthemen, im Steuerrecht etwa auf Basis von Verlautbarungen des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Das BMF hat mit Schreiben vom 17.7.2017 etwa eine restriktive Auffassung zur steuerlichen Behandlung verschiedener Wertpapiertransaktionen verlautbart, die zuvor nicht nur üblich waren, sondern allgemein als steuerrechtlich unproblematisch eingestuft wurden und dementsprechend auch von der Gesellschaft als Teil der normalen Kapitalanlage getätigt wurden. Extern eingeholte Gutachten kommen allerdings zum Ergebnis, dass daraus resultierenden Steuerforderungen mit hoher Wahrscheinlichkeit die rechtliche Grundlage fehlt und hilfsweise Rückgriffsansprüche gegen Vertragspartner hohe Erfolgsaussicht hätten. Zur Begrenzung eines Zinsrisikos bis zur endgültigen Entscheidung wurde höchst vorsorglich und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht eine Zahlung an das Finanzamt geleistet.

Mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, insbesondere gesellschaftsrechtlicher, produktrechtlicher oder steuerlicher Natur, werden frühzeitig identifiziert und eng überwacht.

C.5.4 Fraud-Risiken

Fraud-Risiken beinhalten das Risiko aus der vorsätzlichen Verletzung der Gesetze oder Regeln durch eigene Mitarbeiter (interne Fraud-Risiken) und/oder durch Dritte (externe Fraud-Risiken) um einen persönlichen Vorteil zu erlangen. Gemeint sind Fraud-Risiken im weiteren Sinne, so dass nicht nur Betrug, sondern auch weitere Vermögensdelikte mit eingeschlossen sind.

Dem Risiko von dolosen Handlungen begegnet die Gesellschaft durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Darüber hinaus prüft die interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

C.5.5 Personelle Risiken

Personelle Risiken bezeichnen das Risiko, welches sich aus unzureichender Ausstattung oder durch unzulängliches Verhalten der Mitarbeiter ergibt. Entsprechend qualifizierte Mitarbeiter sind für das Geschäft mit starker Kundenorientierung sowie die Umsetzung wichtiger Projekte notwendig. Mögliche Kapazitätsengpässe können sich insbesondere aus fehlenden oder ausfallenden Mitarbeitern, der Einstellung ungeeigneter Mitarbeiter, der fehlenden Qualifizierung von Mitarbeitern oder dem ungeplanten Austritt von Mitarbeitern ergeben. Sie können negative Auswirkungen auf das operative Geschäft haben und beispielsweise zu Verzögerungen in der Produktentwicklung, längeren Bearbeitungszeiten oder einer schlechteren Servicequalität führen.

Zur Minderung von personellen Risiken legt die Gesellschaft großen Wert auf Aus- und Fortbildung. So können sich die Mitarbeiter durch individuelle Entwicklungspläne und angemessene Qualifizierungsangebote auf die aktuellen Marktanforderungen einstellen. Moderne Führungsinstrumente und adäquate monetäre ebenso wie nicht monetäre Anreizsysteme fördern einen hohen Einsatz der Mitarbeiter. Auch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der Mitarbeiter sowie Prozessdokumentationen und Vertretungsregelungen tragen dazu bei, Personalrisiken zu reduzieren.

C.5.6 Informations- und IT-Sicherheitsrisiken

Informations- und IT-Sicherheitsrisiken beschreiben die Risiken, die die Vollständigkeit, Vertraulichkeit oder Verfügbarkeit der Informationen oder IT-Systeme potenziell gefährden können.

Die Verfügbarkeit der Anwendungen, die Sicherheit und Vertraulichkeit und die Integrität der verwendeten Daten sind von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaft.

Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet. Bei der Verbindung interner und externer Netzwerke ist eine schützende Firewall-Technik installiert, die regelmäßig überprüft und ständig weiterentwickelt wird.

Um bei allen Mitarbeitern ein gutes Grundverständnis dafür zu erreichen, Bedrohungen abzuwenden und Sicherheit von Informationen zu gewährleisten, werden zielgruppenorientierte Trainingsmaßnahmen zur Informationssicherheit durchgeführt. Das vorhandene Information Security Management System ist nach ISO 27001 zertifiziert.

C.5.7 Outsourcing-Risiken

Outsourcing-Risiken bezeichnen das Risiko, das sich aus dem Outsourcing der Funktionen oder Versicherungstätigkeiten ergibt, entweder direkt oder durch weiteres Outsourcing, die sonst vom Unternehmen selbst ausgeübt werden könnten. Es wird unterschieden nach Fremdvergabe von Aufgaben bis zum Vertrieb und der Fremdvergabe von Vertriebsleistungen.

Risiken aus ausgegliederten Funktionen oder Dienstleistungen sind grundsätzlich in den Risikomanagement-Prozess eingebunden und werden identifiziert, bewertet, gesteuert und überwacht, auch wenn die Dienstleistung konzernintern erfolgt. Zudem werden vor Ausgliederung von Tätigkeiten/Bereichen initiale Risikoanalysen durchgeführt.

Die Gesellschaft lässt sich erforderliche Auskunfts- und Weisungsbefugnisse von dem Dienstleister vertraglich zusichern. In allen Ausgliederungsverträgen ist für die Gesellschaft stets ein umfassendes, direktes Weisungs- und Informationsrecht vorgesehen. Dieses berechtigt den Vorstand, jederzeit Einzelweisungen zu erteilen. Damit ist der Vorstand in der Lage, Einfluss auf die ausgegliederten Bereiche zu nehmen.

Zudem wird eine angemessene und fortlaufende Kontrolle und Beurteilung der Dienstleister durch diverse Beurteilungsmaßnahmen gewährleistet (u. a. Definition von Produktkatalogen einschließlich Service-Level-Agreements und Durchführung von Kundenzufriedenheitsbefragungen zur Überprüfung der Einhaltung der vereinbarten Leistungs- und Qualitätskriterien).

C.6 Andere wesentliche Risiken

C.6.1 Strategische Risiken

Strategische Risiken beschreiben Risiken aus strategischen Geschäftsentscheidungen. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden.

Die Gesellschaft überprüft ihre Geschäfts- und Risikostrategie mindestens jährlich u. a. auf Konsistenz und passt Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an. Strategischen Risiken wird im Rahmen der Planungs- und Steuerungsprozesse begegnet.

Die Gesellschaft bedient sich der Vertriebswege des einzigen Vermittlers TARGOBANK AG & Co. KGaA. Der exklusive Kooperationsvertrag läuft bis 2025. Sowohl frühzeitige Verhandlungen über eine Vertragsfortführung als auch Überlegungen zu alternativen Geschäftsmodellen über andere Vertriebswege sind Teil der strategischen Planungen der Gesellschaft.

Da die Vertriebsleistung grundsätzlich ein zentraler Erfolgsfaktor ist, wird den Vertriebsrisiken bei der Gesellschaft eine angemessene Bedeutung beigemessen.

Gewisse Vertriebsrisiken können sich z. B. aus Regelungen zur Provisionsbegrenzung insbesondere bei Restkreditversicherungen ergeben. Die entsprechende Diskussion wird laufend verfolgt, bei Bedarf werden entsprechende Risikosteuerungsmaßnahmen ergriffen.

Infolge der zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie verfügten Maßnahmen war im Berichtsjahr ein zurückgehendes Neugeschäft zu verzeichnen. Auch für 2021 wird mit einer Folgebelastung aufgrund geringeren Geschäftsvolumens gerechnet. Bei einem Anschlagen der zur Pandemie ergriffenen Maßnahmen sind jedoch auch positivere Entwicklungen denkbar.

C.6.2 Projektrisiken

Projektrisiken beschreiben Risiken einer Gefährdung des vorgesehenen Ablaufs oder einer Nichterreichung der Ziele von Projekten oder Programmen (inklusive strategischer sowie IT-bezogener Projekte und Programme).

Projektrisiken und ihre Auswirkungen werden im Rahmen des Projektmanagements systematisch erhoben. Der Fortschritt der Projekte wird regelmäßig erhoben und bewertet. Es kommen im Unternehmen verbindlich eingerichtete Linienprozesse zur Kontrolle und Steuerung des Projektportfolios zum Einsatz. Gerade auch für Projekte zur Zukunftssicherung der Gesellschaft wurden weitere Steuerungsmaßnahmen eingerichtet. Dadurch wird sichergestellt, dass rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden können, wenn sich bezüglich der Erreichung der Zeit- und Qualitätsziele Schwierigkeiten abzeichnen sollten.

Das auf mehrere Jahre angelegte Strategieprogramm KuRS (Kundenorientiert Richtungsweisend Stabil) wurde im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland weiter vorangetrieben. Ziele des Programms sind die Stabilisierung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland und die Verbesserung seiner nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit, um ihn zukunftsfähig aufzustellen. Schwerpunkte bei der Umsetzung sind die Optimierung der Geschäftsprozesse und die Erhöhung der Servicequalität für Kunden und Vertriebspartner. Hierzu gehören auch die Modernisierung der IT sowie die Erhöhung der Transparenz über Bestandsdaten und Kosten.

2020 wurde das Programm weiterhin konsequent umgesetzt. Unter dem Dach von KuRS wurde zudem die neue Lebenstrategie "Spirit4Life" weiter umgesetzt. Sie fokussiert Wachstum in verschiedenen Handlungsfeldern. Hierzu gehören die betriebliche Altersvorsorge (bAV), kapitalmarktorientierte sowie biometrische und Restkredit-Produkte. Zudem soll auch Wachstum durch Kundenzentrierung und digitale Vertriebsansätze gefördert werden.

C.6.3 Reputationsrisiken

Reputationsrisiken beschreiben Risiken aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

Reputationsrisiken werden intensiv beobachtet. Zur Verringerung von Reputationsrisiken ist ein professionelles Beschwerdemanagement installiert.

Darüber hinaus wird die Gefahr von Reputationsrisiken durch Qualitätsanforderungen an die Produkte, ein ständiges Qualitätsmanagement der wesentlichen Geschäftsprozesse sowie durch strenge Datenschutz- und Compliance-Richtlinien begrenzt. Das Kommunikationsmanagement im Krisenfall ist geregelt.

C.7 Sonstige Angaben

Außerbilanzielle Haftungsverhältnisse und Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Verordnung über die Finanzierung des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Im Geschäftsjahr wurden 669 TEUR Beiträge geleistet. Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 6.056 TEUR. Falls die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen, werden dem Sicherungsfonds finanzielle Mittel in Höhe von 1 % der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der bereits geleisteten Beiträge zur Verfügung gestellt. Die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag beträgt 54.500 TEUR.

Die TARGO Lebensversicherung AG ist mit 0,4 % an der im November 2009 gegründeten Versorgungsausgleichskasse Pensionskasse VVAG, Stuttgart, beteiligt. Gemäß der Satzung sind von den Gründungsunternehmen Nachschüsse an die Versorgungsausgleichskasse zu leisten, wenn dies zur Erfüllung der Solvabilitätsanforderungen des Vereins erforderlich ist.

Es bestehen Eventualverbindlichkeiten gegenüber der E+S Rückversicherung AG in Höhe von 1.431 TEUR und gegenüber der General Reinsurance AG in Höhe von 1.324 TEUR. In beiden Fällen handelt es sich um aufgelaufene Gewinnbeteiligungen zu dem Quoten-Rückversicherungsvertrag für die Selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherungen (SBV), die zurückzuzahlen sind, soweit künftig ein Verlust für die Rückversicherung entsteht.

Für unsere Gesellschaft bestehen offene Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 28.740 TEUR, die aus einem Investitionsprogrammen mit einem Zeichnungsvolumen ("Commitment") von insgesamt 173.345 TEUR bestehen. Davon entfallen 20.048 TEUR auf offene Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt 85.994 TEUR.

Wesentliche Risikokonzentrationen

Grundsätzlich dominieren bei Versicherungsunternehmen mit langfristigen Verpflichtungen kapitalmarktbezogene Risiken. Zwischen diesen und innerhalb dieser bestehen naturgemäß Abhängigkeiten, die im Modell z. B. über ein Korrelationsrisiko oder Konzentrationsrisiko teilweise explizit abgebildet werden.

Ein wesentliches Einzelrisiko ist jeweils das Kreditrisiko. Hier wird sichtbar, dass sämtliche Anleihen, die vom Unternehmen in der Kapitalanlage gehalten werden, nicht nur unter Marktpreisschwankungen bzgl. Credit-Spreads, sondern auch unter Ausfallrisiko modelliert werden. Dies betrifft auch Staatsanleihen hoher Bonität.

Eine wesentliche Risikokonzentration ergibt sich daraus, dass starke Veränderungen am Kapitalmarkt auf alle Marktteilnehmer wirken. Hier ist in erster Linie das Risiko zu nennen, dass drastische Zinsänderungen sich gleichzeitig im Marktrisiko, Kreditrisiko und/oder Liquiditätsrisiko niederschlagen. Die Gesellschaft überwacht das Risiko durch entsprechende Stresstests.

Zugehörigkeit zum Talanx-Konzern bzw. zur HDI-Gruppe

Die Gesellschaft gehört zum Talanx-Konzern bzw. zur HDI-Gruppe. Da die Talanx AG auch gegenüber anderen Töchtern verpflichtet ist (z.B. über Ergebnisabführungsvertrag, als Nachrangdarlehensgeber oder als Garant bzw. Nachschusspflichtiger ergänzender Eigenmittel), könnte sich insofern ein Risiko aus der Zugehörigkeit zum Talanx-Konzern ergeben, dass die Talanx AG durch die gleichzeitige Inanspruchnahme durch mehrere Töchter überfordert sein könnte.

Die Talanx AG steuert den Konzern über ein konzernweites Gruppenmodell, in dem die Diversifizierung bzw. das gleichzeitige Auftreten von einem Risiko bei mehreren Töchtern in einem mathematischen Verfahren berücksichtigt wird. Das Risikomanagement und das Modell der Talanx AG bzw. der HDI-Gruppe werden wie das Risikomanagement und das Modell der Gesellschaft durch die Aufsichtsbehörde überwacht bzw. genehmigt. Unter anderem um eine Überforderung der Muttergesellschaft (hier: der Talanx AG) zu vermeiden, müssen ergänzende Eigenmittel aufsichtsrechtlich genehmigt werden. In der derzeitigen aufsichtsrechtlichen Genehmigungspraxis sieht die Gesellschaft daher das Risiko aus gleichzeitiger Inanspruchnahme der Muttergesellschaft als nicht wesentlich genug an, dass es explizit modelliert werden müsste.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Gemäß Artikel 309 Absatz 7 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 führt das Unternehmen regelmäßig Szenarioanalysen und Stresstests durch. Zum Stichtag 31.12.2020 wurden hierzu verschiedene Sensitivitäten bzgl. der aus dem Unternehmen wirkenden Finanzmarktrisiken (Marktrisikosensitivitäten) berechnet, deren Auswirkungen auf die Eigenmittel, das SCR und die regulatorische Bedeckungsquote in der folgenden Tabelle dargestellt sind:

| TEUR | Vorhandene Eigenmittel | SCR | Bedeckung |
|----------------------|---------------------------|---------|-----------|
| Basis | 853.288 | 189.435 | 450 % |
| Interest Rates -50bp | 796.082 | 195.963 | 406 % |
| Interest Rates +50bp | 893.021 | 172.327 | 518 % |
| Equity -30 % | 843.801 | 189.435 | 445 % |
| Equity +30 % | 863.028 | 189.435 | 456 % |
| Credit Spread +50bp | 835.044 | 196.097 | 426 % |

Die betrachteten Marktrisikosensitivitäten beinhalten hierbei insbesondere:

- Kreditrisikostress.
- Zinsstress,
- Aktienkursstress.

Die Annahmen zu den einzelnen Stressszenarien sind dabei wie folgt spezifiziert:

• Kreditrisikostress: Ausweitung der Credit-Spreads (oberhalb des risikofreien Zinses) aller Bonitätsklassen einheitlich um 50 bp bei einer unveränderten risikolosen Zinsstrukturkurve. Die in den

Berechnungen angewandte statische und dynamische Volatilitätsanpassung ändert sich entsprechend den unterstellten Spreadänderungen. Weitere Größen, der über den Szenarien modellierten Finanzmarktgröße, sind nicht betroffen.

- Zinsstress: Erhöhung bzw. Absenkung der risikolosen Zinsstrukturkurve um 50 bp sowohl zum Stichtag als auch in der Projektion zur Ermittlung der Kapitalanforderung.
- Aktienkursstress: zum Bewertungsstichtag wurde eine sofortige Änderungen des Aktienkursniveaus um + 30 % bzw. um -30 % unterstellt. Die Kursänderung wirkt sowohl auf die in der eigenen Kapitalanlage gehaltenen Aktien wie auch auf aktienbezogene Fonds von Versicherungsnehmern.

Für die Analyse der dargestellten Sensitivitäten wird ein vereinfachter Bewertungsansatz sowohl bei den Eigenmitteln wie auch im SCR genutzt. Bei den Kapitalanforderungen wurden insbesondere nur die Marktrisiken approximativ neu bewertet, die versicherungstechnischen Risiken wurden als konstant angenommen. Innerhalb der Approximationstechniken für die Berechnung der Kapitalanforderung wurde für die Neubewertung der Marktrisiken das auf die ökonomischen Verhältnisse des Basisfalls kalibrierte replizierende Portfolio verwandt. Bei dem Aktienkursstress wurde aufgrund der geringen Auswirkungen ganz auf eine Neubewertung der Kapitalanforderung verzichtet.

Die Analysen zeigen, dass die Sensitivitäten bzgl. Zins- und Aktienkursen gegenüber den Veränderungen im ökonomischen Umfeld nur relativ gering ausfallen. Sowohl beim Rückgang der Aktienkurse als auch bei einem Rückgang der risikolosen Zinsstrukturkurve sinken die Eigenmittel der Gesellschaft leicht, das SCR erhöht sich aufgrund der gesunkenen Risikotragfähigkeit geringfügig. Die Erhöhung der Spreads führt hingegen zu einem deutlicheren Rückgang der Eigenmittel sowie einem Anstieg des SCR. In der ausgewiesenen Sicht der regulatorischen Bedeckung unter Ansatz des Rückstellungstransitionals ist die Gesellschaft in allen Stressszenarien mehr als komfortabel mit Eigenmitteln bedeckt.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Eine (Handels-)Bilanz stellt die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung dar, die diesbezüglichen Bewertungsregeln sind unter Betonung des Gläubigerschutzes handelsrechtlich vorgegeben. Eine Solvabilitätsübersicht hingegen soll Auskunft geben, inwieweit die Verpflichtungen, die ein Versicherungsunternehmen eingegangen ist, unter gewissen Risikoannahmen durch Vermögenswerte bedeckt sind. Die Risikosicht und die entsprechenden versicherungsaufsichtsrechtlichen Vorgaben erfordern eine Umbewertung der Positionen, um aus einer Handelsbilanz eine Solvabilitätsübersicht zu erhalten. Diese Posten werden im Folgenden in TEUR dargestellt und ihre Umbewertung erläutert.

Sofern sich Änderungen bei den Ansatz- und Bewertungsmethoden zum Vorjahr ergeben haben, werden sie in den folgenden Kapiteln beschrieben.

| Bilanz | | | |
|--|-------|-----------------------|---|
| | | Solvency II - Wert | Bewertung im gesetzlichen Abschluss |
| | | C0010 | C0020 |
| Vermögenswerte | | | |
| Geschäfts- oder Firmenwert | R0010 | | |
| Abgegrenzte Abschlusskosten | R0020 | | |
| Immaterielle Vermögenswerte | R0030 | 0 | 0 |
| Latente Steueransprüche | R0040 | 0 | 0 |
| Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen | R0050 | 0 | 0 |
| Sachanlagen für den Eigenbedarf | R0060 | 3.579 | 1.059 |
| Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge) | R0070 | 5.952.058 | 5.034.333 |
| Immobilien (außer zur Eigennutzung) | R0080 | 34.380 | 26.607 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen | R0090 | 215.501 | 137.133 |
| Aktien | R0100 | 21.326 | 21.235 |
| Aktien - notiert | R0110 | 1.037 | 1.037 |
| Aktien - nicht notiert | R0120 | 20.289 | 20.198 |
| Anleihen | R0130 | 4.774.978 | 4.012.978 |
| Staatsanleihen | R0140 | 1.406.210 | 1.119.168 |
| Unternehmensanleihen | R0150 | 3.321.701 | 2.848.008 |
| Strukturierte Schuldtitel | R0160 | 0 | 0 |
| Besicherte Wertpapiere | R0170 | 47.068 | 45.802 |

| Bilanz | | | |
|---|-------|-----------|-----------|
| Organismen für gemeinsame Anlagen | R0180 | 886.351 | 823.424 |
| Derivate | R0190 | 12.792 | 6.225 |
| Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten | R0200 | 6.730 | 6.730 |
| Sonstige Anlagen | R0210 | 0 | 0 |
| Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge | R0220 | 791.125 | 791.125 |
| Darlehen und Hypotheken | R0230 | 69.982 | 69.971 |
| Policendarlehen | R0240 | 69.594 | 69.594 |
| Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen | R0250 | 387 | 377 |
| Sonstige Darlehen und Hypotheken | R0260 | 0 | 0 |
| Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von: | R0270 | 35.230 | 52.837 |
| Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen | R0280 | 0 | 0 |
| Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen | R0290 | 0 | 0 |
| Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen | R0300 | 0 | 0 |
| Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen | R0310 | 35.230 | 52.837 |
| Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen | R0320 | -5.709 | 0 |
| Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen | R0330 | 40.939 | 52.837 |
| Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden | R0340 | 0 | 0 |
| Depotforderungen | R0350 | 0 | 0 |
| Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern | R0360 | 11.522 | 20.028 |
| Forderungen gegenüber Rückversicherern | R0370 | 0 | -5.830 |
| Forderungen (Handel, nicht Versicherung) | R0380 | 12.881 | 5.253 |
| Eigene Anteile (direkt gehalten) | R0390 | | |
| In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel | R0400 | | |
| Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | R0410 | 20.749 | 20.749 |
| Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte | R0420 | 26.669 | 86.749 |
| Vermögenswerte insgesamt | R0500 | 6.923.794 | 6.076.273 |

| Bilanz | | | |
|---|-------|-----------|-----------|
| Verbindlichkeiten | | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung | R0510 | 0 | 0 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) | R0520 | 0 | 0 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0530 | | |
| Bester Schätzwert | R0540 | 0 | |
| Risikomarge | R0550 | 0 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung) | R0560 | 0 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0570 | | |
| Bester Schätzwert | R0580 | 0 | |
| Risikomarge | R0590 | 0 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen) | R0600 | 4.548.437 | 4.935.181 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung) | R0610 | 410.173 | 0 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0620 | | |
| Bester Schätzwert | R0630 | 393.513 | |
| Risikomarge | R0640 | 16.660 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen) | R0650 | 4.138.265 | 4.935.181 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0660 | | |
| Bester Schätzwert | R0670 | 4.117.297 | |
| Risikomarge | R0680 | 20.968 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - fonds- und indexgebundene Versicherungen | R0690 | 1.147.601 | 791.125 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0700 | | |
| Bester Schätzwert | R0710 | 1.147.601 | |
| Risikomarge | R0720 | 0 | |

| Bilanz | | | |
|--|-------|-----------|-----------|
| Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen | R0730 | | |
| Eventualverbindlichkeiten | R0740 | 0 | 0 |
| Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen | R0750 | 29.076 | 29.310 |
| Rentenzahlungsverpflichtungen | R0760 | 31.552 | 30.854 |
| Depotverbindlichkeiten | R0770 | 52.640 | 52.640 |
| Latente Steuerschulden | R0780 | 160.716 | 0 |
| Derivate | R0790 | 0 | 0 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | R0800 | 8.940 | 6.730 |
| Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | R0810 | 0 | 0 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern | R0820 | 39.596 | 133.392 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern | R0830 | 0 | 1.245 |
| Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) | R0840 | 46.271 | 46.271 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | R0850 | 0 | 0 |
| Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten | R0860 | | |
| In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten | R0870 | 0 | 0 |
| Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten | R0880 | 5.676 | 15.871 |
| Verbindlichkeiten insgesamt | R0900 | 6.070.506 | 6.042.618 |
| Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten | R1000 | 853.288 | 33.655 |

Sofern sich Änderungen bei den Ansatz- und Bewertungsmethoden zum Vorjahr ergeben haben, werden sie in den folgenden Kapiteln beschrieben.

D.1 Vermögenswerte

Allgemeine Hinweise

Generell werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern in einer marktüblichen Transaktion getauscht bzw. übertragen oder beglichen werden könnten. Die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten erfordert einen wirtschaftlichen, marktnahen und risikobasierten Ansatz. Es werden die Risiken, die sich aus bestimmten Bilanzposten ergeben, betrachtet und Marktannahmen berücksichtigt. Aus diesem Grund werden in allen Positionen Risiko, Unsicherheit und Diskontierung in angemessener Weise beachtet.

Aufgrund der Tatsache, dass die Solvency-II-Vorschriften sich auf die International Financial Accounting Standards beziehen, wird die IFRS-Bilanz als Ausgangspunkt für die Neubewertung genutzt. Die Unternehmen, die kein Geschäft mit wesentlichen finanziellen Optionen und Garantien abschließen, verwenden eine vorhandene Bilanz nach IFRS oder nationalen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und bewerten jede Position nach den Solvency-II-Anforderungen neu.

Fair Value

Generell ist der Fair Value zwischen IFRS und Solvency II identisch. Der Fair Value ist der Preis, der bei Verkauf eines Vermögenswertes zu vereinnahmen oder bei Übertragung einer Verbindlichkeit in einer geordneten Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag zu zahlen wäre.

Aktiver Markt

Als Grundlage für die Fair-Value-Bewertung werden auf einem aktiven Markt beobachtbare Marktpreise genutzt. Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig von einer Börse, einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde verfügbar gemacht werden und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen "on an arm's length basis" repräsentieren. Ein aktiver Markt ist ein Markt, auf dem die gehandelten Produkte homogen sind, willige Käufer und Verkäufer in der Regel jederzeit gefunden werden können und die Preise der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Inaktiver Markt

Die folgenden Umstände können zu einem inaktiven Markt führen:

- Es gibt nur wenige Transaktionen.
- Preisangaben basieren nicht auf aktuellen Informationen oder variieren erheblich entweder über die Zeit oder unter den Marktteilnehmern.
- Es gibt eine große Geld-Brief-Spanne oder einen signifikanten Anstieg dieser.
- Indizes, die zuvor stark mit dem Fair Value der Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten korreliert waren, sind nachweislich unkorreliert mit den jüngsten Angaben des Fair Values für diesen Vermögenswert oder diese Verbindlichkeit.

- Es gibt einen signifikanten Anstieg der impliziten Liquiditätsrisikoprämien, der Renditen oder Performance-Indikatoren (wie Ausfallraten und Verlustschweregrade) für beobachtete Transaktionen oder der genannten Preise im Vergleich zur Schätzung der erwarteten Cashflows des berichtenden Unternehmens unter Berücksichtigung aller verfügbaren Marktdaten über die Kredit- und andere Nicht-Leistungs-Risiken für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit.
- Es gibt einen deutlichen Rückgang oder Fehlen eines Marktes für Neuemissionen für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten.
- Wenige Informationen werden öffentlich freigegeben (z. B. ein Prinzipal-zu-Prinzipal-Markt).

Hauptmarkt

Ein Hauptmarkt ist der Markt mit dem größten Volumen und Umfang an Aktivitäten für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit. Es ist nicht unbedingt der Markt mit den günstigsten Preisen. Das Unternehmen muss Zugang zu dem Markt haben. In Ermangelung an Beweisen, die für das Gegenteil sprechen, ist der Markt, auf dem das Unternehmen normalerweise eine Transaktion eingeht, um den Vermögenswert zu verkaufen oder eine Schuld überträgt, der Hauptmarkt.

In der Regel ist der Hauptmarkt der Markt, den das Unternehmen üblicherweise verwendet, es sei denn, es gibt objektive Hinweise (z. B. ein Rückgang der Marktaktivitäten, höhere Zugriffsbeschränkungen etc.), dass ein anderer Markt der Hauptmarkt ist. Eine Neubewertung des Hauptmarktes wird mindestens einmal jährlich durchgeführt.

Wir berücksichtigen alle Informationen, die vernünftigerweise zur Verfügung stehen. Die Bestimmung des Hauptmarktes für Nicht-Standard-OTC-Kontrakte könnte dabei auf der Art der Aufträge (z. B. Zins-Swap) oder auf der Grundlage des Einzelvertrages (z. B. Swap-Vertrag X) basieren. Im Talanx-Konzern hängt die Bestimmung des Hauptmarktes für OTC-Derivate in der Regel von der Art des Vertrags ab.

Innerhalb des Talanx-Konzerns werden Märkte wie folgt bestimmt: Der Hauptmarkt für Aktien, Futures und Standard-Optionen besteht aus den lokalen Börsen. Für Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, ABSMBS und OTC-Derivate (z. B. Zinsswaps, Credit Default Swaps, Devisenfutures) besteht der Hauptmarkt aus den institutionellen Brokern, die über Banken als Handelspartner verfügen. Diese Märkte sind die Hauptmärkte mit den Eigenschaften, dass das Unternehmen Zugang zu dem Markt hat, in der Regel diesen Markt für den Handel verwendet und dass diese Märkte die Märkte mit dem größten Volumen für die jeweilige Anlageklasse sind. Die Messung erfolgt in der Regel auf Informationen, die in Bezug zu diesen Märkten existieren.

Der vorteilhafteste Markt

Sofern kein eindeutiger Hauptmarkt für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten vorliegt, basiert die Fair-Value-Bewertung auf dem vorteilhaftesten Markt. Am vorteilhaftesten Markt maximiert das Unternehmen den Wert für den Verkauf eines Vermögenswertes oder minimiert den Wert für die Übertragung einer Verbindlichkeit. Das Unternehmen muss Zugang zu dem Markt haben.

Innerhalb von mehreren möglichen Märkten ist der vorteilhafteste Markt derjenige, auf dem das Unternehmen das höchste Nettoergebnis vom Umsatz nach Abzug der Transaktionskosten oder der Transportkosten (für Sachanlagen) erhält. Dies hat keine Auswirkungen auf die Fair-Value-Bewertung, die auf dem Kaufpreis ohne Abzug von Transaktionskosten basiert. Dies führt zu der Tatsache, dass der Markt, der die höchste Nettoumsatzrendite bietet, nicht zwingend derjenige Markt ist, welcher den höchsten Fair Value liefert.

Bewertungsmethodik

In der Regel werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten unter der Annahme der Unternehmensfortführung bewertet.

Die verwendeten Bewertungsmethoden stehen in Einklang mit Artikel 75 der Richtlinie 2009/138/EG. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (andere als technische Rückstellungen) werden grundsätzlich in Übereinstimmung mit den IAS/IFRS Standards bewertet. Sofern die IAS/IFRS-Bewertungsmethoden vorübergehend oder auf Dauer nicht mit dem in Artikel 75 der Richtlinie 2009/138/EG dargelegten Bewertungsansatz in Einklang stehen, werden andere mit diesem Artikel in Einklang stehende Bewertungsmethoden angewandt.

Bei der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den marktkonformen Bewertungsmethoden wird die nachfolgende Bewertungshierarchie verwendet:

Grundsätzlich werden Börsenpreise auf aktiven Märkten für die gleichen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten als Standardbewertungsmethode verwendet. Ist die Verwendung von Börsenkursen nicht möglich, werden Börsenpreise von aktiven Märkten für vergleichbare Vermögenswerte und Verbindlichkeiten herangezogen und sofern erforderlich angepasst. Hierbei werden alle beobachtbaren und relevanten Marktinformationen berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten wird keine Anpassung zwecks Berücksichtigung der eigenen Bonität vorgenommen.

Die Vermögenswerte werden, wenn keine öffentlich verfügbaren Preisnotierungen vorliegen bzw. die Märkte, denen sie entstammen, nicht als aktiv eingestuft werden, theoretisch bewertet.

Die Klassifizierung der Marktbewertung gemäß des Explanatory Textes der Guideline 7 der EIOPA-Leitlinien zum SFCR BoS. 15/109, Punkt 2.22. wird wie folgt umgesetzt:

- a) "Notierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte": Vermögenswerte, die mittels direkt auf aktiven Märkten notierten (nicht angepassten) Preisen bewertet werden.
- b) "Notierte Preise auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte": Vermögenswerte, die mittels für ähnliche Vermögenswerte direkt auf aktiven Märkten notierten (nicht angepassten) Preisen bewertet werden. Diese Methode findet keine Anwendung bei der Gesellschaft.
- c) "Andere Informationen als notierte Preise auf aktiven Märkten für identische oder ähnliche Vermögenswerte, die direkt (d. h. als Preise) oder indirekt (d. h. abgeleitet von Preisen) für den Vermögenswert zu beobachten sind": Vermögenswerte, die mittels beobachtbarer Marktdaten bewertet werden und nicht Stufe a) zuzuordnen sind. Die Bewertung beruht dabei insbesondere auf Preisen für gleichartige Vermögenswerte, die auf aktiven Märkten gehandelt werden, auf Preisen an Märkten, die nicht als aktiv einzuschätzen sind, sowie auf von solchen Preisen oder Marktdaten abgeleiteten Parametern.
- d) "Input-Parameter, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren": Vermögenswerte, die nicht oder nur teilweise mittels am Markt beobachtbarer Parameter bewertet werden können. Bei diesen Instrumenten werden im Wesentlichen Bewertungsmodell und -methoden zur Bewertung herangezogen.

Ein Inputfaktor wird grundsätzlich als signifikant betrachtet, sofern der Faktor die Bewertung des Finanzinstruments um mehr als 10 % des Gesamtwerts beeinflusst.

Im Berichtsjahr wurden im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen an den Bewertungsmethoden und -verfahren vorgenommen.

D.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|----------------------------|------------------|----------|
| Geschäfts- oder Firmenwert | | 0 |

Dieser Posten ist aus systematischen Gründen zur Überleitung nach IFRS aufgelistet.

D.1.2 Abgegrenzte Abschlusskosten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|-----------------------------|------------------|----------|
| Abgegrenzte Abschlusskosten | | 0 |

Dieser Posten ist aus systematischen Gründen zur Überleitung nach IFRS aufgelistet. (Abgegrenzte Abschlusskosten (d. h. auf Jahresscheiben verteilte Abschlusskosten) dürfen in HGB nicht aktiviert werden.

D.1.3 Immaterielle Vermögenswerte

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|-----------------------------|------------------|----------|
| Immaterielle Vermögenswerte | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.1.4 Latente Steueransprüche

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|-------------------------|------------------|----------|
| Latente Steueransprüche | 0 | 0 |

Latente Steuern werden für die Bewertungsunterschiede zwischen der Steuerbilanz und der Solvency-II-Bilanz ausgewiesen.

Bewertung HGB

Es besteht gewerbesteuerliche Organschaft zur HDI Deutschland Bancassurance Kundenmanagement GmbH & Co. KG, Köln (HDBKM). Etwaige Steuerlatenzen sind deshalb auf Ebene der HDBKM als Organträgerin zu erfassen.

Bewertung Solvency II

Aktive latente Steuern werden saldiert mit höheren passiven latenten Steuern ausgewiesen. Die Bewertung wird unter D.3.5 "Latente Steuerschulden" erläutert.

Bewertungsunterschied

Siehe vorherige Erläuterungen.

D.1.5 Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.1.6 Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---------------------------------|------------------|----------|
| Sachanlagen für den Eigenbedarf | 3.579 | 1.059 |

Diese Position beinhaltet Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bürogeräte, Einrichtungen, Möbel, Kraftfahrzeuge usw.) und eigengenutzte Immobilien.

Bewertung HGB

Zur Bewertung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechte und Bauten siehe Kapitel Immobilien (außer zur Eigennutzung).

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird, soweit es sich um langlebige Wirtschaftsgüter handelt, mit den Anschaffungswerten abzüglich der Abschreibungen in Höhe der steuerlich zulässigen Sätze bilanziert.

Die anderen Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen und Wertminderungen bilanziert.

Bewertung Solvency II

Im Gegensatz zu IFRS/HGB gehen Immobilien, die für den eigenen Gebrauch bestimmt sind, mit ihren Marktwerten in die Solvenzbilanz ein. Zur Bewertung von Immobilien siehe Kapitel Immobilien (außer zur Eigennutzung).

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Die Differenz ergibt sich aus den stillen Reserven auf Immobilien im Direktbestand in Eigennutzung.

D.1.7 Immobilien (außer zur Eigennutzung)

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Immobilien (außer zur Eigennutzung) | 34.380 | 26.607 |

In dieser Position werden Immobilien, die zur Veräußerung gehalten oder Dritten überlassen werden, und Investmentfonds berücksichtigt.

Bewertung HGB

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bilanziert (§ 341b Abs. 1 i.V.m. § 255 und § 253 Abs. 3 HGB). Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen nur bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung (§ 253 Abs. 3 Satz 5 HGB).

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Nach Solvency II sind Immobilien zunächst danach zu unterscheiden, ob diese zur Fremd- oder Eigennutzung bestimmt sind. Immobilien, die teilweise selbstgenutzt und teilweise vermietet sind, werden in der Solvabilitätsübersicht entsprechend ihrer Nutzung auf die Kategorien Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf bzw. Immobilien (außer zur Eigennutzung) aufgeteilt. Im Gegensatz zu IFRS/HGB gehen Immobilien, die nicht für den eigenen Gebrauch bestimmt sind, mit ihren Marktwerten in die Solvabilitätsübersicht ein.

Der Marktwert definiert sich wie folgt: Der Verkehrswert (Marktwert) wird durch den Preis bestimmt, der in dem Zeitpunkt, auf den sich die Ermittlung bezieht, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach den rechtlichen Gegebenheiten und tatsächlichen Eigenschaften, der sonstigen Beschaffenheit und der Lage des Grundstücks oder des sonstigen Gegenstands der Wertermittlung ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse zu erzielen wäre.

Bewertung Solvency II: Methoden

Die objektive Bewertung von Immobilien, also von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Rechten an Grundstücken wird nach einheitlichen und marktgerechten Grundsätzen und Verfahren sichergestellt. Hierzu wird bei der Ermittlung der Verkehrswerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken das Ertragswertverfahren angewendet. Das Ertragswertverfahren wird vor allem bei bebauten Grundstücken angewendet, deren Eigentum zum Ziel hat, nachhaltig – also über die Restnutzungsdauer hinaus – einen Ertrag zu erwirtschaften. Beim Ertragswertverfahren handelt es sich um ein mittelbares Vergleichswertverfahren aufgrund der Verwendung des aus Vergleichskaufpreisen abgeleiteten Liegenschaftszinssatzes.

Der Verkehrswert ist einmal jährlich zum Bilanzstichtag festzustellen und bei außergewöhnlichen Veränderungen zum Zeitpunkt der Zustandsänderung. Es sind die allgemeinen Wertverhältnisse am Grundstücksmarkt im Zeitpunkt der Wertermittlung zugrunde zu legen. Dies gilt auch für den Zustand des Grundstücks selbst. In einigen Ausnahmen kann von einem Grundstückszustand zu einem anderen Zeitpunkt ausgegangen werden. Alle fünf Jahre wird zum Bilanzstichtag ein qualifiziertes externes Wertgutachten pro Objekt eingeholt, welches dann den maßgeblichen Marktwert liefert. Zu den anderen Bilanzstichtagen werden interne Gutachten je Objekt, ebenfalls basierend auf dem Ertragswertverfahren, zur Wertüberprüfung erstellt.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Grundsätzlich werden für unterjährige Berichtszeitpunkte jeweils die Marktwerte des letzten Jahresabschlusses angesetzt. Bei signifikanten, wertrelevanten Veränderungen wird zum Zeitpunkt der Zustandsänderung eine zusätzliche, unterjährige Marktwertermittlung durchgeführt, die dann ab dem Bewertungszeitpunkt für das unterjährige Berichtswesen herangezogen wird. Beispiele für signifikante, wertrelevante Veränderungen sind beispielsweise die Leerstandsentwicklung oder Mieterinsolvenz.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven, welche sich durch den Marktwertansatz nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergeben.

D.1.8 Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich | 215.501 | 137.133 |
| Beteiligungen | | |

Diese Position enthält Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Bewertung HGB

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gem. § 341b Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB, wonach Abschreibungen vorgenommen werden, wenn die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem langfristig beizulegenden Wert am Bilanzstichtag liegen.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Diese Position enthält Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Darunter können sowohl strategische als auch nichtstrategische Bestände fallen.

Bewertung Solvency II: Methoden

In Solvency II wird die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Hilfe von marktüblichen und geeigneten Verfahren und Methoden vorgenommen. Für Anteile/Beteiligungen im Inneren des HDI V.a.G. bzw. Talanx-Konsolidierungskreises wird die bereinigte Eigenkapitalmethode angewendet. Der Buchwert wird durch das gemeinsame Aktionärs-Nettovermögen (SNA) zum Bewertungsstichtag ersetzt.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Keine.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses erklärt sich aus den unterschiedlichen Bewertungsverfahren, vor allem den stillen Reserven.

D.1.9 Aktien

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|------------------------|------------------|----------|
| Aktien | 21.326 | 21.235 |
| Aktien - notiert | 1.037 | 1.037 |
| Aktien - nicht notiert | 20.289 | 20.198 |

Aktien und Anteile an Kommanditgesellschaften (nicht konsolidiert) werden unter dieser Position geführt. Beteiligungen sind ausgeschlossen. Aktien stellen das Konzernkapital, z. B. eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die (nicht) an einer öffentlichen Börse gelistet wird, dar.

Bewertung HGB

Nach HGB werden die Aktien mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Marktwert bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dem dauernden Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Absatz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine Einschätzung bezüglich der Dauerhaftigkeit von Wertminderungen wird je Einzelfall vorgenommen.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Notierte Aktien werden auf Basis der aktuellen, öffentlich verfügbaren Börsenkurse bewertet. Für nicht notierte Aktien werden alternative Bewertungsmethoden verwendet. Hier werden insbesondere spezielle Investment-Vehikel für Alternative Investments (z. B. Private Equity Investments) ausgewiesen, die aufgrund von geschäftspolitischen Anforderungen als Beteiligungs-Struktur eingerichtet wurden und somit als nicht notierte Eigenkapitalinvestments angesehen werden.

Bewertung Solvency II: Methoden

Ob ein Markt aktiv oder inaktiv ist, ist immer auch eine Ermessensentscheidung. Für börsengehandelte Wertpapiere kann eine Überprüfung in der Regel ohne größere Probleme durchgeführt werden.

Die Bewertung notierter Aktien erfolgt grundsätzlich positionsweise. Als Standard wird die Kursnotierung der jeweiligen Heimatbörse verwendet. Falls sachdienlich (z. B. aufgrund eines liquideren Handels) kann die Notierung an einer anderen Börse herangezogen werden.

Unabhängig vom Handelsplatz wird eine Hierarchie von Kursarten angewendet. Oberste Priorität hat die Kursart "Bid" (Briefkurs, d. h. der Kurs, zu dem das Papier veräußert werden kann). Falls dieser nicht verfügbar ist, werden die Kursarten "Gehandelt" (d. h. der letzte gehandelte Kurs des Tages) und "Close" (d.. h. der von der Börse offiziell festgelegte Schlusskurs für den Titel; Veröffentlichung erst am Folgetag) an zweiter und dritter Stelle verwendet.

Die genannten Alternative-Investment-Vehikel werden mit der Nettovermögenswert-Methode bewertet. Der Nettovermögenswert errechnet sich aus der Summe aller Vermögensgegenstände (in diesem Fall hauptsächlich die Zielinvestments sowie Bankguthaben und -einlagen) abzüglich eventueller Verpflichtungen. Die Zielinvestments (in diesem Fall die eigentlichen "Alternativen Investments" wie z. B. "Private Equity" Investments) haben in der Regel die Rechtsform einer Einpersonengesellschaft. Für sie existieren testierte Jahres- oder Quartalsabschlüsse. Die Zielinvestments sind dementsprechend Eigenkapital-Beteiligungen (üblicherweise wird nur ein Anteil an einem Zielinvestment gehalten), die mit dem Wert aus den testierten Abschlüssen in die Bewertung des gesamten Alternative-Investment-Vehikels eingehen.

Alle verwendeten Methoden und Festlegungen werden mindestens jährlich auf Aktualität bzw. Angemessenheit geprüft und bei Bedarf angepasst.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Keine

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven/Lasten, welche sich durch den Marktwertansatz (bei Zinsträgern inkl. Stückzinsen) nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergeben.

D.1.10 Anleihen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|----------------------|------------------|-----------|
| Staatsanleihen | 1.406.210 | 1.119.168 |
| Unternehmensanleihen | 3.321.701 | 2.848.008 |

In dieser Position sind Kapitalanlagen wie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen und Ausleihungen an verbundene Unternehmen enthalten.

Bewertung HGB

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen und Ausleihungen an verbundenen Unternehmen werden gem. § 341c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt und der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag

unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert. Abschreibungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip vorgenommen, falls am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem beizulegenden Wert liegen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten oder den darunterliegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Für voraussichtlich vorübergehende Wertminderungen besteht ein Abschreibungswahlrecht.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Staats- und Unternehmensanleihen werden entweder auf Basis von notierten Preisen, die auf aktiven Märkten zustande gekommen sind, bewertet, oder, wenn keine öffentlich verfügbaren Preisnotierungen vorliegen bzw. die Märkte, denen sie entstammen, nicht als aktiv eingestuft werden, theoretisch bewertet.

Bewertung Solvency II: Methoden

Ob ein Markt aktiv oder inaktiv ist, ist immer auch eine Ermessensentscheidung. Beim Anleihenmarkt, der überwiegend ein Brokerhandel ist, ist aufgrund nicht umfassend veröffentlichter Transaktionsdaten, die Nachweiserbringung nicht immer ohne weiteres möglich.

Marktnotierungen stammen von ausgewählten Preisserviceagenturen, Handelsinformationssystemen oder von als zuverlässig betrachteten Intermediären (Brokern). Die zur Verfügung stehenden potentiellen Kursquellen werden anhand einer Hierarchie in eine Rangfolge gebracht. I. d. R. haben die Notierungen der Preisserviceagenturen die höchste Priorität, die der Intermediäre die niedrigste. Ausnahmen können z. B. für ausgewählte Marktsegment-/Währungskombinationen bestehen.

Liegen keine öffentlich verfügbaren Preisnotierungen vor oder werden die Märkte, denen sie entstammen, nicht als aktiv eingestuft, werden die Anleihen unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten auf Basis von aus beobachtbaren Marktdaten abgeleiteten Parametern (Zins- und Spread-Kurven) unter Anwendung geeigneter Bewertungsmodelle und -verfahren theoretisch bewertet. Für Anleihen ohne besondere Strukturmerkmale ist die verwendete Bewertungsmethode die Barwertmethode, bei der die künftigen Zahlungen des betreffenden Instrumentes auf den aktuellen Zeitpunkt diskontiert werden. Die zur Diskontierung verwendeten Zinssätze bestehen aus einer laufzeitabhängigen Basiskomponente (abgeleitet aus dem risikofreien Zinssatz) und einem emittenten-/emissionsspezifischen Risikoaufschlag zur Berücksichtigung von Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken.

Alle verwendeten Methoden und Festlegungen werden mindestens jährlich auf Aktualität bzw. Angemessenheit geprüft und bei Bedarf angepasst.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Bei der theoretischen Bewertung anhand abgeleiteter Marktparameter für Anleihen ohne öffentlich verfügbare Preisnotierungen liegt die Annahme zu Grunde, dass sich Preisunterschiede für hinsichtlich Risiko, Laufzeit und Bonität vergleichbare (in transparenten Märkten) notierte Titel im Wesentlichen aus emissionsspezifischen Merkmalen und geringerer Liquidität ergeben.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven/Lasten, welche sich durch den Marktwertansatz (bei Zinsträgern inkl. Stückzinsen) nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergeben.

D.1.11 Strukturierte Schuldtitel

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---------------------------|------------------|----------|
| Strukturierte Schuldtitel | 0 | 0 |

Diese Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.1.12 Besicherte Wertpapiere

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|------------------------|------------------|----------|
| Besicherte Wertpapiere | 47.068 | 45.802 |

Diese Position enthält verschiedene Arten besicherter Wertpapiere. Dazu gehören Asset Backed Securities (ABS), Mortgage Backed Securities (MBS), Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Collateralised Debt Obligations (CDO), Collateralised Loan Obligations (CLO) und Collateralised Mortgage Obligations (CMO). Nicht dazu gehören Pfandbriefe und andere gesetzlich besicherte Schuldverschreibungen, die besonderen gesetzlichen Regelungen unterliegen. Diese sind unter den Anleihen enthalten.

Bewertung HGB

Besicherte Wertpapiere werden den Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren zugeordnet. Sie werden zu Anschaffungskosten oder den darunterliegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Für voraussichtlich vorübergehende Wertminderungen besteht ein Abschreibungswahlrecht.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Für Besicherte Wertpapiere sind i.d.R keine öffentlichen Notierungen verfügbar. Die Bewertung erfolgt theoretisch durch eigene Bewertungsmodelle oder extern durch spezielle Serviceanbieter.

Bewertung Solvency II: Methoden

Der Marktwert wird durch eigene Bewertungen oder durch externe Anbieter über einen Mark-to-Model Ansatz theoretisch ermittelt. Dies erfolgt unter Einsatz von speziellen Datenbanken, die eine Bewertung des zugrundeliegenden Wertpapier- bzw. Forderungsbestands erlaubt.

Die Besicherung wird bei der Bewertung als risikomindernder Faktor berechnet, dennoch wird ein Spread-, Migrations- und Ausfallrisiko angerechnet.

Alle verwendeten Methoden und Festlegungen werden mindestens jährlich auf Aktualität bzw. Angemessenheit geprüft und bei Bedarf angepasst.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Für besicherte Wertpapiere werden Annahmen über Vorauszahlungsgeschwindigkeit und Verwertungsraten getroffen.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven/Lasten, welcher sich durch den Marktwertansatz (bei Zinsträgern inkl. Stückzinsen) nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergibt.

D.1.13 Organismen für gemeinsame Anlagen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--------------------------------------|------------------|----------|
| Organismen für gemeinsame Anlagen | 886.351 | 823.424 |

Dieser Posten enthält Immobilien-, Misch-, Renten- und Aktienfonds.

Bewertung HGB

Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und andere Kapitalanlagen werden zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB). Eine Einschätzung bezüglich der Dauerhaftigkeit von Wertminderungen wird je Einzelfall vorgenommen. Dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam abgeschrieben. Für voraussichtlich vorübergehende Wertminderungen besteht ein Abschreibungswahlrecht.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Investmentfonds werden mit dem offiziellen Rücknahmepreis bewertet.

Bewertung Solvency II: Methoden

Der Rücknahmepreis wird von der Fondsgesellschaft (KVG) regelmäßig nach vorgegebenen Regularien berechnet und publiziert. In der Regel sind sie auch über Preisserviceagenturen automatisiert verfügbar. Alternativ kommt die Nettovermögenswert-Methode zur Anwendung. Der Nettovermögenswert errechnet sich aus der Summe aller Vermögensgegenstände (in diesem Fall hauptsächlich die Investments sowie Bankguthaben und -einlagen) abzüglich eventueller Verpflichtungen.

Alle verwendeten Methoden und Festlegungen werden mindestens jährlich auf Aktualität bzw. Angemessenheit geprüft und bei Bedarf angepasst.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

keine

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven/Lasten, welche sich durch den Marktwertansatz (bei Zinsträgern inkl. Stückzinsen) nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergeben.

D.1.14 Derivate

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|----------|------------------|----------|
| Derivate | 12.792 | 6.225 |

Derivate sind Verträge, deren wirtschaftlicher Wert von einer Referenzgröße abgeleitet ist. Es werden hier u. a. Optionen, Futures (Termingeschäfte), Credit Default Swaps, Devisentermingeschäfte und Zinsswaps ausgewiesen.

Bewertung HGB

Derivate werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet. Diese sind im handelsrechtlichen Jahresabschluss jedoch im Wert des Fonds enthalten.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Finanz-Derivate (z. B. Optionen oder Futures) werden auf Basis von Börsenkursen, die auf aktiven Märkten zustande gekommen sind, bewertet. Liegen keine Börsenkurse vor, so werden die Positionen theoretisch bewertet.

Bewertung Solvency II: Methoden

Als Standard wird die Kursnotierung der jeweiligen Heimatbörse verwendet. Falls sachdienlich (z. B. aufgrund eines liquideren Handels) kann die Notierung an einer anderen Börse herangezogen werden.

Liegen keine Börsenkurse vor, werden die Derivate auf Basis von aus beobachtbaren Marktdaten abgeleiteten Parametern (Zins- und Spreadkurven, Volatilitäten, Spot- und Forward-Rates sonstige Parameter) unter Anwendung geeigneter Bewertungsmodelle und -verfahren theoretisch bewertet. Beispiele für die angewendeten Bewertungsverfahren sind:

Aktienoptionen werden durch das Black-Scholes-Modell bewertet, das auf Basis eines stochastischen Prozesses die zukünftige Wahrscheinlichkeitsverteilung der Kurse unter Kalibrierung an aktuelle Marktdaten (u. a. Volatilitäten) bestimmt und dann den Wert der Option algorithmisch berechnet.

Mit einer Variante des Black-Scholes-Modells, der sog. Black-76-Formel, werden Optionen auf Zinssätze bewertet (Swaptions).

Credit Default Swaps werden auf Basis des ISDA-Modells bewertet, das die zukünftige Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis aktueller Marktdaten (u. a. Spreadkurven) bestimmt und durch Diskontierung abgeleiteter Auszahlungsprofile den aktuellen Wert bestimmt.

Weitere Derivate ohne optionalen Charakter, zum Beispiel Devisentermingeschäfte, Vorkäufe und Swaps, können mit der Barwertmethode durch diskontieren zukünftiger Cashflows bewertet werden.

Alle verwendeten Methoden und Festlegungen werden mindestens jährlich auf Aktualität bzw. Angemessenheit geprüft und bei Bedarf angepasst.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Das Black-Scholes-Modell bzw. das Black-76-Modell beruht auf der Annahme, das Aktienkurse bzw. Zinssätze bestimmten stochastischen Prozessen und Verteilungen folgen.

Die ISDA-Methode beinhaltet ebenfalls bestimmte stochastische Annahmen, dazu auch Annahmen über die Verwertungsrate der Anleihen.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven/Lasten, welche sich durch den Marktwertansatz (bei Zinsträgern inkl. Stückzinsen) nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergeben.

D.1.15 Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten | 6.730 | 6.730 |

Diese Position enthält Termingelder und erhaltene Barsicherheiten.

Bewertung HGB

Einlagen werden mit dem Nominalwert bewertet.

Bewertung Solvency II

Einlagen werden mit dem Rückzahlungskurs bewertet.

Bewertungsunterschied

Es gibt keinen Bewertungsunterschied.

D.1.16 Sonstige Anlagen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|------------------|------------------|----------|
| Sonstige Anlagen | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.1.17 Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge | 791.125 | 791.125 |

Diese Position betrachtet Vermögenswerte für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen. Die Versicherungsleistungen hängen im Wesentlichen von der Wertentwicklung der zugrunde liegenden Investmentfonds ab. Das Vermögen dieser Fonds wird separat von den übrigen Kapitalanlagen gehalten und investiert.

Bewertung HGB

Im HGB-Abschluss werden sowohl die Vermögenswerte als auch die entsprechenden Verbindlichkeiten zum Zeitwert bilanziert.

Bewertung Solvency II

Die Solvency-II-Bewertung erfolgt analog HGB.

Bewertungsunterschied

Es gibt keinen Bewertungsunterschied.

D.1.18 Darlehen und Hypotheken (außer Policendarlehen)

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen | 387 | 377 |
| Sonstige Darlehen und Hypotheken | 0 | 0 |

In dieser Position sind Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen ausgewiesen.

Bewertung HGB

Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen sowie übrige Ausleihungen werden gem. § 341c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt und der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert. Abschreibungen werden gem. § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB vorgenommen, falls am Bilanzstichtag die fortgeführten Anschaffungskosten über dem Marktwert und dem beizulegenden Wert liegen.

Bewertung Solvency II: Grundlagen

Darlehen und Hypotheken werden grundsätzlich theoretisch bewertet.

Bewertung Solvency II: Methoden

Ausleihungen werden unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten auf Basis von aus beobachtbaren Marktdaten abgeleiteten Parametern (Zins- und Spreadkurven) unter Anwendung geeigneter Bewertungsmodelle und -verfahren theoretisch bewertet. Für Ausleihungen ohne besondere Strukturmerkmale ist die verwendete Bewertungsmethode die Barwertmethode, bei der die künftigen Zahlungen des betreffenden Instrumentes auf den aktuellen Zeitpunkt diskontiert werden. Die zur Diskontierung verwendeten Zinssätze bestehen aus einer laufzeitabhängigen Basiskomponente (abgeleitet aus dem risikofreien Zinssatz) und einem emittenten-/emissionsspezifischen Risikoaufschlag zur Berücksichtigung von Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken.

Die Bewertung von Hypotheken erfolgt durch die Barwertmethode ohne die Berücksichtigung von individuellen Kreditrisikoaufschlägen.

Alle verwendeten Methoden und Festlegungen werden mindestens jährlich auf Aktualität bzw. Angemessenheit geprüft und bei Bedarf angepasst.

Bewertung Solvency II: Hauptannahmen

Bei der Hypothekenbewertung werden Optionalitäten, wie zum Beispiel Sonderkündigungsrechte, pauschal berücksichtigt.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den stillen Reserven/Lasten, welche sich durch den Marktwertansatz (bei Zinsträgern inkl. Stückzinsen) nach Solvency II gegenüber der handelsrechtlichen Rechnungslegung nach HGB ergeben.

D.1.19 Policendarlehen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|-----------------|------------------|----------|
| Policendarlehen | 69.594 | 69.594 |

Diese Position enthält Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine (Policendarlehen) an Versicherungsnehmer.

Bewertung HGB

Die Bewertung erfolgt zum ursprünglichen Nennbetrag abzüglich zwischenzeitlicher Tilgungen.

Bewertung Solvency II

Die Solvency-II-Bewertung erfolgt analog HGB. Der Zeitwert entspricht dem Nennwert.

Bewertungsunterschied

Insofern gibt es keine Bewertungsunterschiede.

D.1.20 Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von: | 35.230 | 52.837 |
| Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherung | 0 | 0 |
| Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen | 0 | 0 |
| Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen | 0 | 0 |
| Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen | 35.230 | 52.837 |
| Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen | -5.709 | 0 |
| Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen | 40.939 | 52.837 |
| Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden | 0 | 0 |

Rückversicherungsforderungen werden an dieser Stelle als versicherungstechnische Rückstellungen definiert. Diese Positionen einschließlich der Zuordnung zu den Geschäftsbereichen werden im Kapitel D.2 beschrieben.

D.1.21 Depotforderungen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|------------------|------------------|----------|
| Depotforderungen | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.1.22 Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern | 11.522 | 20.028 |

Diese Position beinhaltet folgende Sachverhalte:

- Forderungen an Versicherungsnehmer
- Forderungen an Versicherungsvermittler
- Forderungen aus dem Beteiligungsgeschäft
- Forderung aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft
- sowie jeweils die entsprechenden Wertberichtigungspositionen.

Bewertung HGB

Forderungen werden in der Regel mit den Nominalwerten, ggf. vermindert um Pauschalwert- und Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Wenn eine zweifelhafte Bonität des Schuldners angezeigt wird, wird die Forderung auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB. Der Zeitwert entspricht dem Nennwert.

Bewertungsunterschied

Gemäß BaFin-Auslegungsentscheidung "Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften und Umgang mit Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie Depotforderungen und -verbindlichkeiten unter Solvency II" vom 01.01.2019 werden hier nur noch die überfälligen Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern ausgewiesen. Die nicht überfälligen Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittler werden bei der Berechnung des Best Estimate berücksichtigt (vgl. Kap. D.2).

D.1.23 Forderungen gegenüber Rückversicherern

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Forderungen gegenüber Rückversicherern | 0 | -5.830 |

Diese Position beinhaltet Forderungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft.

Bewertung HGB

Forderungen gegenüber Rückversicherern werden mit den Nominalwerten, ggf. vermindert um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Wenn eine zweifelhafte Bonität des Schuldners angezeigt wird, wird die Forderung auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Gemäß BaFin-Auslegungsentscheidung "Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften und Umgang mit Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie Depotforderungen und -verbindlichkeiten unter Solvency II" vom 01.01.2019 werden hier nur noch die überfälligen Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern ausgewiesen. Die nicht überfälligen Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittler werden bei der Berechnung der Reinsurance Recoverables berücksichtigt (vgl. Kap. D.2).

D.1.24 Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Forderungen (Handel, nicht Versicherung) | 12.881 | 5.253 |

Hierunter werden folgende Forderungen erfasst:

- Steuerforderungen
- Dividendenforderungen
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Forderungen an verbundene Unternehmen
- Forderungen aus dem Non-Lead-Business/Gemeinschaftsgeschäft/Mitversicherung

- Sonstige Forderungen

Bewertung HGB

Die Bewertung erfolgt mit den Nominalbeträgen.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB. Der Marktwert entspricht regelmäßig dem Restbuchwert.

Eine Ausnahme stellen die Forderungen aus folgendem Sachverhalt dar, die unter Solvency II als sonstige Forderungen bilanziert werden:

Das BMF hat mit Schreiben vom 17.7.2017 etwa eine restriktive Auffassung zur steuerlichen Behandlung verschiedener Wertpapiertransaktionen verlautbart, die zuvor nicht nur üblich waren, sondern allgemein als steuerrechtlich unproblematisch eingestuft wurden und dementsprechend auch von der Gesellschaft als Teil der normalen Kapitalanlage getätigt wurden. Extern eingeholte Gutachten kommen allerdings zum Ergebnis, dass daraus resultierenden Steuerforderungen mit hoher Wahrscheinlichkeit die rechtliche Grundlage fehlt und hilfsweise Rückgriffsansprüche gegen Vertragspartner hohe Erfolgsaussicht hätten. Zur Begrenzung eines Zinsrisikos bis zur endgültigen Entscheidung wurde höchst vorsorglich und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht eine Zahlung an das Finanzamt geleistet.

Bewertungsunterschied

Der einzige Bewertungsunterschied ergibt sich aus der im Jahr 2020 höchst vorsorglich und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht an das Finanzamt geleisteten Zahlung für Steuernachforderungen. Unter Solvency II werden die erwarteten Rückerstattungen daraus als sonstige Forderung bilanziert, unter HGB nicht.

D.1.25 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | 20.749 | 20.749 |

Unter diesem Posten werden die laufenden Bankguthaben der Gesellschaft ausgewiesen.

Bewertung HGB

Nach HGB werden Bankguthaben mit dem Nennwert bewertet.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Es gibt keinen Bewertungsunterschied.

D.1.26 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte | 26.669 | 86.749 |

Diese Position umfasst alle Vermögenswerte, die nicht in anderen Bilanzpositionen enthalten sind.

Das sind insbesondere:

- Geleistete Anzahlungen
- Zinsabgrenzungen aus Kapitalanlagen (nur unter HGB)
- Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten
- Vorauszahlungen auf Versicherungsleistungen
- Rückkaufswert der Rückdeckungsversicherung (nur zu verwenden, wenn sie über Entgeltumwandlung finanziert werden).

Bewertung HGB

Die Posten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Ergänzend werden unter Solvency II Differenzbeträge, die aus methodisch bedingten Abweichungen der Modellmarktwerte von den IFRS-Marktwerten resultieren, in den sonstigen Verbindlichkeiten gebucht.

Bewertungsunterschied

Der Unterschiedsbetrag resultiert aus einem abweichenden Ausweis der Zinsabgrenzungen, die in der Solvabilitätsübersicht dem entsprechenden Kapitalanlagebestand zugeordnet sind.

Weiter werden methodisch bedingte Abweichungen der Modellmarktwerte von den IFRS-Marktwerten an dieser Stelle unter Solvency II ausgewiesen.

Ein Bewertungsunterschied im eigentlichen Sinne existiert nicht.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

| Versicherungstechnische Rückstellungen in TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|-----------|
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | | |
| Bester Schätzwert | | |
| Risikomarge | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung) | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | | |
| Bester Schätzwert | | |
| Risikomarge | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundene Versicherungen) | 4.548.437 | 4.935.181 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung) | 410.173 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | | 0 |
| Bester Schätzwert | 393.513 | |
| Risikomarge | 16.660 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene Versicherungen) | 4.138.265 | 4.935.181 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | | 4.935.181 |
| Bester Schätzwert | 4.117.297 | |
| Risikomarge | 20.968 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - fonds- und indexgebundene Versicherungen | 1.147.601 | 791.125 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | | 791.125 |
| Bester Schätzwert | 1.147.601 | |
| Risikomarge | 0 | |

Zwecks Vergleichbarkeit mit den Werten nach Solvency II sind die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB inklusive verzinslich angesammelter Überschussanteile und abzüglich noch nicht fälliger Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern zu verstehen.

D.2.1 Versicherungstechnische Rückstellungen – Nicht-Leben

Die Gesellschaft betreibt kein Nicht-Leben-Geschäft.

D.2.2 Versicherungstechnische Rückstellungen – Leben

D.2.2.1 Grundsätzlicher Bewertungsansatz unter Solvency II

In Übereinstimmung mit § 74 Absatz 3 VAG folgt die Bewertung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft dem Grundsatz, jenen Betrag zu ermitteln, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Dabei entspricht der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem zum Bewertungsstichtag aktuellen Betrag, den das Unternehmen zahlen müsste, wenn es seine Versicherungsverpflichtungen unmittelbar auf ein anderes Unternehmen übertragen würde.

Dieser Ansatz beinhaltet insbesondere

- einen marktkonsistenten Ansatz in der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft, d. h. deren Berechnung erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen (vgl. Diskontierung) sowie allgemein verfügbarer Daten über versicherungstechnische Risiken (vgl. Annahmen) und ist mit diesen konsistent;
- die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise.

Gemäß § 352 VAG können Versicherungsunternehmen vorübergehend einen genehmigungspflichtigen Abzug bei den versicherungstechnischen Rückstellungen geltend machen. Ein entsprechender Antrag auf Genehmigung der Verwendung dieser sogenannten Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen ("Rückstellungstransitional") wurde von der Gesellschaft schriftlich bei der BaFin eingereicht und von der Aufsicht bewilligt. In diesem Zusammenhang beziehen sich die im Rahmen dieses Kapitels zur Versicherungstechnik Leben erläuterten Sachverhalte, sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, auf die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II vor Anrechnung dieser Übergangsmaßnahme. Auf Details zur Berechnung und Anwendung des Abzugs bei den versicherungstechnischen Rückstellungen sowie zu den Auswirkungen der Anwendung der Übergangsmaßnahme auf die Solvabilitätsübersicht und die Bedeckungssituation des Unternehmens wird im Abschnitt "Übergangsmaßnahmen" sowie im Anhang eingegangen.

D.2.2.2 Versicherungstechnische Rückstellungen (Technical Provisions)

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II ergibt sich als Summe aus einem besten Schätzwert ("Best Estimate") und einer getrennt hiervon berechneten Risikomarge.

D.2.2.3 Best Estimate

Die Best-Estimate-Rückstellung stellt den Marktwert der zukünftigen versicherungstechnischen Verpflichtungen dar. Ihre Berechnung erfolgt auf der Grundlage aktueller und glaubhafter Informationen sowie realistischer Annahmen (vgl. Abschnitt "Annahmen") und stützt sich auf geeignete, passende und angemessene versicherungsmathematische Methoden.

Für die Berechnung der Best-Estimate-Rückstellung wird das stochastische Unternehmensmodell verwendet. In diesem Modell werden Aktiv- und Passivseite hochgerechnet. Dabei wird angenommen, dass der Geschäftsbetrieb während der Hochrechnungsdauer aufrechterhalten wird (Going-Concern-Annahme). Entscheidungen des Managements (inkl. Überschussdeklaration) und dynamisches Versicherungsnehmerverhalten (vgl. dynamische Regeln) werden über Managementregeln bzw. dynamische Regeln abgebildet, die im Rahmen des mindestens jährlich tagenden Managementregelkomitees diskutiert und durch den Vorstand der Gesellschaft verabschiedet wurden. Die Hochrechnung erfolgt grundsätzlich in jährlichen Schritten.

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II wird jährlich einem externen Review unterzogen, das insbesondere die Angemessenheit der Berechnungsmethodik und die Qualität und Aktualität der in die Berechnung eingehenden Daten und Annahmen bestätigt.

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt mit Hilfe der Ermittlung des wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitts aller künftigen ein- und ausgehenden Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwertes des Geldes (erwarteter Barwert künftiger Zahlungsströme) und unter Verwendung der im Abschnitt "Diskontierung" näher erläuterten risikolosen Zinsstrukturkurve. Der Best-Estimate-Wert der Rückstellung wird definiert als der Barwert sämtlicher Auszahlungen (Leistungen an die Versicherungsnehmer, Kosten, Provisionen) abzüglich des Barwerts der Prämieneinnahmen.

Dabei verstehen sich die Barwerte der Cashflows als Mittelwerte über die risikoneutralen stochastischen Kapitalmarktszenarien. Der Barwert der Leistungen an die Versicherungsnehmer beinhaltet alle wesentlichen tariflich zugesagten und ggf. garantierten Erlebensfall-, Storno- und Todesfallleistungen inklusive aller wesentlichen Leistungen aus der (ggf. dynamischen) Gewährung von Überschüssen bzgl. aller relevanten Gewinnformen und Vertragszustände. Im Barwert der Prämien ist neben Einmalbeiträgen und laufenden Prämienzahlungen auch (ggf. unplanmäßige) Beitragsfreistellung berücksichtigt. Die verwendeten Annahmen bzgl. Biometrie, Kosten, Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten sind realistisch gewählt und stützen sich auf aktuelle und glaubwürdige Informationen. Dies gilt insbesondere auch für die Herleitung von Annahmen zu dynamischem Versicherungsnehmerverhalten (vgl. Annahmen und dynamische Regeln).

Optionen und Garantien

Einen wesentlichen Bestandteil der Best-Estimate-Rückstellung stellen die den Versicherungsnehmern vertraglich zugesicherten finanziellen Optionen und Garantien (FOGs = financial options and guarantees) dar.

Der Wert dieser FOGs für den Versicherungsnehmer entspricht dem Aufwand, der sich für den Aktionär unter Berücksichtigung von Ausgleichsmöglichkeiten (Nutzung von Puffern und Managementregeln) durch die Ausübung der Optionen in Abhängigkeit vom jeweiligen Kapitalmarktumfeld ergibt. Um die Asymmetrie im Geschäftsmodell der deutschen Lebensversicherung angemessen berücksichtigen zu können, werden folgende wesentliche Versicherungsnehmeroptionen in der Hochrechnung der Verträge dynamisch berücksichtigt:

- (Teil-)Kündigung bzw. Storno
- Kapitalwahlrecht
- Beitragsfreistellung und
- dynamische Erhöhungen

Insofern stellt die als Mittelwert über ausreichend viele stochastische Kapitalmarktszenarien ermittelte Best-Estimate-Rückstellung bereits eine Rückstellung inklusive des Wertes für Optionen und Garantien dar.

Rückversicherung

Die Berechnung der ausgewiesenen Best-Estimate-Rückstellung erfolgt ohne Abzug der aus Rückversicherungsverträgen und von Zweckgesellschaften einforderbaren Beiträge. Diese Beträge werden gesondert berechnet. Bezüglich der Wirksamkeit von Risikominderungsmaßnahmen durch den Abschluss von Rückversicherungsvereinbarungen handelt es sich bei der Best-Estimate-Rückstellung somit um eine Rückstellung vor der Berücksichtigung von Rückversicherungseffekten (vgl. Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen, Unterkapitel D.2.2.5).

Überschussfonds (Surplus Funds)

In die Best-Estimate-Rückstellung geht vor allem der Barwert der Leistungen an die Versicherungsnehmer ein. Dieser Barwert ist um den Überschussfonds (Surplus Funds) verringert, der nach § 93 VAG als zusätzlicher Eigenmittelbestandteil zu berücksichtigen ist: Hierbei handelt es sich um den genäherten Barwert der Zahlungsströme an die Versicherungsnehmer, die aus den Entnahmen aus dem eigenmittelfähigen Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) entstehen. Dabei ergibt sich dieser eigenmittelfähige Teil durch Abzug von nicht zur Verlustdeckung geeigneten oder zur Verfügung stehenden Teilen (wie z. B. der bereits deklarierten Direktgutschrift) aus der zum Bewertungsstichtag vorhandenen handelsrechtlichen RfB, die nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt.

Nähere Informationen zu den Eigenschaften und Methoden zur Berechnung des Surplus Funds sowie dessen Höhe können aus Abschnitt E.1 "Eigenmittel" entnommen werden.

Annahmen

Die verwendeten Annahmen und Rechnungsgrundlagen, insbesondere bzgl. Biometrie, Kosten, Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten, sind für die Berechnungen zum Stichtag realistisch gewählt und stützen sich auf aktuelle und glaubwürdige Informationen. Die Beurteilung der Angemessenheit der Annahmen erfolgt mindestens jährlich durch das Annahmenkomitee, dessen Mitglieder neben dem Verantwortlichen Aktuar und dem Leiter des Versicherungsmathematischen Funktionsbereiches auch die Entscheidungsträger aus den Bereichen Risikomanagement, Rechnungswesen, Controlling, Aktuarielle Steuerung und Produktentwicklung sind.

Rechnungsgrundlagen

Bei den unternehmensspezifischen Annahmen für die Hochrechnung handelt es sich im Wesentlichen um

- Stornoannahmen
- Kostenannahmen
- Fondsparameter
- Agios
- Biometrie (Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität)
- Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit
- Steuern

- Dynamisches Versicherungsnehmerverhalten (Storno, Kapitalabfindung) (vgl. dynamische Regeln finanzrationales Versicherungsnehmerverhalten)
- Annahmen für die Berechnung zukünftiger Dynamiken
- Beitragsfreistellungswahrscheinlichkeiten
- Annahmen für die Verrentung von fondsgebundenen Versicherungen und Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Angemessenheit des Projektionshorizontes

Die Angemessenheit des Projektionshorizontes wurde überprüft. Anhand der in diesem Zusammenhang durchgeführten Untersuchungen (inklusive Analyse von Auswirkungen auf Sensitivitäten) wurde gezeigt, dass der Projektionshorizont für eine angemessene Bewertung der Technical Provisions unter Solvency II ausreichend ist. Aufgrund der durchgeführten Analysen ist auch bei einer Änderung der Rechnungsgrundlagen für Storno und Sterblichkeit davon auszugehen, dass eine Verlängerung des Projektionshorizontes nicht notwendig ist.

Inflation

Regulierungs- und stückbezogene Verwaltungskosten werden mit einer pfadabhängigen Inflationsrate versehen, die den für die Hochrechnung verwendeten Kapitalmarktszenarien entnommen wird.

Dynamische Regeln

In die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen gehen sowohl Entscheidungen des Managements als auch das Verhalten der Versicherungsnehmer in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Umfeld ein. Dies erfolgt über die Berücksichtigung eines fest definierten Satzes sogenannter Managementregeln bzw. dynamischer Regeln, die im Rahmen des mindestens jährlich tagenden Managementregelkomitees diskutiert und durch den Vorstand der Gesellschaft verabschiedet wurden.

Finanzrationales Versicherungsnehmerverhalten

Die verwendeten Annahmen bei der Berechnung der Wahrscheinlichkeiten, dass Versicherungsnehmer ihre vertraglichen Optionen, einschließlich Storno und Rückkauf, wahrnehmen, beruhen auf Analysen des beobachteten Versicherungsnehmerverhaltens, die deren erwartetes Verhalten prospektiv bewerten. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, ob die Ausübung einer Option für den Versicherungsnehmer unter den zum Zeitpunkt der Ausübung gegebenen Umständen, wie z. B. wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder Auswirkungen von Maßnahmen des Managements, vorteilhaft ist. Die Annahmen für dynamisches Versicherungsnehmerverhalten werden ebenfalls durch die Mitglieder des Annahmenkomitees verabschiedet und freigegeben.

D.2.2.4 Risikomarge

Die Risikomarge wird so berechnet, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen inklusive Risikomarge dem Wert entspricht, den ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen (sog. Referenzunternehmen) fordern würde, um die Verpflichtungen der Gesellschaft übernehmen und erfüllen zu können.

Den Anforderungen der Delegierten Verordnung der EU-Kommission (DVO) folgend, berechnet man die Risikomarge (RM) mittels eines Cost-of-Capital-Ansatzes. Kern dieses Ansatzes ist die aktuelle Solvenzkapital-anforderung für nicht absicherbare Risiken des Unternehmens, die für die gesamte Projektionsdauer fortgeschrieben wird. Die Risikomarge wird als die Summe aller auf den Stichtag diskontierten Solvenzkapital-anforderungen, multipliziert mit einem Kapitalkostensatz, definiert. Der Kapitalkostensatz beträgt gemäß Artikel 39 DVO 6 %.

Diskontiert werden die Solvenzkapitalanforderungen mit der risikoneutralen Zinskurve vor der Anwendung der Volatilitätsanpassung (vgl. auch Diskontierung).

D.2.2.5 Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Reinsurance Recoverables)

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen werden durch den Saldo sämtlicher zukünftig zu erwartender Ein- und Auszahlungen dargestellt, die sich aus den vorhandenen Rückversicherungsverträgen ergeben, zuzüglich des unter IFRS bilanzierten Wertes der Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Geschäft. Der Saldo wird im Bewertungsmodell als Barwert der jährlichen Rückversicherungsergebnisse über die gesamte Hochrechnungsdauer ermittelt. Im Rückversicherungsergebnis sind auch die Zahlungsströme aus nicht überfälligen Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten aus Rückversicherung berücksichtigt. Die entsprechenden Werte zum Stichtag sind unter D.1.20 dargestellt.

Die Gesellschaft besitzt keine einforderbaren Beträge gegenüber Zweckgesellschaften.

D.2.2.6 Diskontierung

Um den Zeitwert zukünftiger Zahlungen angemessen berücksichtigen zu können, müssen die projizierten Cashflows anhand risikoloser Zinssätze diskontiert werden.

Unter Verwendung eines ökonomischen Szenario Generators (Economic Scenario Generator – ESG) werden Kapitalmarktszenarien erzeugt, welche sowohl mikro- als auch makroökonomische Auswirkungen der darin modellierten Risikofaktoren beinhalten (d. h. insbesondere Zinskurven, Aktienindizes, Immobilienperformance).

In den generierten Szenarien zum Stichtag sind eine Kreditrisikoanpassung (Credit Risk Adjustment – CRA) und eine Volatilitätsanpassung (Volatility Adjustment – VA) gemäß regulatorischen Vorgaben unter Solvency II berücksichtigt.

Ein entsprechender Antrag der Gesellschaft zur Verwendung der Volatilitätsanpassung zum Stichtag wurde von der BaFin genehmigt.

Für Laufzeiten ohne entsprechend liquide und transparente Märkte wird eine Extrapolation der Zinskurve auf eine Ultimate Forward Rate (gemäß regulatorischen Vorgaben unter Solvency II) vorgenommen.

D.2.2.7 Währungen

Zum Stichtag werden alle Versicherungsverpflichtungen der Gesellschaft in EURO geführt.

D.2.2.8 Unbundling

Bei der im Abschnitt zur aktuariellen Segmentierung näher beschriebenen Einteilung der Versicherungsverpflichtungen in Geschäftsbereiche (sog. "Lines of Business (LoB)") ist für Versicherungsverträge, die

unterschiedliche Risiken abdecken, eine Entflechtung ("Unbundling") der zugehörigen Vertragsteile notwendig, um diese ihrem jeweiligen Risikocharakter entsprechend berücksichtigen zu können.

Beim Ausweis der versicherungstechnischen Rückstellungen werden Zusatzversicherungen mit Invaliditätscharakter (z. B. Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen) von den zugehörigen Hauptversicherungen getrennt. Ihre Verbindlichkeiten werden dem Geschäftsbereich Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft) mit Optionen und Garantien zugeordnet. Integrierte Berufsunfähigkeitsversicherungen werden dabei mit Einschränkungen wie Zusatzversicherungen behandelt.

In Fällen, bei denen nur eines der durch einen Vertrag abgedeckten Risiken wesentlich ist, wird auf eine Entflechtung der zugehörigen Verpflichtungen verzichtet. Diese Verpflichtungen werden ihrem überwiegenden Risikocharakter entsprechend behandelt.

D.2.2.9 Aktuarielle Segmentierung

Die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II sind im Einklang mit § 75 Absatz 3 VAG auf Ebene von LoBs auszuweisen.

Der Vertragsbestand der Gesellschaft lässt sich demnach auf die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten LoBs aufteilen, sodass sich die kompletten versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II aus

- Versicherungen mit Überschussbeteiligung (Insurance with profit participation),
- Index- und fondsgebundene Versicherungen Verträge mit Optionen und Garantien (Index-linked and unit-linked insurance Contracts with options and guarantees),
- Sonstige Lebensversicherungen Verträge mit Optionen und Garantien (Other Life insurance Contracts with options and guarantees),
- Krankenversicherungen (Direktversicherungsgeschäft) Verträge mit Optionen und Garantien (Health Insurance (direct business) Contracts with options and guarantees),
- In Rückdeckung übernommenes Geschäft Leben (Accepted life reinsurance),
- Krankenrückversicherungen (in Rückdeckung übernommenes Geschäft) (Health reinsurance (reinsurance accepted))

zusammensetzen.

Die Berechnung der Best Estimate Rückstellung sowie die Berechnung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt grundsätzlich für jede LoB separat mittels der in den jeweiligen Abschnitten beschriebenen Methode.

Die Risikomarge wird ebenfalls pro LoB ermittelt. Die Berechnung erfolgt dabei proportional anhand der Aufteilung der Solvabilitätskapitalanforderung (SCR) auf die LoBs.

Die folgende Übersicht stellt die Technical Provisions (Best Estimate Rückstellung und Risikomarge) der Gesellschaft zum Stichtag vor Anwendung der Übergangsmaßnahmen tabellarisch getrennt nach diesen LoBs dar. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Technical Provisions gemäß Solvency II enthalten die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB hierbei auch verzinslich angesammelte Überschussanteile.

Weiterhin sind die noch nicht fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern abgezogen. Darüber hinaus gibt sie einen ersten Hinweis auf die im folgenden Abschnitt näher erläuterte Überleitung von HGB zu Solvency II:

| | TEUR | Versiche- rungen mit Überschuss- beteiligung | Index- und fonds- gebundene Ver- sicherungen – Verträge mit Optio- nen und Garantien | Sonstige Lebens- versicherungen – Verträge mit Optionen und Garantien | In Rück- deckung über- nommenes Ge- schäft Leben | Gesamt (Leben- außer Krankenversi- cherungen) |
|-------------|--|---|--|---|---|--|
| | Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risiko- marge | 4.244.947 | 1.153.636 | 363.229 | -5.817 | 5.755.995 |
| ш | Bester Schätzwert | 4.210.953 | 1.150.454 | 344.950 | -8.506 | 5.697.851 |
| Solvency II | Risikomarge | 33.994 | 3.182 | 18.279 | 2.689 | 58.144 |
| Solv | Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen | -2.176 | 0 | 43.115 | 0 | 40.939 |
| | Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen (Netto) | 4.247.123 | 1.153.636 | 320.114 | -5.817 | 5.715.056 |
| | Versicherungstechnische Rückstellungen nach HGB (Brutto) | 4.135.556 | 791.125 | 400.733 | 0 | 5.327.414 |
| | Risikomarge nach HGB | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| HGB | Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen nach HGB | 4.950 | 0 | 47.886 | 0 | 52.837 |
| | Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen nach HGB (Netto) | 4.130.606 | 791.125 | 352.847 | 0 | 5.274.578 |
| | Bester Schätzwert | 75.397 | 359.329 | -55.784 | -8.506 | 370.437 |
| 5 0 | Risikomarge | 33.994 | 3.182 | 18.279 | 2.689 | 58.144 |
| Umbewertung | Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen | -7.126 | 0 | -4.772 | 0 | -11.898 |
| Ū | Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen | 116.517 | 362.511 | -32.733 | -5.817 | 440.478 |

| | TEUR | Krankenversicherung (Direktversicherungsge- schäft) – Verträge mit Op- tionen und Garantien | Krankenrückversi- cherung (in Rück- deckung übernom- menes Geschäft) | Gesamt (Krankenversi- cherung) |
|-------------|--|--|---|--------------------------------------|
| | Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risiko- marge | 410.173 | 0 | 410.173 |
| ш | Bester Schätzwert | 393.513 | 0 | 393.513 |
| Solvency II | Risikomarge | 16.660 | 0 | 16.660 |
| Solve | Gesamthöhe der einforder- baren Beträge aus Rück- versicherungsverträgen | -5.709 | 0 | -5.709 |
| | Bester Schätzwert ab- züglich der einforderbaren Beträge aus Rück- versicherungen (Netto) | 415.882 | 0 | 415.882 |
| | Versicherungstechnische Rückstellungen nach HGB (Brutto) | 398.892 | 0 | 398.892 |
| | Risikomarge nach HGB | 0 | 0 | 0 |
| HGB | Gesamthöhe der einforder- baren Beträge aus Rück- versicherungsverträgen nach HGB | 0 | 0 | 0 |
| | Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen nach HGB (Netto) | 398.892 | 0 | 398.892 |
| | Bester Schätzwert | -5.379 | 0 | -5.379 |
| | Risikomarge | 16.660 | 0 | 16.660 |
| Umbewertung | Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen | -5.709 | 0 | -5.709 |
| | Bester Schätzwert abzüg- lich der einforderbaren Beträge aus Rückver- sicherungen | 16.990 | 0 | 16.990 |

Umbewertung beim Übergang von HGB zu Solvency II

Durch die Umbewertung beim Übergang von HGB zum marktkonsistenten Bewertungsansatz unter Solvency II erhöhen sich die versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen.

Hierzu tragen insbesondere folgende Unterschiede in der Bewertung bei:

- die Barwertbildung unter Berücksichtigung des Zeitwertes der Verbindlichkeiten, d. h. die Diskontierung aller zukünftigen Zahlungsströme unter Verwendung der unter Diskontierung beschriebenen risikolosen Zinsstrukturkurven. (Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus bei vergleichsweise hohen Zinsgarantien im Vertragsbestand ergeben sich "stille Passiv-Lasten" auf die HGB-Deckungsrückstellung.)
- der Übergang zu Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung
- die Berücksichtigung von finanziellen Optionen und Garantien und
- die Berücksichtigung von zukünftigen Überschüssen.

Versicherung mit Überschussbeteiligung (Insurance with profit participation)

Die versicherungstechnischen Rückstellungen im Geschäftsbereich der Versicherungen mit Überschussbeteiligung beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für konventionelle Kapital- und Rentenversicherungen. Versicherungen mit Invaliditätscharakter, unabhängig von der Art ihrer Überschussbeteiligung, sind nicht in dieser LoB erfasst, sondern der LoB Krankenversicherungen (Direktversicherungsgeschäft) zugewiesen.

Index- und fondsgebundene Versicherung (Index-linked and unit-linked insurance)

Innerhalb des Geschäftsbereichs der fonds- und indexgebundenen Versicherungen wird grundsätzlich zwischen Verträgen mit und ohne Optionen und Garantien unterschieden. Dem Geschäftsbereich fonds- und indexgebundener Versicherungen ohne Optionen und Garantien sind im Wesentlichen reine fonds- und indexgebundene Kapital- bzw. Erlebensfallversicherungen zuzuordnen, bei denen die Versicherungsnehmer (über die reine Fonds- bzw. Indexentwicklung hinaus) nicht am Überschuss beteiligt werden. Im Versicherungsbestand der Gesellschaft existieren zum Stichtag keine materiellen Vertragsbestände, auf die diese Eigenschaft zutrifft. Dem entsprechend werden sämtliche fonds- und indexgebundenen Versicherungen (inkl. den Hybridprodukten) dem Geschäftsbereich mit Optionen und Garantien zugeordnet.

Sonstige Lebensversicherung (Other life insurance)

Diesem Geschäftsbereich werden bei der Gesellschaft im Wesentlichen Restschuldversicherungen zugeordnet, da diese weder gewinnberechtigt noch index- oder fondsgebunden sind. Zugehörige Zusatzversicherungen mit Invaliditätscharakter werden gesondert in der LoB "Krankenversicherung – Verträge mit Optionen und Garantien" ausgewiesen.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft Leben (Accepted life reinsurance)

Die Gesellschaft verfügt über Rückversicherungsverträge zu Lebensversicherungen, bei denen sie als Zessionär fungiert (aktive Rückversicherung).

Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft) – Verträge mit Optionen und Garantien (Health Insurance (direct business) - with options and guarantees)

Verpflichtungen, die aus Verträgen der Berufsunfähigkeitsversicherung entstehen, werden gesondert in der LOB "Krankenversicherung mit Optionen und Garantien" ausgewiesen. Dies gilt grundsätzlich auch für Verpflichtungen aus verwandten Produkten wie der Erwerbsunfähigkeits-, Arbeitsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherung.

Zum Stichtag weist die Gesellschaft in diesem Geschäftsbereich im Wesentlichen die Verpflichtungen aus Verträgen der Arbeitsunfähigkeitszusatzversicherungen aus.

Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft) (Health reinsurance (reinsurance accepted))

Zum Stichtag verfügt die Gesellschaft über keine versicherungstechnischen Rückstellungen, die diesem Geschäftsbereich zuzuordnen sind.

Modellunsicherheiten/-vereinfachungen bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Ziel des stochastischen Unternehmensmodells zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II ist die vereinfachte Darstellung der Realität, wobei wesentliche Aspekte so abgebildet werden sollen, dass eine sinnvolle Balance zwischen Komplexität und Realitätsnähe geschaffen wird und die beabsichtigte Zielsetzung unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten erreicht wird. Hierfür können Vereinfachungen in der Modellierung sinnvoll und notwendig sein, um dessen Nutzbarkeit für unterschiedliche Anwendungen zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund sind der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen mit Hilfe des stochastischen Unternehmensmodells insofern natürliche Grenzen gesetzt, als notwendige Vereinfachungen und Näherungslösungen in der Modellierung zu Unsicherheiten in der Bewertung führen können. Um dennoch eine angemessene Qualität der in die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen eingehenden Methoden und Daten sicherstellen zu können, werden entsprechende Angemessenheitsnachweise geführt und Prozesse der Qualitätssicherung durchlaufen.

Im Sinne einer besseren Verständlichkeit der spezifischen Sachverhalte, können weiterführende Informationen zu in die Berechnungen eingehenden Unsicherheiten und entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen den betreffenden Abschnitten entnommen werden. Das betrifft insbesondere mögliche Ungenauigkeiten aufgrund

- stochastischer Bewertungsansätze,
- notwendiger Anwendung von Näherungslösungen oder
- mangelnder Verfügbarkeit von Marktdaten.

Übergangsmaßnahmen

Gemäß § 352 VAG können Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorübergehend einen genehmigungspflichtigen Abzug bei den versicherungstechnischen Rückstellungen geltend machen, der auf Ebene der homogenen Risikogruppen zur Anwendung kommt. Die Verwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen ("Rückstellungstransitional") wurde bei der Gesellschaft für den gesamten Vertragsbestand der Gesellschaft genehmigt.

Gemäß BaFin-Verlautbarung zur Anwendung der Übergangsmaßnahmen bei risikofreien Zinssätzen und versicherungstechnischen Rückstellungen vom 02.12.2015 entspricht der vorübergehende Abzug einem maximal abzugsfähigen Anteil der Differenz aus versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (d. h. nach Rückversicherung) gemäß Solvency II (im Folgenden auch TP SII Nettowert genannt) einerseits und den entsprechenden Netto-Rückstellungen gemäß HGB (TP SI Nettowert) andererseits. Der oben genannte maximal abzugsfähige Anteil sinkt am Ende jedes Jahres linear von 100 % zum 01.01.2016 bis auf 0 % zum 01.01.2032.

Zum Stichtag 31.03.2020 hat die Gesellschaft für den Bestand der Verträge mit Versicherungsbeginn vor 01.01.2016 ("Solvency II Day One") eine Neuberechnung des Abzugsterms unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Kapitalmarktsituation vorgenommen. Die Verwendung des neu berechneten Abzugsterms wurde von der Aufsicht mit Wirkung ab dem Berichtsstichtag 30.06.2020 genehmigt. Der zum Stichtag der Neuberechnung gültige prozentuelle Anteil der Abschreibung wurde beibehalten. Weiterhin erfolgt eine lineare Abschreibung des Abzugsterms bis auf 0 % zum 01.01.2032.

Der Abzugsbetrag wird gemäß der Leitlinie für die Umsetzung der langfristigen Garantien auf die Geschäftsbereiche allokiert. Hierfür ist der Beitrag der Geschäftsbereiche zum Abzugsbetrag maßgeblich. Innerhalb der Geschäftsbereiche wird das Rückstellungstransitional auf beide Komponenten der versicherungstechnischen Rückstellungen, auf den besten Schätzer (Best Estimate) und auf die Risikomarge, angewendet.

Die Allokation des Abzugsbetrags auf Risikomarge und Best Estimate wird innerhalb eines Geschäftsbereichs so vorgenommen, dass der Abzugsbetrag zunächst auf die Risikomarge angewendet wird. Übersteigt der anteilige Abzugsbetrag die Risikomarge, so wird der überschießende Teil von dem Best Estimate abgezogen.

Auswirkungen von Übergangsmaßnahmen und Volatilitätsanpassung auf Solvency II Kennziffern

Zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung (SCR: laut Modell ermitteltes Soll-Solvabilitätskapital) und der Mindestkapitalanforderung (MCR: regulatorische Untergrenze des Solvabilitätskapitals) zieht die Gesellschaft die durch die BaFin genehmigten Maßnahmen Volatilitätsanpassung und Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß § 352 VAG (Rückstellungstransitional) heran (regulatorische Sichtweise).

Dabei ergeben sich bei regulatorischer Sichtweise anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 853.288 TEUR und ein SCR in Höhe von 189.435 TEUR. Dies ergibt eine regulatorische Bedeckungsquote von 450 %.

Es lässt sich feststellen, dass die anrechenbaren Eigenmittel (bzgl. SCR) der Gesellschaft bei Nichtberücksichtigung der Übergangsmaßnahmen gegenüber der regulatorischen Sichtweise um 329.890 TEUR sinken und das SCR um 46.111 TEUR steigt. Zudem reduzieren sich die anrechenbaren Eigenmittel (bzgl. MCR) um 329.890 TEUR, während das MCR gegenüber der regulatorischen Sichtweise um 20.750 TEUR steigt. Die versicherungstechnischen Rückstellungen steigen ohne Berücksichtigung der Übergangsmaßnahmen um 470.129 TEUR.

Zur Bedeckung der Solvabilitätskapitalanforderung bei Nichtberücksichtigung der Übergangsmaßnahmen ergeben sich somit anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 523.398 TEUR sowie ein SCR in Höhe von 235.546 TEUR. Daraus ergibt sich die wirtschaftlich relevante Bedeckungsquote von 222 %.

Die Nichtanwendung der Volatilitätsanpassung führt gegenüber der regulatorischen Sichtweise (mit Anwendung der Übergangsmaßnahme) zu einer Reduzierung der anrechenbaren Eigenmittel (bzgl. SCR) um 14.349 TEUR und einer gleichzeitigen Erhöhung des SCR um 111.611 TEUR. Das MCR erhöht sich dabei um 26.447 TEUR, während die anrechenbaren Eigenmittel (bzgl. MCR) um 14.349 TEUR sinken. Die versicherungstechnischen

Rückstellungen steigen ohne Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung gegenüber der regulatorischen Sichtweise um 20.705 TEUR.

| Bedeckungsquoten | 2019 | 2020 |
|---|-------|-------|
| Bedeckungsquote ohne Volatilitätsanpassung ohne Übergangsmaßnahme | 154 % | 126 % |
| Bedeckungsquote mit Volatilitätsanpassung ohne Übergangsmaßnahme | 237 % | 222 % |
| Bedeckungsquote ohne Volatilitätsanpassung mit Übergangsmaßnahme | 193 % | 279 % |
| Bedeckungsquote mit Volatilitätsanpassung mit Übergangsmaßnahme | 297 % | 450 % |

Informationen zu den anrechenbaren Eigenmitteln, SCR und MCR können dem Kapitel E entnommen werden. Die gesamten Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die wichtigsten Solvency II Kennziffern lassen sich dem Meldebogen S.22.01.21 (Abschnitt F.5 im Anhang des SFCR) entnehmen.

Die Gesellschaft nimmt zum Stichtag keine Matching-Anpassung gemäß Artikel 77b der Richtlinie 2009/138/EG vor. Zudem wird auch die vorübergehende risikolose Zinskurve gemäß Artikel 308c der Richtlinie 2009/138/EG vom Unternehmen nicht angewendet.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

D.3.1 Eventualverbindlichkeiten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---------------------------|------------------|----------|
| Eventualverbindlichkeiten | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.3.2 Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen | 29.076 | 29.310 |

Hierunter sind Rückstellungen unter anderem für die folgenden Sachverhalte erfasst:

- Zinsen für zurückgestellte Steuern
- Vergütung des Vorstands/Aufsichtsrats/übrige Personalverpflichtungen
- Ausstehende Provisionen
- Ausstehende Rechnungen für Kosten und Gebühren
- Sonstige Rückstellungen

Von den Rückstellungen entfallen 27.698 TEUR auf eine Laufzeit von bis zu einem Jahr und 1.378 TEUR auf eine Laufzeit von ein bis fünf Jahren.

Bewertung HGB

Der als Rückstellung nach HGB angesetzte Betrag stellt die bestmögliche Schätzung unter Beachtung des Grundsatzes vorsichtiger kaufmännischer Bewertung der Ausgaben zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Ende des Berichtszeitraums dar. Soweit die erwartete Laufzeit der Rückstellungen mehr als ein Jahr beträgt, werden diese mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Bewertung Solvency II

Für diese Position wurde in Übereinstimmung mit der Solvency-II-Richtlinie und der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 die IFRS-Bewertung für die Solvenzberichterstattung übernommen. Der Zinssatz, mit dem die

Verpflichtungen abgezinst werden, orientiert sich an den Zinssätzen, die für hochrangige Unternehmensanleihen entsprechend der Währung und der Duration der Verpflichtungen gelten.

Bewertungsunterschied

Unterschiede zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergeben sich aus der Verwendung des dargestellten, abweichenden Abzinsungssatzes.

D.3.3 Rentenzahlungsverpflichtungen

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|-------------------------------|------------------|----------|
| Rentenzahlungsverpflichtungen | 31.552 | 30.854 |

Rückstellungen für Versorgungszusagen, die das Unternehmen seinen Mitarbeitern erteilt hat, werden unter der Position Rentenzahlungsverpflichtungen zusammengefasst.

Die Pensionsverpflichtungen beinhalten:

- Rückstellungen für Pensionen aus arbeitgeberfinanzierten Direktzusagen
- Rückstellungen für Pensionen über Entgeltumwandlung finanziert

Bewertung HGB

Verpflichtungen aus Pensionen wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und entsprechend § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren abgezinst. Die Pensionsrückstellungen für arbeitgeberfinanzierte Zusagen und für nicht wertpapiergebundene arbeitnehmerfinanzierte Zusagen wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Die Leistungsanpassung bei Zusagen aus Entgeltumwandlung aufgrund der künftig zu erwartenden Überschussbeteiligung der Rückdeckungsversicherungen wurde vertragsindividuell berücksichtigt.

Die Bewertung basiert auf den Ausscheidewahrscheinlichkeiten der Richttafeln 2018 G, die entsprechend dem im Bestand beobachteten Risikoverlauf verstärkt wurden. Die wertpapiergebundenen arbeitnehmerfinanzierten Zusagen sind über Lebensversicherungsverträge leistungskongruent rückgedeckt. Der Erfüllungsbetrag dieser Versorgungszusagen entspricht mithin dem Zeitwert des Deckungskapitals des Lebensversicherungsvertrags zzgl. Überschussbeteiligung. Verpflichtungen aus Schuldübernahmeverträgen mit anderen Unternehmen der HDI Gruppe wurden nicht passiviert, da keine Inanspruchnahme aus der gesamtschuldnerischen Haftung zu erwarten ist.

Bewertung Solvency II

Entsprechend den erläuternden Texten zu den Leitlinien für den Ansatz und die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, bei denen es sich nicht um versicherungstechnische Rückstellungen handelt, sind die Bewertungsprinzipien des IAS 19 "Leistungen an Arbeitnehmer" auch unter Solvency II anwendbar. Für die Gesellschaft wurde von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und die IFRS-Bewertung für

die Solvenzberichterstattung übernommen. Die Verpflichtungen aus leistungsorientierten Pensionsplänen werden für jeden Plan separat und nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Der Zinssatz, mit dem die Pensionsverpflichtungen abgezinst werden, orientiert sich an den Zinssätzen, die für hochrangige Unternehmensanleihen entsprechend der Währung und der Duration der Pensionsverpflichtungen gelten.

Die Position Rentenzahlungsverpflichtungen umfasst auch Verpflichtungen aus Schuldübernahmeverträgen mit anderen Unternehmen der HDI Gruppe. Forderungen aus solchen Verträgen werden unter der Position "Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte" ausgewiesen.

Bewertungsunterschied

Neben dem unterschiedlichen Ansatz der im Rahmen von Schuldbeitrittsverträgen übertragenen Verpflichtungen liegt der Hauptunterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem HGB-Wert in der Bewertung mit unterschiedlichen Rechnungszinssätzen.

D.3.4 Depotverbindlichkeiten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|------------------------|------------------|----------|
| Depotverbindlichkeiten | 52.640 | 52.640 |

Als Depotverbindlichkeiten werden die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern ausgewiesen, die nicht sofort liquide ausgeglichen werden.

Bewertung HGB

Die Depotverbindlichkeiten werden im HGB Abschluss zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Es gibt keinen Bewertungsunterschied.

D.3.5 Latente Steuerschulden

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|------------------------|------------------|----------|
| Latente Steuerschulden | 160.716 | 0 |

Latente Steuern werden für die Bewertungsunterschiede zwischen der lokalen (Steuer-) Bilanz und der Solvabilitätsübersicht ausgewiesen.

Bewertung HGB

Es besteht gewerbesteuerliche Organschaft zur HDI Deutschland Bancassurance Kundenmanagement GmbH & Co. KG, Köln (HDBKM). Etwaige Steuerlatenzen sind deshalb auf Ebene der HDBKM als Organträgerin zu erfassen.

Bewertung Solvency II

Latente Steuern ergeben sich aus temporären unterschiedlichen Wertansätzen der Solvency II Werte aus der Solvenzübersicht und der Steuerbilanz.

Der ausgewiesene Passivüberhang von latenten Steuern resultiert im Wesentlichen aus deutlichen Bewertungsunterschieden bei Kapitalanlagen.

Bewertungsunterschied

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses ergibt sich aus den mit Steuern belegten Bewertungsunterschieden.

D.3.6 Derivate

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|----------|------------------|----------|
| Derivate | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft nicht vorhanden

D.3.7 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 8.940 | 6.730 |

Unter diesem Posten befinden sich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Auf der Aktivseite wird von der Gesellschaft (Sicherungsnehmer) eine Barsicherheitsleistung aktiviert (Cash Collateral). Diese Beträge dienen als Sicherheit, falls die Kontrahenten aus Derivatgeschäften ausfallen sollten. Als Gegenposition hierzu wird eine Verbindlichkeit aus Cash Collaterals gegenüber dem Sicherungsgeber passiviert.

Bewertung HGB

Nach HGB werden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit dem Nennwert bewertet. Die Bewertung der Verbindlichkeit aus Cash Collaterals erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Es gibt keine Bewertungsunterschiede.

D.3.8 Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft nicht vorhanden

D.3.9 Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern | 39.596 | 133.392 |

Die Position umfasst Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern. Dazu gehören z. B. Provisionen an Vermittler, die von unserer Gesellschaft noch nicht ausgezahlt wurden oder durch Versicherungsnehmer überzahlte Beiträge.

Vgl. Kapitel D.1 Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern.

Bewertung HGB

Die Bewertung erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Gemäß BaFin-Auslegungsentscheidung "Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften und Umgang mit Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie Depotforderungen und -verbindlichkeiten unter Solvency II" vom 01.01.2019 werden hier nur noch die überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern ausgewiesen. Die nicht überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittler werden bei der Berechnung des Best Estimate berücksichtigt (vgl. Kap. D.2).

D.3.10 Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern | 0 | 1.245 |

Hierunter fallen die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern, die nicht auf Depots gehalten werden, aber mit dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Zusammenhang stehen. Es handelt sich um die Schuldsalden, die sich aus den laufenden Abrechnungen mit den Rückversicherern ergeben.

Bewertung HGB

Die Bewertung erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Gemäß BaFin-Auslegungsentscheidung "Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften und Umgang mit Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie Depotforderungen und -verbindlichkeiten unter Solvency II" vom 01.01.2019 werden hier nur noch die überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern ausgewiesen. Die nicht überfälligen Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern werden bei der Berechnung der Reinsurance Recoverables berücksichtigt (vgl. Kap. D.2).

D.3.11 Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) | 46.271 | 46.271 |

Diese Position beinhaltet sowohl Verbindlichkeiten gegenüber konzernfremden Unternehmen oder Behörden als auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Bewertung HGB

Die Bewertung erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

Bewertung Solvency II

Die Bewertung erfolgt analog zu HGB.

Bewertungsunterschied

Es gibt keinen Bewertungsunterschied.

D.3.12 Nachrangige Verbindlichkeiten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten | 0 | 0 |
| In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten | 0 | 0 |

Dieser Posten ist bei der Gesellschaft zum Bewertungsstichtag nicht vorhanden.

D.3.13 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|---|------------------|----------|
| Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten | 5.676 | 15.871 |

Dies umfasst alle Verbindlichkeiten, die nicht in anderen Bilanzpositionen enthalten sind, zum Beispiel:

- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen
- Verbindlichkeiten aus zur Verfügung gestellten Barsicherheiten
- Sonstige Verbindlichkeiten

Bewertung HGB

Die Bewertung erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag.

Bewertung Solvency II

In der Regel entspricht der Zeitwert dem Restbuchwert. Ist dies nicht der Fall, wird eine Neubewertung notwendig, um einen Zeitwert für die Solvency-II-Bilanz zu erhalten.

Ergänzend werden unter Solvency II Differenzbeträge, die aus methodisch bedingten Abweichungen der Modellmarktwerte von den IFRS -Marktwerten resultieren, in den sonstigen Verbindlichkeiten gebucht.

Bewertungsunterschied

Die Unterschiedsbeträge resultieren größtenteils aus methodisch bedingten Abweichungen der Modellmarktwerte von den IFRS-Marktwerten, die an dieser Stelle unter Solvency II ausgewiesen werden.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Für die Gesellschaft wurden keine alternativen Bewertungsmethoden verwendet.

D.5 Sonstige Angaben

Das im Rahmen der Übergangsmaßnahme gemäß § 352 VAG von der Gesellschaft angewandte Rückstellungstransitional (Abzugsterm unter Berücksichtigung einer linearen Abschreibung, vgl. Kapitel D.2) reduziert sich zum 01.01.2021 um ein weiteres 1/16 des Abzugsterms vor Abschreibung gegenüber dem Wert zum 31.12.2020. Die Auswirkungen dieser Reduzierung auf die wichtigsten Solvency II Kennziffern sind im Folgenden dargestellt.

| TEUR | Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangs- maßnahmen zum 31.12.2020 | Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangs- maßnahmen zum 01.01.2021 |
|--|--|--|
| versicherungstechnische Rückstellungen (brutto) | 5.696.039 | 5.735.216 |
| Basiseigenmittel | 853.288 | 825.797 |
| anrechenbare Eigenmittel bzgl. SCR | 853.288 | 825.797 |
| anrechenbare Eigenmittel bzgl. MCR | 853.288 | 825.797 |
| SCR | 189.435 | 189.435 |
| MCR | 85.246 | 85.246 |

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Eine zentrale Anforderung unter Solvency II ist die ausreichende Bedeckung der Mindestkapital- und Solvenzkapitalanforderung durch dazu anrechnungsfähige Eigenmittel der Gesellschaft. Ein wichtiges Ziel zur Erreichung dieser Anforderung ist für die Gesellschaft dabei die Stärkung der Eigenmittel. Die quantitative Darstellung der Eigenmittelsituation lässt sich dem Meldebogen S.23.01.01 entnehmen.

Um auch zukünftig ausreichend Eigenmittel vorhalten zu können, werden diese und deren Verwendung im Rahmen der Mittelfristplanung über einen Zeitraum von 5 Jahren prognostiziert.

Darüber hinaus wird darauf geachtet, dass die Überdeckung über den Anwendungszeitraum der Übergangsmaßnahmen trotz schrittweise abzugsfähigen Anteils bis zum 01.01.2032 gegeben ist.

Um eventuelle Lücken zu schließen, werden unter anderem folgende Maßnahmen betrachtet:

- Vergabe von Tier-2-Nachrangdarlehen bis zur maximal anrechnungsfähigen Höhe
- Einzahlungen in die Kapitalrücklage (§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB)
- Einzahlung von ggf. noch nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen

Auf Grundlage der konzernweiten Risikostrategie wird durch den Einsatz von Eigenkapital, geeigneten Eigenkapitalsubstituten und Finanzierungsinstrumenten die Kapitalstruktur optimiert.

Um den Schutz des Eigenkapitals zu gewährleisten, ist das Ziel, die gesellschaftlichen Einzelrisiken so zu steuern und zu kontrollieren, dass das Gesamtrisiko im zulässigen, definierten Toleranzbereich liegt (siehe Kapitel C). Unter Berücksichtigung von äußeren Einflüssen können Abweichungen auftreten, wobei die Gesellschaft in der Lage ist, sofortige Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen von Solvency II werden die Eigenmittel in drei verschiedene Qualitätsstufen (sogenannten "Tiers") eingeteilt, deren Klassifizierungen insbesondere in Abhängigkeit von Nachrangigkeit, Verlustausgleichsfähigkeit, Art der Laufzeit sowie von sonstigen Belastungen erfolgt.

Dabei unterscheidet man grundsätzlich zwischen Basiseigenmitteln und ergänzenden Eigenmitteln.

E.1.1 Basiseigenmittel

Die Basiseigenmittel der Gesellschaft setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen und werden im Folgenden näher erläutert:

| Basiseigenmittel in TEUR Berichtsjahr | Gesamt | Tier 1 – nicht gebunden | Tier 1 – gebunden | Tier 2 | Tier 3 |
|---|---------|----------------------------|----------------------|--------|--------|
| Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile) | 23.750 | 23.750 | | | |
| Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio | 340 | 340 | | | |
| Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen | 0 | 0 | | | |
| Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit | 0 | | | | |
| Überschussfonds | 345.631 | 345.631 | | | |
| Vorzugsaktien | 0 | | | | |
| Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio | 0 | | | | |
| Ausgleichsrücklage | 483.567 | 483.567 | | | |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 0 | | | | |
| Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche | 0 | | | | |
| Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittel- bestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden | 0 | 0 | | | |
| Gesamtbetrag der Basiseigenmittel | 853.288 | 853.288 | | | |

| Basiseigenmittel in TEUR Vorperiode | Gesamt | Tier 1 – nicht gebunden | Tier 1 – gebunden | Tier 2 | Tier 3 |
|---|---------|----------------------------|----------------------|--------|--------|
| | | | | | |
| Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile) | 23.750 | 23.750 | | | |
| Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio | 340 | 340 | | | |
| Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen | 0 | 0 | | | |
| Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit | 0 | | | | |
| Überschussfonds | 366.233 | 366.233 | | | |
| Vorzugsaktien | 0 | | | | |
| Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio | 0 | | | | |
| Ausgleichsrücklage | 264.070 | 264.070 | | | |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | 0 | | | | |
| Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche | 0 | | | | |
| Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittel- bestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden | 0 | 0 | | | |
| Gesamtbetrag der Basiseigenmittel | 654.393 | 654.393 | | | |

Grundkapital

Das Grundkapital entspricht dem in der HGB-Bilanz ausgewiesenen eingezahlten gezeichneten Kapital und wird als Tier-1-Eigenmittel berücksichtigt.

Agio auf das eingezahlte Gesellschaftskapital

Diese Position wird ebenfalls aus der HGB-Bilanz übernommen und gilt auch als Tier-1-Eigenmittel.

Überschussfonds (Surplus Funds)

Der in die Best Estimate Rückstellung (vgl. D.2) eingehende Barwert der Leistungen an die Versicherungsnehmer ist um einen zur Verlustdeckung geeigneten und zur Verfügung stehenden Teil der ungebundenen Mittel in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung reduziert. Dieser sogenannte Surplus Funds enthält ausdrücklich keine nicht zum Verlustausgleich geeigneten oder zur Verfügung stehenden Teile wie z. B. bereits festgelegte Überschussanteile und steht uneingeschränkt und ohne Befristung der Laufzeit sowie frei von Kosten oder sonstigen Belastungen für die Bedeckung der Solvenzkapitalanforderungen zur Verfügung. Infolgedessen handelt es sich nach §91 VAG und §93 Absatz 1 VAG um eine Tier 1-Eigenmittelkomponente unter Solvency II.

Für den Begriff Surplus Funds gibt es keine genaue Analogie nach HGB.

Ausgleichsrücklage

| Ausgleichsrücklage in TEUR | Berichtsjahr | Vorperiode |
|--|--------------|------------|
| Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten | 853.288 | 654.393 |
| Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten) | 0 | 0 |
| Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte | 0 | 0 |
| Sonstige Basiseigenmittelbestandteile | 369.721 | 390.323 |
| Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching- Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden | 0 | 0 |
| Ausgleichsrücklage | 483.567 | 264.070 |

Die Ausgleichsrücklage stellt neben Reserven (z. B. Gewinnrücklagen) auch die Unterschiede zwischen der bilanziellen Bewertung (HGB-Bewertung) und der Solvency-II-Bewertung dar. Sie berechnet sich als Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht abzüglich folgender Positionen:

- Eigene Aktien (als Vermögenswerte in der Bilanz enthalten):
- (1) Eigene Aktien sind bei der Gesellschaft nicht vorhanden.
- Vorhersehbare Dividenden und Ausschüttungen:
- (2) Da die Gesellschaft einen Ergebnisabführungsvertrag mit ihrer Muttergesellschaft geschlossen hat, kommt es zu keinem gesonderten Abzugsbetrag. Die Ergebnisabführung ist bereits aktiviert und insofern nicht mehr im Eigenkapital enthalten.

Weitere Basiseigenmittelbestandteile:

(3) Andere grundlegende Elemente der Eigenmittel umfassen alle Grundeigenmittelbestandteile mit Ausnahme der nachrangigen Verbindlichkeiten und der Ausgleichsrücklage selbst (um zirkuläre Abhängigkeiten zu vermeiden).

Ihrer Definition entsprechend unterliegt die Ausgleichsrücklage denselben Risiken wie die Solvency II Eigenmittel, insbesondere versicherungstechnischen Risiken (vgl. Kapitel C.1) und Kapitalmarktschwankungen (vgl. Kapitel C.2).

Gemäß Solvency II Regelungen wird die Ausgleichsrücklage als Tier-1-Basiseigenmittel berücksichtigt.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Zum Bewertungsstichtag verfügt die Gesellschaft über keine nachrangigen Verbindlichkeiten.

E.1.2 Ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel sind Eigenmittel, die abgerufen werden können, um etwaige Verluste aufzufangen. Es handelt sich somit um bedingte Eigenmittel, weil sie nicht eingezahlt wurden und nicht in der Solvabilitätsübersicht anerkannt werden. Für die Anerkennung dieser ergänzenden Eigenmittel zur Erfüllung der Kapitalanforderungen bedarf es der vorherigen Genehmigung durch die Aufsicht für jeden einzelnen Eigenmittelbestandteil.

Zum Bewertungsstichtag besitzt die Gesellschaft keine anerkannten ergänzenden Eigenmittel.

(Anmerkung: Die HGB-Bilanz weist nicht eingeforderte ausstehende Einlagen aus.)

E.1.3 Verfügbare und anrechenbare Eigenmittel

Die Basiseigenmittel und die ergänzenden Eigenmittel bilden zusammen die verfügbaren Eigenmittel.

Die Übersicht über die verfügbaren und anrechenbaren Eigenmittel zum Bilanzstichtag ist im Folgenden dargestellt:

| Verfügbare und an- rechenbare Eigenmittel TEUR Berichtsjahr | Gesamt | Tier 1 -Nicht gebunden- | Tier 1 -gebun- den- | Tier 2 | Tier 3 |
|---|---------|-------------------------|---------------------------|--------|--------|
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | 853.288 | 853.288 | | 0 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | 853.288 | 853.288 | | 0 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | 853.288 | 853.288 | | 0 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | 853.288 | 853.288 | | 0 | |

| Verfügbare und an- rechenbare Eigenmittel TEUR Vorperiode | Gesamt | Tier 1 -Nicht gebunden- | Tier 1 -gebun- den- | Tier 2 | Tier 3 |
|---|---------|-------------------------------|---------------------------|--------|--------|
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | 654.393 | 654.393 | | 0 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | 654.393 | 654.393 | | 0 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | 654.393 | 654.393 | | 0 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | 654.393 | 654.393 | | 0 | |

Die vorliegenden zur Verfügung stehenden Eigenmittel für die Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR) unterliegen keinen gesetzlichen, quantitativen Begrenzungen und können somit vollumfänglich für die jeweilige Kapitalanforderungen herangezogen werden.

E.1.4 Basiseigenmittelbestandteile, die den Übergangsmaßnahmen unterliegen

Gemäß § 345 VAG dürfen unbeschadet des § 92 Basiseigenmittelbestandteile für bis zu zehn Jahre nach dem 1.1.2016 unter bestimmten Voraussetzungen als Eigenmittel der Tier-Klasse 1 oder 2 angesetzt werden (sogenanntes "Grandfathering").

Die Gesellschaft besitzt zum Bewertungsstichtag keine solchen Basiseigenmittel.

E.1.5 Vergleich des Eigenkapitals im Jahresabschluss mit dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht

| TEUR | Solvency-II-Wert | HGB-Wert |
|--|------------------|----------|
| Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten | 853.288 | 33.655 |

Der Unterschied zwischen dem Solvency-II-Wert und dem Wert des Jahresabschlusses in Höhe von 819.633 TEUR ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten:

- Marktwertbewertung von Kapitalanlagen: 866.300 TEUR
- Solvency-II-spezifische Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen: 106.807 TEUR
- Aktive und passive Latente Steuern: -160.716 TEUR
- Bewertungsunterschiede aus Pensionsverpflichtungen und ähnliche Rückstellungen: 7.242 TEUR

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung (SCR) und die Mindestkapitalanforderung (MCR) der Gesellschaft zum Stichtag kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der Prüfung durch die Aufsicht.

Das SCR schlüsselt sich dabei nach Risiken entsprechend den Kategorien des partiellen internen Modells auf.

| SCR aufgeschlüsselt nach Risiken zum Stichtag 31.12.2020 (in TEUR) | |
|--|---------|
| Marktrisiko | 206.442 |
| Versicherungstechnisches Risiko Leben | 33.789 |
| Operationelles Risiko | 40.324 |
| Diversifikation | -91.120 |
| SCR | 189.435 |
| MCR | 85.246 |

Das Unternehmen verwendet keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG.

Gemäß § 352 VAG können Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vorübergehend einen genehmigungspflichtigen Abzug bei den versicherungstechnischen Rückstellungen geltend machen, der auf Ebene der homogenen Risikogruppen zur Anwendung kommt. Nähere Informationen zu den Übergangsmaßnahmen bei versicherungstechnischen Rückstellungen ("Rückstellungstransitional") finden sich im Kapitel D 2.

Für die Gesellschaft greift die obere Schranke (45 % des Solvenzkapitals), d. h. das Zwischenergebnis der MCR-Berechnung (Art. 250 und Art. 251 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35) übersteigt die Schranke.

Die "Höhe/Schätzung der gesamten Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern" findet sich im SFCR-Anhang (Meldebogen S.25.02, Element R0310/C0100). Für weitere Ausführungen zu den latenten Steuern wird auf Kapitel E.1 verwiesen.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Gesellschaft wendet bei der Berechnung ihrer Solvenzkapitalanforderung das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko gemäß Artikel 304 nicht an.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Standardformel verwendet einen modularen Ansatz, bei dem das gesamte Risiko in Risikomodule und teilweise auch in Untermodule unterteilt ist. Für jedes Modul wird eine Kapitalanforderung, basierend auf formelbasierten Berechnungen, bestimmt. Um die Kapitalanforderung für das gesamte Risiko zu erhalten, werden die Kapitalanforderungen auf der Ebene der jeweiligen Risiko- bzw. Untermodule unter Verwendung von Korrelationsmatrizen aggregiert.

Allgemein spiegelt die Standardformel in ihrer starren Form das unternehmensindividuelle Risikoprofil der Gesellschaft nicht adäquat wider. Daher hat die Gesellschaft mit dem partiellen internen Modell eine eigene Methodik der Risikomessung entwickelt.

Das partielle interne Modell wird über die reine Bestimmung des SCR hinaus als zentrales Instrument der Risikomessung und -steuerung verwendet. Die Ergebnisse des internen Modells werden zur Unterstützung strategischer Entscheidungen herangezogen; mögliche Auswirkungen von Entscheidungsalternativen werden dem Management bereitgestellt. Zusätzlich wird mit Hilfe des internen Modells die künftige Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens für verschiedene Verläufe der ökonomischen Rahmenbedingungen vorhergesagt.

In der Gesellschaft wird für das aufsichtsrechtliche Modell ("regulatory view") das Operationelle Risiko über den Standardformelansatz modelliert. Für Steuerungszwecke ("economic view") wird ein volles internen Modells berechnet, d. h. auch das Operationelle Risiko wird intern modelliert.

Der Geltungsbereich des verwendeten partiellen internen Modells ist die Gesellschaft als einziger Hauptgeschäftsbereich, da sie in Summe gesteuert wird, fest zugeordnete Steuerungsressourcen und -prozeduren besitzt und sämtliche Risiken enthält.

Im internen Modell werden die Risiken gemeinsam modelliert. Die Basissolvenzkapitalanforderung BSCR (Basic SCR, d. h. das SCR ohne Berücksichtigung operationeller Risiken und Anpassungen) wird direkt berechnet, also nicht wie bei der Standardformel als Aggregation der Einzelrisiken. Einzig das operationelle Risiko wird wie in der Standardformel nach einer mathematisch einfachen Regel aus den versicherungstechnischen Rückstellungen und dem Prämienvolumen berechnet. BSCR, operationelles Risiko und Anpassungen ergeben in Summe schließlich das eigentliche Gesamt-SCR.

Die Aggregation sämtlicher Risiken, außer den operationellen Risiken (bzw. der Kapitalanforderung aus diesen Risiken), erfolgt integriert durch gemeinsame Modellierung in den Szenarien. In einzelnen stochastischen Pfaden werden ökonomische Verhältnisse und die Reaktion des Unternehmens über Steuerungsparameter simuliert. Durch die pfadweise Interpolation zwischen den replizierenden Portfolios wird der Unternehmenswert unter Marktrisiken und finanziellen Risiken ermittelt.

Unterschiede zwischen der Standardformel und dem internen partiellen Modell existieren sowohl bei der Berechnung der Eigenmittel als auch bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.

Dabei ergibt sich der Unterschied bei den Eigenmitteln implizit aus dem unterschiedlichen SCR: Die Eigenmittel beinhalten eine Risikomarge, die als Barwert des SCR über den Projektionszeitraum multipliziert mit einem Kapitalkostensatz berechnet wird.

Die Unterschiede in der Berechnung der Kapitalanforderungen zwischen beiden Modellen lassen sich auf der Ebene der einzelnen Risiken analysieren. Die unterschiedlichen Bewertungen der Einzelrisiken basieren auf unterschiedlichen Stressniveaus und zum Teil anders gefasstem Exposure. Weiterhin unterscheiden sich die Modelle systematisch im Diversifikationsansatz.

Ein systematischer Unterschied besteht weiterhin in der Anwendung der Volatilitätsanpassung im internen Modell, die dort stark risikomindernd wirkt:

In einer Risikobetrachtung ist für die Gesellschaft das Marktrisiko dominant, und hier wiederum das Kreditrisiko aus Kapitalanlage in Form von Spread-Risiken. Die Spreads am Markt lassen sich in die Komponenten Ausfallrisiko, Bonitätsänderungsrisiko und Marktspread-Änderungsrisiko unterteilen.

Aufgrund des Geschäftsmodells als Lebensversicherer ist die Gesellschaft in der Lage, mit dem Großteil ihres Kapitalanlageportfolios als "Buy and Hold Investor" zu agieren, d. h. Spread-Schwankungen am Kapitalmarkt anders als ein kurzfristig orientierter Anleger "aussitzen" zu können. Daher steht der Anteil der Spreads, der nur auf das Marktspread-Änderungsrisiko entfällt, für ein Risiko, welches für die Gesellschaft irrelevant ist.

Die von der Aufsicht zu genehmigende Volatilitätsanpassung kompensiert nun einen Großteil dieses für die Gesellschaft irrelevanten Risikos; es verbleibt ein Sicherheitsabschlag. Die Anwendung der Volatilitätsanpassung ist nicht zeitlich begrenzt; im Gegenzug hat die Gesellschaft den Nachweis zu erbringen, dass sie in der Lage ist, die Volatilitätsanpassung mittelfristig zu verdienen.

Im Standardmodell ist das Stressniveau vieler Risiken konservativ gewählt. Eine individuelle, auf die Gegebenheiten des einzelnen Unternehmens bezogene Modellierung kann dieses Niveau für viele Risiken genauer einschätzen.

Die wichtigsten Unterschiede auf Einzelrisikoebene sind:

- Das Kreditrisiko fällt im Standardmodell und im internen Modell unterschiedlich aus. Dies liegt an der Risikodämpfung durch die dynamische Volatilitätsanpassung, die komplett dem Kreditrisiko zugeschlagen wird.
- Das Konzentrations- und Korrelationsrisiko wird ebenfalls unterschiedlich gemessen. Die Modellierung des internen Modells umfasst neben der reinen Wirkung der Konzentration von Emittenten zusätzlich auch Effekte aus der Korrelation von wirtschaftlichen und geographischen Zusammenhängen.
- Das Zinsrisiko wird nach Ausweitung des Stresses im internen Modell sowie der Abhängigkeitsmodellierung zwischen Zinsänderung und Zinsvolatilität höher bewertet als im Standardmodell.
- Aus dem geringeren Stressniveau des internen Modells ergeben sich unterschiedliche Bewertungen des Aktien- und Immobilienrisikos.
- Die nicht-finanziellen Risiken unterscheiden sich grundlegend in der Höhe ihrer Stressniveaus. Hieraus ergeben sich Unterschiede beim Langlebigkeitsrisiko, dem Sterblichkeitsrisiko, dem Stornorisiko sowie dem Kostenrisiko.
- Beim Stornorisiko kommt zum stärkeren Stress erschwerend die im Standardmodell vorgesehene maximal negative Bestandsaufteilung hinzu. Weiterhin werden im Standardmodell das Beitragsfreistellungsrisiko und das Kapitalwahlrisiko implizit durch eine erweiterte Definition des

Stornorisikos mit berücksichtigt. Im internen Modell werden diese Risiken einzeln modelliert und ausgewiesen.

• In der Standardformel wird die risikomindernde Wirkung latenter Steuern brutto geschätzt und nachfolgend vom Brutto-BSCR abgezogen. Im Gegensatz dazu wird im Partialmodell das Netto-BSCR direkt berechnet, ein Ausweis der risikomindernden Wirkung latenter Steuern erfolgt nicht.

Die Eigenmittel (der ökonomische Wert des Unternehmens) müssen zu Marktwerten gemessen werden. Die 1-Jahres-Änderung des ökonomischen Kapitals ist als stochastische Zufallsvariable unter allen auf das Unternehmen wirkenden Risiken modelliert. Als Risikomaß wird dabei der Value at Risk zum Niveau 99,5 % verwendet (Idee: Ruin nur einmal in 200 Jahren oder von 200 Gesellschaften eine pro Jahr).

Die Eigenmittel werden als Summe von MCEV und Surplus Funds (Barwert nicht-gebundener zukünftiger Überschussbeteiligungen) angesetzt. Bei Interner Modellierung und Standardfomel können als weitere Eigenmittelkomponenten ergänzende Eigenmittel (Tier1/Tier2) und Übergangsmaßnahmen (genauer: deren Nach-Steuer-Wirkung auf die versicherungstechnischen Rückstellungen) hinzukommen.

Die Risikokapitalanforderung ergibt sich dann aus dem Value at Risk und dem Mittelwert dieser Verteilung bzw. Eigenmittel zum Start. Das Risikomaß und der Zeitraum, die im internen Modell zugrunde gelegt werden, sind damit mit den in Artikel 101 Absatz 3 der Richtlinie 2009/138/EG genannten identisch.

In das interne Modell gehen als externe Daten vor allem Kapitalmarkdaten (z. B. Zinsstrukturkurven) ein. Als interne Daten gehen vor allem Daten zum Versicherungsbestand (insbesondere zu Laufzeiten, Beiträgen und Storno), zu Schäden/Leistungen (insbesondere zu Reserven/Rückstellungen), aus dem Rechnungswesen und ggf. zur Rückversicherung ein.

Die regelmäßige Überprüfung der Art und Angemessenheit der im aufsichtsbehördlich genehmigten partiellen internen Modell verwendeten Daten ist integraler Bestandteil der Modellvalidierung. Dabei werden die verwendeten Daten durch unterschiedliche interne und externe Instanzen insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung der regulatorischen Anforderungen entsprechend Art. 231 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 geprüft. Vor diesem Hintergrund können die im partiellen internen Modell der Gesellschaft verwendeten Daten als exakt, vollständig und angemessen im Sinne der gesetzlichen Anforderungen betrachtet werden.

Sowohl die risikoneutralen Bewertungsszenarien für die Simulation der langfristigen Entwicklung als auch die "Real-world"-Risikoszenarien für den einjährigen Risikoschritt in Form vor allem von Kurs- und Zinsentwicklungen werden durch einen renommierten externen Anbieter betrieben und durch die Ampega Asset Management GmbH betreut und validiert.

Die unternehmenseigene HGB-Bilanz einschließlich der versicherungstechnischen Rückstellungen wird mit den resultierenden Cashflows unternehmensspezifisch über 50 Jahre projiziert und zum aktuellen Stand bewertet.

Somit wird die unternehmensindividuelle Risikosituation umfassend und spezifisch erfasst sowie der erforderliche Kapitalbedarf angemessen ermittelt, um die Verpflichtungen auch nach externen Schadenereignissen erfüllen zu können.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Unter Solvency II muss ein Versicherungsunternehmen stets über anrechnungsfähige Eigenmittel mindestens in Höhe der Solvenzkapitalanforderung bzw. anrechnungsfähige Basiseigenmittel mindestens in Höhe der Mindestkapitalanforderung verfügen. Wie im Kapitel E.1.3 und E.2.2 dargestellt, liegt die Solvenzkapitalausstattung der Gesellschaft über der Solvenzkapitalanforderung. Ein noch höheres Sicherheitsniveau besteht bei der Mindestkapitalausstattung aus anrechnungsfähigen Basiseigenmitteln. Somit liegt keine Nichteinhaltung der Mindest- und Solvenzkapitalanforderung für die Gesellschaft vor.

E.6 Sonstige Angaben

Zum Stichtag gibt es keine zusätzlichen Informationen, die an dieser Stelle einer besonderen Erwähnung bedürfen.

F Anhang

Im Folgenden sind die Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage für die Gesellschaft dargestellt. Dabei sind die Zahlen, welche Geldbeträge wiedergeben, in tausend Euro-Einheiten angegeben.

- F.1 Solvabilitätsübersicht (S.02.01.02)
- F.2 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen (S.05.01.02)
- F.3 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern (S.05.02.01)
- F.4 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung (S.12.01.02)
- F.5 Auswirkungen von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen (S.22.01.21)
- F.6 Eigenmittel (S.23.01.01)
- F.7 Solvenzkapitalanforderung für Unternehmen, die die Standardformel und ein internes Partialmodell verwenden (S.25.02.21)
- F.8 Mindestkapitalanforderung nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit (S.28.01.01)

Solvabilität II - Wert

C0010

| 17 | | | | | 4 |
|----|-----|----|-----|----|-----|
| V€ | erm | 02 | ens | we | rte |

| Vermögenswerte | | |
|--|-------|-----------|
| Geschäfts- oder Firmenwert | R0010 | |
| Abgegrenzte Abschlusskosten | R0020 | > |
| Immaterielle Vermögenswerte | R0030 | |
| Latente Steueransprüche | R0040 | |
| Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen | R0050 | |
| Sachanlagen für den Eigenbedarf | R0060 | 3.579 |
| Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge) | R0070 | 5.952.058 |
| Immobilien (außer zur Eigennutzung) | R0080 | 34.380 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen | R0090 | 215.50 |
| Aktien | R0100 | 21.320 |
| Aktien - notiert | R0110 | 1.03 |
| Aktien - nicht notiert | R0120 | 20.289 |
| Anleihen | R0130 | 4.774.978 |
| Staatsanleihen | R0140 | 1.406.210 |
| Unternehmensanleihen | R0150 | 3.321.70 |
| Strukturierte Schuldtitel | R0160 | |
| Besicherte Wertpapiere | R0170 | 47.068 |
| Organismen für gemeinsame Anlagen | R0180 | 886.35 |
| Derivate | R0190 | 12.792 |
| Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten | R0200 | 6.730 |
| Sonstige Anlagen | R0210 | |
| Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge | R0220 | 791.12: |
| Darlehen und Hypotheken | R0230 | 69.982 |
| Policendarlehen | R0240 | 69.594 |
| Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen | R0250 | 38′ |
| Sonstige Darlehen und Hypotheken | R0260 | |
| Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von: | R0270 | 35.230 |
| | | |
| Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherung | R0280 | |
| Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen | R0290 | (|
| Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen | R0300 | |
| 1 with 111 det 1 viendebens verstenerung beurebene Paumen verstenerungen | 10300 | ` |
| Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer | | |
| Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen | R0310 | 35.230 |
| Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen | R0320 | -5.709 |
| Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherun- | | |
| gen | R0330 | 40.939 |
| Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden | R0340 | (|
| Depotforderungen | R0350 | |
| Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern | R0360 | 11.522 |
| Forderungen gegenüber Rückversicherern | R0370 | (|
| Forderungen (Handel, nicht Versicherung) | R0380 | 12.88 |
| Eigene Anteile (direkt gehalten) | R0390 | |
| In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht einge- | | |
| zahlte Mittel | R0400 | |
| Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente | R0410 | 20.749 |
| Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte | R0420 | 26.669 |
| | | |

Solvabilität II - Wert C0010

Verbindlichkeiten

| Verbindlichkeiten | | |
|---|-------|-----------|
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung | R0510 | |
| | | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung) | R0520 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0530 | |
| Bester Schätzwert | R0540 | |
| Risikomarge | R0550 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversiche- | | |
| rung) | R0560 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0570 | |
| Bester Schätzwert | R0580 | |
| Risikomarge | R0590 | |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen) | R0600 | 4.548.437 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung) | R0610 | 410.173 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0620 | 710.176 |
| Bester Schätzwert | R0630 | 393.513 |
| Risikomarge | R0640 | 16.660 |
| | 10040 | 10.000 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen) | R0650 | 4.138.265 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0660 | |
| Bester Schätzwert | R0670 | 4.117.297 |
| Risikomarge | R0680 | 20.968 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen - fonds- und indexgebundene Versicherungen | R0690 | 1.147.601 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0700 | |
| Bester Schätzwert | R0710 | 1.147.601 |
| Risikomarge | R0720 | (|
| Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen | R0730 | |
| Eventualverbindlichkeiten | R0740 | |
| Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen | R0750 | 29.076 |
| Rentenzahlungsverpflichtungen | R0760 | 31.552 |
| Depotverbindlichkeiten | R0770 | 52.640 |
| Latente Steuerschulden | R0780 | 160.716 |
| Derivate | R0790 | 100.710 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | R0800 | 8.940 |
| Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | R0810 | 0.740 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern | R0820 | 39.596 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern | R0830 | 39.390 |
| Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung) | | 46.271 |
| | R0840 | 40.27 |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | R0850 | |
| Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten | R0860 | |
| In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten | R0870 | |
| Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten | R0880 | 5.676 |
| Verbindlichkeiten insgesamt | R0900 | 6.070.506 |
| <u> </u> | | |
| Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten | R1000 | 853.288 |

| | | Krankheitskos- tenversicherung | Einkommenser- satzversiche- rung | Arbeitsunfall- versicherung | Kraftfahrzeug- haftpflichtversi- cherung | Sonstige Kraft- fahrtversicherung |
|---|-------|-----------------------------------|--|--------------------------------|--|--------------------------------------|
| | | C0010 | C0020 | C0030 | C0040 | C0050 |
| Gebuchte Prämien | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0110 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0120 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0130 | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ |
| Anteil der Rückversicherer | R0140 | | | | | |
| Netto | R0200 | | | | | |
| Verdiente Prämien | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0210 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0220 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0230 | \bigvee | \bigvee | \bigvee | \gg | \bigvee |
| Anteil der Rückversicherer | R0240 | | | | | |
| Netto | R0300 | | | | | |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0310 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0320 | | | | | |
| Brutto - in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0330 | $\overline{}$ | \bigvee | $\overline{}$ | $\overline{}$ | $>\!\!<$ |
| Anteil der Rückversicherer | R0340 | | | | | |
| Netto | R0400 | | | | | |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0410 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0420 | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0430 | $\supset <$ | >> | > < | > < | > < |
| Anteil der Rückversicherer | R0440 | | | | | |
| Netto | R0500 | | | | | |
| Angefallene Aufwendungen | R0550 | | | | | |
| Sonstige Aufwendungen | R1200 | $\overline{}$ | \bigvee | \mathbb{X} | $>\!\!<$ | >> |
| Gesamtaufwendungen | R1300 | \sim | \nearrow | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ |

$Gesch\"{a}ftsbereich\ f\"{u}r:\ Lebens versicher ungsverpflicht ungen$ Renten aus Nichtle-bensversicherungs-verträgen, die mit Sonstige Le-Versicherung Index- und Krankenversifondsgebundene mit Überschussbensversiche-Krankenversichecherung rungsverpflichtun-gen in Zusammen-Versicherung beteiligung rung hang stehen C0210 C0230 C0250 C0220 C0240 Gebuchte Prämien Brutto R1410 169.174 495.368 84.821 254.250 R1420 42.297 Anteil der Rückversicherer 19.398 7.761 R1500 149.776 487.607 84.821 211.953 Netto Verdiente Prämien 254.250 R1510 169.174 496.564 84.821 Brutto Anteil der Rückversicherer R1520 19.398 7.794 42.297 R1600 149.776 488.769 84.821 211.953 Netto Aufwendungen für Versicherungsfälle Brutto R1610 56.300 63.785 138.347 7.492 19.147 Anteil der Rückversicherer R1620 3.48 Netto R1700 48.808 349.309 63.785 119.200 Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen Brutto R1710 8.462 -135.511 -41.073 13.737 Anteil der Rückversicherer R1720 -1.850 219 R1800 Netto 10.312 -135.499 -41.073 13.517 R1900 -1.423 84.191 11.659 202.694 Angefallene Aufwendungen Sonstige Aufwendungen R2500 R2600 Gesamtaufwendungen

Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)

| | | See-, Luftfahrt- und Transport- versicherung | Feuer- und andere Sach- versicherun- gen | Allgemeine Haftpflicht- versicherung | Kredit- und Kautionsversi- cherung | Rechts- schutzver- sicherung | Beistand | Verschiedene finanzielle Verluste |
|---|-------|--|---|--|--|------------------------------------|----------|---|
| | | C0060 | C0070 | C0080 | C0090 | C0100 | C0110 | C0120 |
| Gebuchte Prämien | | | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0110 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0120 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0130 | \bigvee | \bigvee | \langle | $>\!\!<$ | \times | \times | $>\!\!<$ |
| Anteil der Rückversicherer | R0140 | | | | | | | |
| Netto | R0200 | | | | | | | |
| Verdiente Prämien | | | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0210 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0220 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0230 | \bigvee | \bigvee | \bigvee | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | \times | $>\!\!<$ |
| Anteil der Rückversicherer | R0240 | | | | | | | |
| Netto | R0300 | | | | | | | |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | | | | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0310 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0320 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0330 | \bigvee | \bigvee | \bigvee | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | \times | $>\!\!<$ |
| Anteil der Rückversicherer | R0340 | | | | | | | |
| Netto | R0400 | | | | | | | |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | | | | | | | | |
| Brutto - Direktversicherungsgeschäft | R0410 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0420 | | | | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0430 | \times | >> | \times | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | \times | \times |
| Anteil der Rückversicherer | R0440 | | | | | | | |
| Netto | R0500 | | | | | | | |
| Angefallene Aufwendungen | R0550 | | | | | | | |
| Sonstige Aufwendungen | R1200 | \mathbb{N} | >>< | \mathbb{X} | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ |
| Gesamtaufwendungen | R1300 | > < | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | $>\!<$ | >< | > < | $>\!\!<$ |

| | | | | ersicherungs- htungen | |
|---|-------|---|-----------------------------------|-----------------------------|-----------|
| | | Renten aus Nichtle- bensversicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit anderen Versiche- rungsverpflichtun- gen (mit Ausnahme von Krankenversi- cherungsverpflich- tungen) | Kranken- rückversi- cherung | Lebensrück- versicherung | Gesamt |
| | | C0260 | C0270 | C0280 | C0300 |
| Gebuchte Prämien | | | | | |
| Brutto | R1410 | | | 62.496 | 1.066.109 |
| Anteil der Rückversicherer | R1420 | | | 0 | 69.455 |
| Netto | R1500 | | | 62.496 | 996.653 |
| Verdiente Prämien | | | | | |
| Brutto | R1510 | | | 62.496 | 1.067.304 |
| Anteil der Rückversicherer | R1520 | | | 0 | 69.489 |
| Netto | R1600 | | | 62.496 | 997.815 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | | | | | |
| Brutto | R1610 | | | 45.532 | 656.760 |
| Anteil der Rückversicherer | R1620 | | | 0 | 30.127 |
| Netto | R1700 | | | 45.532 | 626.633 |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen | | | | | |
| Brutto | R1710 | | | 0 | -154.386 |
| Anteil der Rückversicherer | R1720 | | | 0 | -1.643 |
| Netto | R1800 | | | | -152.742 |
| Angefallene Aufwendungen | R1900 | | | 8.785 | 305.907 |
| Sonstige Aufwendungen | R2500 | \searrow | $>\!\!<$ | >< | |
| Gesamtaufwendungen | R2600 | \sim | $\overline{}$ | | 305.907 |

| | | mmenes | Gesamt | | |
|-------|---|---------------|--|--|--|
| | Krank- heit | Unfall | See, Luft- fahrt und Transport | Sach | |
| | C0130 | C0140 | C0150 | C0160 | C0200 |
| | | | | | |
| R0110 | $\geq \leq$ | $\geq \leq$ | $\geq \leq$ | $\geq \leq$ | 0 |
| R0120 | $>\!\!<$ | $\geq \leq$ | $\geq \leq$ | $\geq \leq$ | 0 |
| R0130 | | | | | 0 |
| R0140 | | | | | 0 |
| R0200 | | | | | 0 |
| | | | | | |
| R0210 | \times | X | \times | $>\!\!<$ | 0 |
| R0220 | \times | X | \times | \times | 0 |
| R0230 | | | | | 0 |
| R0240 | | | | | 0 |
| R0300 | | | | | 0 |
| | | | | | |
| R0310 | $>\!\!<$ | \mathbb{X} | ${\mathbb X}$ | $\supset \subset$ | 0 |
| R0320 | $>\!\!<$ | ${ m 	imes}$ | $>\!\!<$ | $\supset \subset$ | 0 |
| R0330 | | | | | 0 |
| R0340 | | | | | 0 |
| R0400 | | | | | 0 |
| | | | | | |
| R0410 | $\overline{}$ | \times | $\overline{}$ | $\overline{}$ | 0 |
| R0420 | \triangleright | $ \nearrow$ | \triangleright | | 0 |
| R0430 | | | | | 0 |
| R0440 | | | | | 0 |
| R0500 | | | | | 0 |
| R0550 | | | | | 0 |
| R1200 | \sim | $\overline{}$ | $\overline{}$ | $\overline{}$ | |
| R1300 | \triangleright | \Rightarrow | ightharpoons | | |
| | R0120 R0130 R0140 R0200 R0200 R0220 R0230 R0240 R0300 R0340 R0340 R0440 R0440 R0450 R0440 R0550 R1200 | Krank-heit | Washington Was | Waste Wast | Colso Cols |

| nach Landern | | | Fünf wichtigste Länd | er (nach gebuchten Bi | uttoprämien) - Nicht- |
|--|----------------|--------------------------|----------------------|--|-----------------------|
| | | Herkunftsland | lebens | versicherungsverpflich | tungen |
| | | C0010 | C0020 | C0030 | C0040 |
| | R0010 | C0080 | C0090 | C0100 | C0110 |
| Gebuchte Prämien | | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0110 | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft | R0120 | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0130 | | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0140 | | | | |
| Netto | R0200 | | | | |
| Verdiente Prämien | 20040 | | 1 | T | ı |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0210 | | | | |
| nales Geschäft Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- | R0220 | | | | |
| portionales Geschäft | R0230 | | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0240 | | | | |
| Netto Aufwendungen für Versicherungsfälle | R0300 | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0310 | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft | R0320 | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0330 | | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0340 | | | | |
| Netto | R0400 | | | | |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Ri | ickstellungen | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0410 | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft | R0420 | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0430 | | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0440 | | | | |
| Netto | R0500 | | | | |
| Angefallene Aufwendungen | R0550 | | | | |
| Sonstige Aufwendungen Gesamtausgaben | R1200 | \longrightarrow | \longrightarrow | | |
| Gesamtausgaben | R1300 | | | | |
| | | Herkunftsland | | der (nach gebuchten I ersicherungsverpflich | |
| | | C0150 | C0160 | C0170 | C0180 |
| | R01400 | C0220 | C0230 | C0240 | C0250 |
| Gebuchte Prämien | | C0220 | C0230 | C0240 | C0250 |
| Brutto | R1410 | 1.066.109 | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R1420 | 69.455 | | | |
| Netto | R1500 | 996.653 | | | |
| Verdiente Prämien | | | • | | |
| Brutto | R1510 | 1.067.304 | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R1520 | 69.489 | | | |
| Netto | R1600 | 997.815 | | | |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | 71.610 | | 1 | <u> </u> | |
| Brutto Anteil der Rückversicherer | R1610 | 656.760 | | | |
| Anteil der Ruckversicherer Netto | R1620 R1700 | 30.127 626.633 | | | |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Ri | | 020.033 | | | |
| Brutto | R1710 | -154.386 | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R1720 | -1.643 | | | |
| Netto | R1800 | -152.742 | | | |
| Angefallene Aufwendungen | R1900 | 305.907 | | | |
| Sonstige Aufwendungen | R2500 | $\overline{}$ | | > | |
| | | | | | |

| nach Ländern | | | | Gesamt — fünf wich |
|---|---|-------|-------|---|
| | | | | tigste Länder und |
| | | | | Herkunftsland |
| | D0010 | C0050 | C0060 | C0070 |
| | R0010 | C0120 | C0130 | C0140 |
| Gebuchte Prämien | + | C0120 | C0130 | C0140 |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0110 | | T | |
| | | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft | R0120 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- | | | | |
| portionales Geschäft | R0130 | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0140 | | | |
| Netto | R0200 | | | |
| Verdiente Prämien | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0210 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft | R0220 | | | |
| | K0220 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft | R0230 | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0230 R0240 | | | 1 |
| Netto | R0300 | | | |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | -10000 | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0310 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- | | | | |
| nales Geschäft | R0320 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft | D0220 | | | |
| Anteil der Rückversicherer | R0330 R0340 | | | |
| Netto | R0400 | | | |
| Veränderung sonstiger versicherungstechnischer R | | | | |
| Brutto – Direktversicherungsgeschäft | R0410 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- | | | | |
| nales Geschäft | R0420 | | | |
| Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- | D 0 420 | | | |
| portionales Geschäft Anteil der Rückversicherer | R0430 | | | |
| Netto | R0440 R0500 | | | |
| Angefallene Aufwendungen | R0550 | | | |
| Sonstige Aufwendungen | R1200 | | | |
| Gesamtausgaben | R1300 | > | | |
| | | C0190 | C0200 | Gesamt — fünf wich tigste Länder und Herkunftsland C0210 |
| | R01400 | | | $>\!\!<$ |
| Cahuakta Dukusian | 1 | C0260 | C0270 | C0280 |
| Gebuchte Prämien Brutto | R1410 | | T | 1.066.10 |
| Anteil der Rückversicherer | R1410 R1420 | | | 1.066.10 |
| Netto | R1500 | | | 996.65 |
| Verdiente Prämien | 111000 | | | 770.0. |
| Brutto | R1510 | | | 1.067.30 |
| Anteil der Rückversicherer | R1520 | | | 69.4 |
| Netto | R1600 | | | 997.83 |
| Aufwendungen für Versicherungsfälle | | | | |
| Brutto | R1610 | | | 656.70 |
| | | i | | 30.12 |
| Anteil der Rückversicherer | R1620 | | | |
| Netto | R1700 | | | 626.63 |
| Netto Veränderung sonstiger versicherungstechnischer R | R1700 ückstellungen | | | |
| Netto Veränderung sonstiger versicherungstechnischer R Brutto | R1700 ückstellungen R1710 | | | -154.3 |
| Netto Veränderung sonstiger versicherungstechnischer R Brutto Anteil der Rückversicherer | R1700 ückstellungen R1710 R1720 | | | -154.33 -1.64 |
| Netto Veränderung sonstiger versicherungstechnischer R Brutto Anteil der Rückversicherer Netto | R1700 ückstellungen R1710 R1720 R1800 | | | -154.3i -1.6- -152.7- 305.9i |
| Netto Veränderung sonstiger versicherungstechnischer R Brutto Anteil der Rückversicherer | R1700 ückstellungen R1710 R1720 | | | -154.38 -1.64 |

S.12.01: Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

| rung betriebenen Krankenversic | | | | | |
|---|-----------------------------------|---|--------|---|---|
| | | Versicherung mit Über- | Index- | - und fondsgebundene Versic | herung |
| | | schussbeteiligung | | Verträge ohne Optionen und Garantien | Verträge mit Optionen oder Garantien |
| | | C0020 | C0030 | C0040 | C0050 |
| | | 20020 | 20000 | | |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen als Ganzes berechnet | R0010 | | | | |
| Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungs- verträgen/gegenüber Zweckge- sellschaften und Finanzrückversi- | | | | | |
| seilschaffen und Finanzruckversi- cherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei ver- sicherungstechnischen Rückstel- lungen als Ganzes berechnet | R0020 | | | | |
| Ü | | | | | |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Ri- | | | | \rightarrow | $ $ \times $ $ |
| ISIKAMATOP | | | | | / \ |
| sikomarge Bester Schätzwert | | | | | |
| Ü | R0030 | 4.210.953 | | | 1.150.454 |
| Bester Schätzwert | R0030 | 4.210.953 | | | 1.150.454 |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungs- verträgen/gegenüber Zweckge- sellschaften und Finanzrückversi- cherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund | R0080 | | | | 1.150.454 |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Fi- | R0080 | -2.176 | 3.182 | | 0 |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen-gesamt | R0080 | -2.176 4.213.129 | 3.182 | | 0 |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen-gesamt Risikomarge Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstel- | R0080 | -2.176 4.213.129 | 3.182 | | 0 |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen-gesamt Risikomarge Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet Bester Schätzwert | R0080 R0090 R0100 R0110 R0120 | -2.176 4.213.129 33.994 -430.100 | | | 0 |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen-gesamt Risikomarge Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet | R0080 R0090 R0100 | -2.176 4.213.129 33.994 | 3.182 | | 1.150.454 |

S.12.01: Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

| | | Sonst | iige Lebensversich | erung | Renten aus Nicht- lebensversiche- rungsverträgen und im Zusam- menhang mit an- deren Versiche- | In Rückdeckung übernommenes | Gesamt (Lebens- versicherung außer Krankenversiche- |
|--|----------------|----------|--|--|---|--------------------------------|---|
| | | | Verträge ohne Optionen und Garantien | Verträge mit Op- tionen oder Ga- rantien | rungsverpflich- tungen (mit Aus- nahme von Kran- kenversiche- rungsverpflich- tungen) | Geschäft | rung, einschl. fondsgebundenes Geschäft |
| | | C0060 | C0070 | C0080 | C0090 | C0100 | C0150 |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen als Ganzes berechnet | R0010 | | \geq | \geq | | | 0 |
| Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungs- verträgen/gegenüber Zweckge- sellschaften und Finanzrückversi- cherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei ver- sicherungstechnischen Rückstel- lungen als Ganzes berechnet | R0020 | | | | | | 0 |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Ri- sikomarge | | \times | \times | | | \times | |
| Bester Schätzwert Bester Schätzwert (brutto) | R0030 | \gg | \sim | 344.950 | \sim | -8.506 | 5.697.851 |
| Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungs- verträgen/gegenüber Zweckge- sellschaften und Finanzrückversi- | 20000 | | | 2.1320 | | 0,000 | 0.07.1001 |
| cherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen | R0080 | | | 43.115 | | | 40.939 |
| Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rück- versicherungsverträgen/gegenübe r Zweckgesellschaften und Fi- nanzrückversicherungen-gesamt | R0090 | | | 301.835 | | -8.506 | 5.656.912 |
| Risikomarge | R0100 | 18.279 | $>\!\!<$ | $>\!\!<$ | | 2.689 | 58.144 |
| Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versi- cherungstechnischen Rückstel- lungen | | | | | | | |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen als Ganzes berechnet Bester Schätzwert | R0110 R0120 | | \times | | | | -432.953 |
| Risikomarge | R0130 | 0 | $>\!\!<$ | | | | -37.176 |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen - gesamt | R0200 | 363.229 | > < | | | -5.817 | 5.285.866 |

S.12.01: Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

| | nerung | Krankenversiche | rung (Direktversic | herungsgeschäft) | Renten aus Nicht- lebensversiche- rungsverträgen und im Zusam- | Krankenrückver- sicherung (in Rü- ckdeckung über- | Gesamt (Kran- kenversicherung nach Art der |
|--|----------------|-----------------|--|--|---|---|--|
| | | | Verträge ohne Optionen und Garantien | Verträge mit Op- tionen oder Ga- rantien | menhang mit Krankenversiche- rungsverpflich- tungen | nommanas Ga | Lebensversiche- rung) |
| | | C0160 | C0170 | C0180 | C0190 | C0200 | C0210 |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen als Ganzes berechnet | R0010 | | \times | \times | | | 0 |
| Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungs- verträgen/gegenüber Zweckge- sellschaften und Finanzrückversi- cherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei ver- sicherungstechnischen Rückstel- lungen als Ganzes berechnet | R0020 | | | | | | 0 |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Ri- sikomarge | | \times | \times | \times | | | \times |
| Bester Schätzwert | | | \searrow | > < | $>\!\!<$ | \geq | $>\!\!<$ |
| Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen | R0030 | | | 393.513 -5.709 | | 0 | 393.513 -5.709 |
| Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rück- versicherungsverträgen/gegenübe r Zweckgesellschaften und Fi- nanzrückversicherungen-gesamt Risikomarge | R0090 R0100 | 16.660 | \ | 399.222 | | 0 | 399,222 16.660 |
| Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versi- cherungstechnischen Rückstel- lungen | 220,100 | | | | | | |
| Versicherungstechnische Rück- stellungen als Ganzes berechnet Bester Schätzwert | R0110 R0120 | | \times | | | 0 | 0 |
| Risikomarge Versicherungstechnische Rückstellungen - gesamt | R0130 R0200 | 410.173 | | \nearrow | | 0 | 410.173 |

S.22.01: Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

| | | Betrag mit langfristi- gen Garantien und Übergangsmaßnah- men | Auswirkung der Übergangsmaßnah- me bei versiche- rungstechnischen Rückstellungen | Auswirkung der Übergangsmaßnah- me bei Zinssätzen | Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null | Auswirkung einer Verringerung der Matching- Anpas- sung auf null |
|--|-------|--|--|---|---|---|
| | | C0010 | C0030 | C0050 | C0070 | C0090 |
| Versicherungstechnische Rückstellungen | R0010 | 5.696.039 | 470.129 | | 20.705 | |
| Basiseigenmittel | R0020 | 853.288 | -329.890 | | -14.349 | |
| Für die Erfüllung der SCR an- rechnungsfähige Eigenmittel | R0050 | 853.288 | -329.890 | | -14.349 | |
| SCR | R0090 | 189.435 | 46.111 | | 167.437 | |
| Für die Erfüllung der MCR an- rechnungsfähige Eigenmittel | R0100 | 853.288 | -329.890 | | -14.349 | |
| Mindestkapitalanforderung | R0110 | 85.246 | 20.750 | | 21.335 | |

| | | Gesamt | Tier 1 - nicht gebunden | Tier 1 - ge- bunden |
|---|----------------|--------------------|----------------------------|------------------------|
| | | C0010 | C0020 | C0030 |
| Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 | | > < | > < | > |
| Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile) | R0010 | 23.750 | 23.750 | |
| Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio | R0030 | 340 | 340 | \gg |
| Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen | R0040 | | | $>\!\!<$ |
| Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit | R0050 | | $\geq \leq$ | |
| Überschussfonds | R0070 | 345.631 | 345.631 | |
| Vorzugsaktien Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio | R0090 R0110 | | \longrightarrow | |
| Auf volzugsaktien entranendes Emissionsagio Ausgleichsrücklage | R0110 | 483.567 | 483.567 | $\overline{}$ |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | R0140 | 403.307 | 465.507 | |
| Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche | R0160 | | \Longrightarrow | $\overline{}$ |
| Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel ge- nehmigt wurden | R0180 | | | |
| Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kri- terien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen | 10100 | \times | >> | >> |
| Eigenmittel aus dem Jahresabschluss, die nicht durch die Versöhnungsreserve repräsentiert werden und nicht die Kriterien erfüllen, die als Solvency II Eigenmittel einzustufen sind | R0220 | | $\supset \supset$ | $\supset \supset$ |
| Abzüge | | $>\!\!<$ | >> | > < |
| Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten | R0230 | | | |
| Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen | R0290 | 853.288 | 853.288 | |
| Ergänzende Eigenmittel | | | | |
| Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann | R0300 | | M | M |
| Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert we | R0310 | | \times | \times |
| Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können | R0320 | | $>\!\!<$ | >< |
| Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen | R0330 | | | |
| Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG | R0340 | | \searrow | \searrow |
| Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG | R0350 | | $\overline{}$ | |
| Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG | R0360 | | \searrow | > |
| Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung - andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG | R0370 | | \searrow | |
| Sonstige ergänzende Eigenmittel | R0390 | | $\overline{}$ | $\overline{}$ |
| Ergänzende Eigenmittel gesamt | R0400 | | \Longrightarrow | \Longrightarrow |
| | | | | |
| Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | D0500 | 052.200 | 0.53.200 | \sim |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | R0500 R0510 | 853.288 853.288 | 853.288 853.288 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | R0540 | 853.288 | 853.288 | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | R0550 | 853.288 | 853.288 | |
| SCR | R0580 | 189.435 | $\overline{}$ | $\overline{}$ |
| MCR | R0600 | 85.246 | \longrightarrow | \longrightarrow |
| Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR | R0620 | 450,44% | \bigvee | \bigvee |
| Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR | R0640 | 1000,97% | >< | $>\!<$ |
| | | C0060 | | |
| Ausgleichsrücklage | | $\overline{}$ | $\overline{}$ | |
| Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten | R0700 | 853.288 | \Longrightarrow | |
| Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten) | R0710 | 030,200 | \Longrightarrow | |
| Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte | R0720 | | \Longrightarrow | |
| | R0720 | 2/0 801 | \Longrightarrow | |
| Sonstige Basiseigenmittelbestandteile | R0/30 | 369.721 | \bigcirc | |
| Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden Ausgleichsrücklage | R0740 R0760 | 483.567 | \Longrightarrow | |
| Erwartete Gewinne | | | \Longrightarrow | |
| Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) — Lebensversicherung | R0770 | 65.424 | \Longrightarrow | |
| Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) — Nichtlebensversicherung | R0780 | | \searrow | |
| Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP) | R0790 | 65.424 | > < | |

| Tier 2 | Tier 3 |
|--------|--------|
| C0040 | C0050 |

| | | C0040 | C0050 |
|---|-------|-------------------|-----------------------------------|
| Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 | | \times | \times |
| Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile) | R0010 | | \langle |
| Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio | R0030 | | \mathbb{X} |
| Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen | R0040 | | $>\!\!<$ |
| Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit | R0050 | | |
| Überschussfonds | R0070 | $\overline{}$ | $\overline{}$ |
| Vorzugsaktien | R0090 | | |
| Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio | R0110 | | |
| Ausgleichsrücklage | R0130 | $\overline{}$ | \mathbb{V} |
| Nachrangige Verbindlichkeiten | R0140 | | |
| Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche | R0160 | \mathbb{N} | |
| Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel ge- nehmigt wurden | R0180 | | |
| Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kri- terien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen | | \times | \times |
| Eigenmittel aus dem Jahresabschluss, die nicht durch die Versöhnungsreserve repräsentiert werden und nicht die Kriterien erfüllen, die als Solvency II Eigenmittel einzustufen sind | R0220 | \times | \times |
| Abzüge | | $>\!\!<$ | \langle |
| Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten | R0230 | | $\langle \langle \rangle \rangle$ |
| Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen | R0290 | | |
| Ergänzende Eigenmittel | | — | |
| Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann | R0300 | | \Longrightarrow |
| Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert we | R0310 | | X |
| Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können | R0320 | | |
| Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen | R0330 | | |
| Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG | R0340 | | \bigvee |
| Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG | R0350 | | |
| Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG | R0360 | | \times |
| Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung - andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG | R0370 | | |
| Sonstige ergänzende Eigenmittel | R0390 | | |
| Ergänzende Eigenmittel gesamt | R0400 | | |
| Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel | T | | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | R0500 | | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel | R0510 | | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | R0540 | | |
| Gesamtbetrag der für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel | R0550 | | |
| SCR | R0580 | | > |
| MCR | R0600 | \Longrightarrow | \Longrightarrow |
| Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR | | \Longrightarrow | \Longrightarrow |
| Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR | R0620 | \Longrightarrow | \longrightarrow |
| y et natuns von ant eennungstanigen Eigennintein zur MCK | R0640 | | |

S.25.02: Solvenzkapitalanforderung — für Unternehmen, die die Standardformel und ein internes Partialmodell verwenden (Jahresmeldung Solo)

| | Eindeutige Nummer der Komponente | Komponentenbe- schreibung | Berechnung der Solvenzkapitalan- forderung | Modellierter Betrag | USP | Vereinfachungen |
|----|----------------------------------|---|--|---------------------|-----------|-----------------|
| | C0010 | C0020 | C0030 | C0070 | C0090 | C0120 |
| 11 | | Marktrisiko | 206.442 | 206.442 | DEU- None | DEU- None |
| 16 | | Versicherungstech- nische Risiken Le- ben | 33.789 | 33.789 | DEU- None | DEU- None |
| 7 | | Operationelles Risi- ko | 40.324 | | DEU- None | DEU- None |
| 18 | | Verlustausgleichsfä- higkeit der latenten Steuern | -63.389 | -63.389 | DEU- None | DEU- None |

| Berechnung der Solvenzkapitalanforderung | | C0100 |
|--|-----------|----------|
| Undiversifizierte Komponenten gesamt | R0110 | 217.166 |
| Diversifikation | R0060 | -27.731 |
| Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG | R0160 | |
| Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag | R0200 | 189.435 |
| Kapitalaufschläge bereits festgesetzt | R0210 | |
| Solvenzkapitalanforderung | R0220 | 189.435 |
| Weitere Angaben zur SCR | \bigvee | $>\!\!<$ |
| Höhe/Schätzung der gesamten Verlustausgleichsfähig- keit der versicherungstechnischen Rückstellungen | R0300 | -500.363 |
| Höhe/Schätzung der gesamten Verlustausgleichsfähig- keit der latenten Steuern | R0310 | -63.389 |
| Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermo- dul Aktienrisiko | R0400 | |
| Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil | R0410 | |
| Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände | R0420 | |
| Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios | R0430 | |
| Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände für Artikel 304 | R0440 | |

| | | JA/NEIN |
|--|-------|---------|
| Vorgehensweise beim Steuersatz | | C0109 |
| | | |
| Zugrundelegung des Durchschnittssteuersatzes | R0590 | 1 - Yes |

| | | LAC DT |
|---|-------|---------|
| Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern (LAC DT) | | C0130 |
| Betrag/Schätzung der LAC DT | R0640 | -63.389 |
| Betrag/Schätzung der LAC DT wegen Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten | R0650 | -63.389 |
| Betrag/Schätzung der LAC DT wegen wahrscheinli- cher künftiger steuerpflichtiger Gewinne | R0660 | |
| Betrag/Schätzung der LAC DT wegen Rücktrag, laufendes Jahr | R0670 | |
| Betrag/Schätzung der LAC DT wegen Rücktrag, künftige Jahre | R0680 | |
| Betrag/Schätzung der maximalen LAC DT | R0690 | -63.389 |

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

| | | Nichtlebensversi | cherungstätigkeit |
|--|-------|--|---|
| MCR Berechnung - nicht Leben | | Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweck- gesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet | Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten |
| | | C0020 | C0030 |
| Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung | R0020 | | |
| Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung | R0030 | | |
| Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung | R0040 | | |
| Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung | R0050 | | |
| Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung | R0060 | | |
| See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung | R0070 | | |
| Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung | R0080 | | |
| Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung | R0090 | | |
| Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung | R0100 | | |
| Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung | R0110 | | |
| Beistand und proportionale Rückversicherung | R0120 | | |
| Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung | R0130 | | |
| Nichtproportionale Krankenrückversicherung | R0140 | | |
| Nichtproportionale Unfallrückversicherung | R0150 | | |
| Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung | R0160 | | |
| Nichtproportionale Sachrückversicherung | R0170 | | |

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

| | | Lebensversiche | erungstätigkeit |
|--|---|--|---|
| MCR Berechnung - Leben | | Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweck- gesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet | Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) |
| | | C0050 | C0060 |
| Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung — garantierte Leistungen | R0210 | 2.878.409 | |
| Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung — künftige Überschussbeteiligungen | R0220 | 904.620 | |
| Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen | R0230 | 1.147.601 | |
| Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen | R0240 | 692.552 | |
| | | | |
| Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen | R0250 | | 37.298.974 |
| Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen | R0250 | Nichtlebensversicherungstätig- keit | 37.298.974 Lebensversicherungstätigkeit |
| | | | |
| MCRNL-Ergebnis | R0010 | keit | Lebensversicherungstätigkeit C0040 |
| | | keit | Lebensversicherungstätigkeit |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis | R0010 | keit | Lebensversicherungstätigkeit C0040 108.147 |
| MCRNL-Ergebnis | R0010 R0200 | keit | Lebensversicherungstätigkeit C0040 108.147 C0070 |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis Berechnung der gesamten MCR | R0010 | keit | Lebensversicherungstätigkeit C0040 108.147 |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis Berechnung der gesamten MCR Lineare MCR | R0010 R0200 | keit | Lebensversicherungstätigkeit C0040 108.147 C0070 |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis Berechnung der gesamten MCR Lineare MCR SCR | R0010 R0200 R0300 R0310 | keit | C0040 108.147 C0070 108.147 189.435 |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis Berechnung der gesamten MCR Lineare MCR SCR MCR-Obergrenze | R0010 R0200 R0300 R0310 R0320 | keit | C0040 108.147 C0070 108.147 189.435 85.246 |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis Berechnung der gesamten MCR Lineare MCR SCR MCR-Obergrenze MCR-Untergrenze | R0010 R0200 R0300 R0310 R0320 R0330 | keit | C0040 108.147 C0070 108.147 189.435 85.246 47.359 |
| MCRNL-Ergebnis MCRL-Ergebnis Berechnung der gesamten MCR Lineare MCR SCR MCR-Obergrenze MCR-Untergrenze Kombinierte MCR | R0010 R0200 R0300 R0310 R0320 R0330 R0340 | keit | C0040 108.147 C0070 108.147 189.435 85.246 47.359 85.246 |

TARGO Lebensversicherung AG

Proactiv-Platz 1 40721 Hilden

Telefon +49 2103 34-7100 Telefax +49 2103 34-7109 info@targoversicherung.de www.targoversicherung.de

Group Communications

Telefon +49 511 3747-2022 Telefax +49 511 3747-2025 gc@talanx.com